

Magistratsdirektion

9500 Villach,
www.villach.at

Auskunft Claudia Godec
T 04242 / 205-1100
F 04242 / 205-1199
E claudia.godec@villach.at

DVR: 0013145
Unsere Zahl: MD-70/19-01/Go

Villach, 9. April 2019

Niederschrift

über die **1. Gemeinderatssitzung** am Freitag, 8. März 2019, um 15 Uhr im Bambergsaal

Tagesordnung

Fragestunde

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
3. Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
4. Änderung der Geschäftsordnung für die Ausschüsse
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
5. Preisverleihung Paracelsusring 2019
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
6. Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an die Firma B. Rabl Sicherheitstechnik GmbH
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
7. Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an den Kärntner Automobil und Touring Club (KATC oder ÖAMTC) – Betriebsstätte Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
8. Ernennung zum „EU-Gemeinderat“ – Frau Gemeinderätin Sabina Schautzer
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel
9. Vertretung der Stadt in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Änderung Personalkommission
Berichterstatter: Bürgermeister Günther Albel

10. Vertretung der Stadt in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Wasserverband Ossiacher-Seebach – Treffner-Seebach
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
11. Beitritt BBG-Rahmenvertrag Server and Cloud Enrollment Microsoft und BBG-Rahmenvertrag Select
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
12. Digitalisierungsstrategie Stadt Villach
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
13. Anpassung der Annuität und Verlängerung der Laufzeit bei dem gewährten Sonderwohnbaudarlehen „260 Gemeindeweg“ an die „meine Heimat“
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
14. Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen der AO-Gebärung 2018 gemäß § 86 Abs. 1 – 2 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
15. Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatte: Bürgermeister Günther Albel
16. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Adaptierung der nicht genutzten Schulwartwohnung in der VS St. Magdalen
Berichterstatte: Vizebürgermeisterin Mag.^a Gerda Sandriesser
17. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Einführung stadteigener zweiter Schulbus
Berichterstatte: Vizebürgermeisterin Mag.^a Gerda Sandriesser
18. Selbständiger Antrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend Resolution „Keine Einsparungen bei Alkohol- und Drogenprävention“
Berichterstatte: Stadtrat Christian Pober, BEd
19. Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Resolution an die Kärntner Landesregierung „KEINE Freigabe von Cannabis“
Berichterstatte: Stadtrat Christian Pober, BEd
20. DEVOLUTION: Neubau Tschinowitscher Gailbrücke; Planungsmangel – Klagseinbringung
Berichterstatte: Stadtrat Harald Sobe
21. Grunderwerb für das Öffentliche Gut der Stadt Villach – St. Georgener Straße; Dr.ⁱⁿ Stefanie Aichholzer, Johann Aichholzer, Erwin Aichholzer
Berichterstatte: Stadtrat Harald Sobe

- 22. Grundverkauf aus dem Privatgrund der Stadt Villach – Emailwerkstraße;
meine Heimat Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 23. Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Widmann-
gasse; Edeltraud Druckeschitz
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 24. Änderung des Flächenwidmungsplanes – Graschitz; Stadt Villach
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 25. Änderung des Flächenwidmungsplanes – Unterschütt; Vinzenz Nessmann
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 26. Änderung des Flächenwidmungsplanes – Margeritenstraße; Max Kappus,
Raiffeisenbank Arnoldstein
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 27. Änderung des Flächenwidmungsplanes – Kratschach; Raphaela Luzia
Lackner
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 28. Änderung des Flächenwidmungsplanes – Anton-Tuder-Straße; Samedin
und Elvedina Ceric
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 29. Straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

- 30. Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Anwesende:

Bürgermeister Günther Albel

1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Petra Oberrauner

2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Gerda Sandriesser

Stadtrat Christian Pober, BEd

Stadtrat Harald Sobe

Stadtrat Erwin Baumann

Stadträtin Katharina Spanring

GR Herbert Hartlieb

GR Gerhard Kofler

GRⁱⁿ Mag.^a Nicole Schojer, MSc

GR Horst Hoffmann

GR Ing. Klaus Frei

GR Ewald Michelitsch, MAS, MBA

GR Alexander Ulbing, MSc

GR Josef Habernig
 GR Christopher Slug
 GRⁱⁿ Carmen Strauss, B.A.
 GR Alim Görgülü
 GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Claudia Boyneburg-Lengsfeld-Spendier
 GRⁱⁿ Mag.^a Ines Wutti, Bakk.^a
 GR Mag. Peter Weidinger
 GR Dipl.-HTL-Ing. Christian Struger, MSc, MBA
 GRⁱⁿ Hermine Krenn
 GR Dipl.-Ing. Erwin Winkler, MSc
 GR Adolf Pobaschnig
 GRⁱⁿ Christine Mirnig (ab 16 Uhr)
 GR Raimund Haberl
 GR Wilhelm Fritz
 GR Ing. Hubert Angerer
 GRⁱⁿ Mag.^a (FH) Katrin Nießner
 GR Robert Seppele (bis 17.50 Uhr)
 GRⁱⁿ Sabina Schautzer
 GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Seymann
 GR Günter Schwarz
 GR René Kopeinig
 GR Bernd Stechauner, MBA, MPA
 GR Richard Pfeiler
 GR Harald Geissler
 GR Ing. Peter Rader
 GRⁱⁿ Sabine Koncilia
 GR Andreas Olivotto, MBA
 GRⁱⁿ Ecaterina Esterl
 GR Gerd Struger
 GR Michael Köchl, Bakk. techn. (bis 16 Uhr)
 GRⁱⁿ Isabella Lehner (ab 17.50 Uhr)
 GR Patrick Bock (ab 17.50 Uhr)
 GR Reg. Rat Ing. Kurt Petritsch (bis 17.50 Uhr)
 GR Albin Alfred Waldner

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart
 Dr. Alfred Winkler
 Baudirektor Dipl.-Ing. Guido Mosser
 Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
 Mag. Georg Wuzella
 Mag. Walter Egger
 Kontrollamtsdirektor Mag. Hannes Liposchek, MBA

Bürgermeister Albel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung wie folgt:
 Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen,

Mitglieder des Stadtsenates und der Presse hier im Bambergsaal, ich darf Sie allesamt herzlich begrüßen. Herzlich begrüßen darf ich auch die Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen. Es gibt ab der heutigen Gemeinderatssitzung eine Neuerung. Die Übertragung dieser Gemeinderatssitzung wird nicht nur live erfolgen, sondern sie wird auch auf der Homepage der Stadt Villach abrufbar bleiben. Es wird in drei Tagen ein Clipping dieser Gemeinderatssitzung geben, das heißt, dass man sich zu Hause jeden Punkt einzeln ganz bequem ansehen kann. Trotzdem haben wir es natürlich gern, wenn die Villacherinnen und Villacher hier vor Ort sind und live an der Diskussion teilnehmen.

Heute ist ein ganz besonderer Tag. Es ist der 8. März und somit der Internationale Frauentag, der von den verschiedensten Fraktionen schon redlich dazu genutzt worden ist, um sich und ihre politischen Ansichten zu präsentieren. Es wurden Geschenke verteilt. Es gibt hier für jeden Gemeinderat und für jede Gemeinderätin ein Geschenk, bestehend aus einer Tasche mit der Aufschrift „Halbe – Halbe“, einem Buch, das die Kulturgeschichte rund um eine ganz starke Frau aus Villach beschreibt, sowie weiteren Dingen. Wir als Stadt sind es gewohnt, dass wir lautstark sagen, dass Frauenthemen solche Themen sind, die uns alle angehen. Geht es den Frauen gut, dann geht es uns allen gut. Aus diesem Grund gibt es dieses kleine Geschenk.

Der Internationale Frauentag ist ein ganz wichtiges Datum. Seit dem Jahr 1911 wird dieser Frauentag begangen und hat einen Hintergrund, der heute genau so wichtig ist wie vor 100 Jahren. Damals sind Frauen auf die Straße gegangen, um für das Wahlrecht zu kämpfen. Man kann sich gar nicht vorstellen, dass Frauen erst seit 100 Jahren wählen dürfen. Es ist damals darum gegangen, dass sie überhaupt eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Es ist weiters um menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Fabrikarbeiterinnen gegangen.

Heute sind die Forderungen ähnlich gestaltet. Es geht darum, dass Frauen, die mehr als 50 Prozent der Gesellschaft ausmachen, auch dieselben Rechte wie Männer haben, oder darum, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen. Man muss sich vorstellen, dass das durchschnittliche Einkommen einer Frau 21.000,00 Euro brutto beträgt, jenes eines Mannes liegt bei über 36.000,00 Euro. Allein diese Zahl ist prägnant dafür, dass es auch heute noch Ungleichheiten gibt.

Es geht darum, dass drei Viertel der unbezahlten Familienarbeit von Frauen erledigt wird. Umso mehr hat es mich, muss ich schon ganz offen zugeben, niedergesetzt, wenn ich es so ausdrücken darf, als ich in einer Parlamentsdiskussion von Ministerin Hartinger-Klein hören musste, dass es, wenn es um Familienarbeit geht, in der Natur so festgelegt ist, dass sie von Frauen erledigt wird. Das sind Aussagen, die heutzutage eigentlich keinen Platz finden sollten. Wir haben die Situation, dass Frauen zu wenig Anteil an Führungspositionen haben. Man braucht sich nur im Gemeinderat umsehen. Ich bin sehr froh, dass im Stadtsenat der Männer- und Frauenanteil fast ausgeglichen ist, aber im Gemeinderat ist diesbezüglich noch viel Luft nach oben. Im Bereich von privaten Unternehmen ist, wenn es

um die Besetzung von wichtigen Funktionen mit Frauen geht, noch sehr viel Luft nach oben.

Wenn es um Frauenthemen geht, darf man nicht nur Lippenbekenntnisse abgeben, sondern man muss persönlich etwas dafür tun. Es hat heute den Versuch gegeben, ein gemeinsames Foto zu machen. Alle Parteien sind dazu aufgerufen worden, sich zu dem Thema „Frauenrechte“ zu bekennen, denn man sei doch der Meinung, dass wir alle die gleichen Ansätze haben. Ich glaube jedoch nicht, dass jeder die gleichen Ansätze hat. Es gibt welche, die unterschiedlicher gar nicht sein können. Das ist auch der Grund, warum wir uns heute im Gemeinderat mit einem Antrag zum Thema „Schulische Tagesbetreuung“ beschäftigen werden. Es geht dabei um ein Thema, das Frauen betrifft. Von der Regierung ist geplant, dass die schulische Tagesbetreuung für bestehende Kunden nicht mehr gezahlt werden soll. Es geht um einen Budgetansatz von über 300.000,00 Euro für die Stadt Villach und über 600.000,00 Euro für die Stadt Klagenfurt, und Sie können sich vorstellen, dass für die anderen Gemeinden ebenso gestaffelte Kosten anfallen.

Genau aus dem Grund, dass es gleichzeitig eine Forderung gibt, die Frauen benachteiligt, sagen wir, dass man nicht auf einem gemeinsamen Foto abgebildet sein kann. Wenn ich die schulische Tagesbetreuung in bestimmten Bereichen aussetze oder nicht mehr zahle, müssen die Eltern oder alleinerziehende Frauen diese bezahlen, die eigentlich arbeiten gehen, damit sie ein Auskommen mit dem Einkommen haben. Zu diesem Thema und über vieles mehr werden Sie in dieser Gemeinderatssitzung sicherlich einiges hören.

Entschuldigt sind für heute Gemeinderat Dipl.-Ing. (FH) Andreas Sucher (verhindert), Gemeinderat Ewald Koren (krank), Frau Gemeinderätin Isabella Rauter (verhindert), Gemeinderat Isidor Scheriau (krank), Gemeinderat Günther Stastny (krank), Gemeinderat Murat Selimagic (verhindert), Frau Gemeinderätin Christine Mirnig (bis 16 Uhr verhindert), Frau Gemeinderätin Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza (krank), Gemeinderat Gernot Schick (dienstlich verhindert) und Gemeinderat Robert Seppeler (ab 17.50 Uhr verhindert).

Vertreten werden die entschuldigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte durch Gemeinderat Harald Geissler, Gemeinderat Ing. Peter Rader, Frau Gemeinderätin Sabine Koncilia, Gemeinderat Andreas Olivotto, MBA, Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl, Gemeinderat Gerd Struger, Gemeinderat Michael Köchl, Bakk. techn (bis 16 Uhr), Frau Gemeinderätin Isabella Lehner (ab 17.50 Uhr), Gemeinderat Patrick Bock (ab 17.50 Uhr), Gemeinderat Reg. Rat Ing. Kurt Petritsch (bis 17.50 Uhr) und Gemeinderat Albin Alfred Waldner.

Bürgermeister Albel stellt die **Beschlussfähigkeit** des Gemeinderates fest.

Als **Protokollprüfer** werden Gemeinderat Herbert Hartlieb (SPÖ) und Gemeinderat Adolf Pobaschnig (ÖVP) bestellt.

Gegen die **Protokolle** der Gemeinderatssitzungen vom 28.9.2018 und vom 7.12.2018 werden keine Einwendungen erhoben; sie gelten somit als **genehmigt**.

Gegen die **Tagesordnung** werden keine Einwendungen erhoben; sie gilt somit als **genehmigt**.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Ich habe mich für eine Berichtigung gemeldet.

Wenn man ein Zitat anführt, dann sollte man es nicht aus dem Zusammenhang reißen. Frau Ministerin Hartinger-Klein hat gesagt: „Es ist von der Natur so gegeben“. Diese Aussage hat sich auf das Stillen bezogen. Ich weiß nicht, Günther, wie du das kennst, aber ich kenne keinen Mann, der stillen kann. Es hat auch geheißen, dass die Änderung der Kinderbetreuung von der Regierung so geplant sei. Das ist von der Bundesregierung so nicht geplant. Das ist ein Gesetz, das beschlossen wurde, als die Vertreter eurer Bundespartei noch mitgestimmt habt. Darin ist genau festgelegt, dass die Betreuung mit 2018 ausläuft.

Jetzt gehen wir weiter zur Tagesordnung. In der heutigen Gemeinderatssitzung beschäftigen wir uns mit Tradition und Zukunft. Kinder sind die Zukunft. Was gibt es in Villach Schöneres, als unsere traditionsreichen Feste und Veranstaltungen, allen voran der Villacher Kirchtag? Diese Veranstaltung ist auch eines unserer Aushängeschilder für den Tourismus. Für die Tourismusreferentin Stadträtin Spanring ist es heute die erste Gemeinderatssitzung nach der Babypause. Wir vom Freiheitlichen Gemeinderatsklub wünschen ihr alles Gute und haben ein Geschenk besorgt, damit ihr Baby den ersten Villacher Kirchtag seines Lebens in zünftiger Kleidung besuchen kann: ein Pleamle-Shirt, natürlich in der Farbe Blau.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Auch ich wünsche der Stadträtin alles Gute. Ich habe aber leider kein Geschenk mitgebracht. Meine Wortmeldung geht in die Richtung, dass ich mir etwas wünsche. Herr Bürgermeister hat ausführlich darüber gesprochen. Heute ist der 8. März, der Internationale Frauentag. Ich habe mich sehr darüber gewundert, dass heute eine Gemeinderatssitzung stattfindet, die es uns – ich spreche für meine Gruppierung – nicht möglich macht, heute an verschiedenen Veranstaltungen teilzunehmen, die in der Stadt und rund um die Stadt geplant sind. Teilweise kann man sich natürlich die Zeit dafür nehmen, aber das ist für jemanden, der Vorbereitungsarbeiten für die Gemeinderatssitzung vorzunehmen hat, sehr schwierig. Wenn man die Frauen schon derart schätzt und die Aussagen, die gefallen sind, ehrlich gemeint sind, dann geht mein Wunsch dahin, dass man im nächsten Jahr darauf achten soll, dass der Frauentag frei von einer Gemeinderatssitzung bleibt, ausgenommen es gibt einen Spezial- oder Sonderfall und wir müssen an diesem Tag eine Gemeinderatssitzung abhalten.

In Berlin ist der heutige Internationale Frauentag als Feiertag ausgerufen worden. Die ehemalige Ministerin Heinisch-Hosek hat den Wunsch geäußert, dass man sich das bei uns ebenfalls überlegen sollte. Ich möchte jetzt aber keine Feiertagsdebatte führen, sondern nur in Erinnerung rufen, dass sich Frau Heinisch-Hosek vorstellen kann, diesen Tag auch in Österreich als Feiertag einzuführen. Mein Wunsch betrifft wie gesagt die nächste Periode beziehungsweise das nächste

Jahr, und zwar, dass man bitte nicht am 8.3., dem Frauentag, eine Sitzung festlegt. Das soll aber nicht deswegen so sein, weil wir nicht gerne arbeiten, sondern, weil wir es als unsere Aufgabe sehen, als Gemeinderätinnen bei den Veranstaltungen präsent zu sein, um die Frauen zu unterstützen, die auf der Straße oder sonst irgendwo an Aktionen teilnehmen, und um mit ihnen die Frauenrechte mitzutragen. Das wäre mein Anliegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

In der SPÖ-Fraktion sind wir schon gegendert. Danke, Herr Bürgermeister, für die Worte! Ich denke, Frauenarbeit ist wichtige, aber auch schwere Arbeit. Warum? Die SPÖ-Fraktion wird heute einen Dringlichkeitsantrag einbringen, der die Einstellung der Förderung für die schulische Nachmittagsbetreuung betrifft. Dieser Antrag, der enorm wichtig ist, sieht vor, dass den Familien diese Förderungen weiterhin gewährt werden.

Kollegin Spanring, alles, was auf Ihren Tafeln steht, ist korrekt, richtig und entspricht auch dem, was die SPÖ will und tut. Wir kämpfen mit ehrlichem und offenem Herzen für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir kämpfen für gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. Im letzten Drittel des Jahres arbeitet frau jedoch gratis. Wir kritisieren auch, dass 50 Prozent der Förderung des Arbeitsmarktbugdets für Frauen gestrichen wird. Kein einziges Regierungsmitglied – weder der ÖVP, noch der FPÖ – hat das Frauenvolksbegehren unterschrieben. Wie ehrlich ist die Gemeindearbeit? Eine versprochene Unterhaltsgarantie, um Kinderarmut zu bekämpfen, wurde im Parlament von der ÖVP abgelehnt. Maßnahmen wie der Familienbonus Plus benachteiligen Geringverdienerinnen. Es gibt im AMS-Budget massive Kürzungen für die Frauen. Was das Budget für Frauenprojekte betrifft, spüren wir die Veränderungen auch in unserer Stadt. Institutionen, die sich mit Frauen auseinandersetzen und für Frauen arbeiten, erfahren Kürzungen durch die Bundesregierung. Die Notstandshilfe wird abgelehnt.

Zum 12-Stunden-Arbeitstag: Welchen Weg gibt es, um Frauen diesbezüglich zu unterstützen? Denken Sie an das Projekt „2.000“! Frauen bleiben zu Hause, wenn sie sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu betreuen. Wenn sie zurück in die Arbeit wollen, ist das mit 50+ äußerst schwierig. Armut ist weiblich. Kinderbetreuung ist nicht nur Frauenarbeit, sondern sie ist die Arbeit beider Elternteile. Wenn man von den Genen – ob Stillen oder nicht Stillen – und von der Natur der Frauen spricht, möchte ich sagen, dass ich dieses Gen nicht kenne.

Ein wichtiges Thema ist die Gewalt in der Familie. Ich fordere wirklich gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle ein, für Frauen und für Männer. Ich fordere bitte auch ein, dass man diese Themen in der Bundesregierung mit offenem Herzen ehrlich erarbeitet.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Heute ist ein besonderer Tag –, das wurde von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen auch schon artikuliert – nämlich der Weltfrauentag. Er ist ein besonderer Tag, weil er eine Errungenschaft der Zivilisation darstellt. Man hat sich über viele Jahre und Jahrhunderte ein Menschenbild erstritten, erkämpft und erarbeitet, das

von Gleichberechtigung gezeichnet ist, so dass Männer und Frauen vor dem Gesetz und in der Gesellschaft gleichgestellt sind und gleichermaßen die gleichen Rechte und Pflichten haben, um ihr Leben sinnvoll und selbstbestimmt führen zu können. Das war eine Errungenschaft, die ohne Demokratie bei uns in Europa niemals vorstellbar gewesen wäre.

Deshalb bedauere ich es ganz besonders, dass man heute ein vermeintlich tagespolitisches Thema, das man aus parteipolitischen Gründen selbst konstruiert, zum Anlass dafür nimmt, dass es nicht möglich ist, dass alle Damen des Villacher Gemeinderates geschlossen hinter dieser Sache stehen und dafür eintreten, dass es die Gleichstellung von Mann und Frau als Selbstverständlichkeit bei uns geben muss. Dazu kommt noch, dass das trotz der unsicheren Situation in der Welt passiert, wie wir sie haben. Viele Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich – nicht nur jene, die nach der Flüchtlingswelle nach Österreich gekommen sind –, haben, wie es nachweislich in unabhängigen Studien festgehalten wird, ein Menschenbild und vor allem ein Frauenbild, das wir nicht teilen.

Das Thema ist viel zu ernst und zu wichtig, als dass wir nicht daran gemeinsam arbeiten müssten. Wir haben einen Auftrag. Wir alle hier sind aufrechte Demokraten. Jeder arbeitet mit seiner Überzeugung und nach seiner Meinung an dem Besten für die Stadt Villach, wie es die Bundesregierung auf Bundesebene für unsere Republik macht.

Ich möchte die hier ins Treffen geführte Resolution entschieden zurückweisen, und zwar jene Aussage, dass jemandem etwas weggenommen werden soll. Das ist überhaupt nicht wahr. Momentan ist der Verhandlungsstand so, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – das heißt, dem Finanzministerium und dem Bundeskanzleramt mit den Ländern – verhandelt wird, um eine tragfähige, neue Finanzierung zu vereinbaren, die nicht nur die Einzelmaßnahme der Nachmittagsbetreuung umfasst, sondern die grundsätzlichen Fragen klärt, was Finanzierungen für Kinder- und Familienbetreuung betrifft. Ich halte es auch für richtig, dass diese Dinge gesamtheitlich gesehen werden. Die Finanzierung ist bis zum Ende des Schuljahres gesichert. Jetzt wird daran gearbeitet, dass ein neues Konvolut – das heißt, eine neue Vereinbarung – in die Konsultation geht, so dass jeder und jede ihre Vorstellungen dazu einbringen kann. Deshalb verwehre ich mich wirklich dagegen, dass gerade an einem so besonderen Tag hier am Rücken eines für uns als Gesellschaft so wichtigen Themas versucht wird, politisches Kleingeld zu schlagen.

Die jetzige Bundesregierung mit ihrer Parlamentsmehrheit entlastet die Menschen. Sie hat den „Familienbonus Plus“ eingeführt, die familienpolitisch größte Meilensteinaktion, die in der zweiten Republik gesetzt wurde. Leistungsträgerinnen und Leistungsträger werden entlastet. Mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bleibt den Menschen spürbar mehr im Geldbörserl. Jetzt wird in der Regierung gemeinsam am nächsten Schritt der Entlastung für die Menschen gearbeitet. Ich glaube, dass wir gut beraten wären, wenn wir uns in einer guten Partnerschaft sowohl mit dem Land als auch mit dem Bund der großen Herausforderungen stellen würden. Das Thema der Gleichstellung von Mann und

Frau, aber auch die Herausforderungen der Digitalisierung und den demografischen Wandel, den wir in Kärnten wie kein anderes Bundesland spüren, werden wir nur gemeinsam meistern. Deshalb, meine Damen und Herren, vor allem der Sozialdemokraten, appelliere ich an euch: Stellen wir das Gemeinsame über das Trennende, und arbeiten wir gemeinsam für ein friedliches und auch in Zukunft im Wohlstand stehendes Villach!

Frau Stadträtin Spanring:

Wir feiern heute am 8. März den Weltfrauentag. An dieser Stelle möchte ich allen Damen alles Gute zum Weltfrauentag wünschen. Herr Bürgermeister hat Folgendes schon angesprochen: Ich habe heute überparteilich zu einem Fototermin eingeladen. Es hätte bei uns hier im Gemeinderat ein Zeichen gesetzt werden sollen, dass wir Frauen zusammenstehen und uns für die gleichen Dinge einsetzen. Ich glaube nicht, dass die SPÖ oder die GRÜNEN, die nicht am Bild waren, zum Thema „Gewalt an Frauen“ eine negative Stellung beziehen. Ich glaube, dass wir alle dafür sind, dass es keine Gewalt an Frauen geben darf. Wir stehen alle dafür, dass es den gleichen Lohn für gleiche Leistung geben soll, sowie für ähnliche Anliegen. Die Bundesregierung wurde angesprochen. Meiner Meinung nach hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Es ist wirklich sehr schade, dass wir nicht einmal hier in Villach ein überparteiliches Foto zusammenbekommen. Das sollte uns allen vielleicht ein bisschen zu denken geben.

Am 12.11.1918 wurde das Frauenwahlrecht beschlossen. Heuer im Februar jährt es sich zum 100. Mal, dass eine Frau das erste Mal wählen durfte. Heuer im März ist es 100 Jahre her, dass die ersten Frauen ins Parlament eingezogen sind. Was wäre gewesen, wenn es seinerzeit nicht Frauen und auch Männer gegeben hätte, die so mutig gewesen sind? Hätten wir heute die Möglichkeit, unser Leben selbstbestimmt gestalten zu können? Frauen sollten selbstbestimmt ihren Weg gehen können. Dabei stehen Wahlfreiheit und selbständige Entscheidungsmöglichkeiten an erster Stelle. Vieles wurde in den vergangenen 100 Jahren bereits erreicht.

Doch um den gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, gibt es schon noch einiges zu tun, denn nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird Gleichberechtigung selbstverständlich werden. Es ist wichtig, dass wir gerade in der heutigen Zeit die Geschichte nicht vergessen und wie steinig der Weg seinerzeit war und teilweise heute noch ist. Gerade deshalb ist es wichtig, auf die Geschichte einzugehen und nicht darauf zu vergessen. Die Volkspartei-Frauen haben sich im vergangenen Jahr anlässlich des 12.11.1918 – also dem Tag, an dem das Frauenwahlrecht beschlossen wurde – dieses Themas angenommen und ein Theaterstück selbst inszeniert und gespielt und damit die letzten 100 Jahre Revue passieren lassen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Dieringer-Granza hatte für heute eine Anfrage, welche sie nun nicht stellen kann, weil sie leider Gottes erkrankt ist. Ich wünsche ihr an dieser Stelle gute Genesung. Vielleicht können Sie dennoch anlässlich des Weltfrauentages die Anfrage beantworten, und zwar, wann der Antrag, welcher 2017 zur Schaffung der Galerie der Frauen beschlossen wurde, umgesetzt wird. In der März-Gemeinderatssitzung 2018 – also vor einem Jahr – hieß

es bereits, dass daran gearbeitet wird und die Galerie in eineinhalb Monaten eröffnet werden wird. Bis heute ist leider nichts geschehen. Wann werden die Frauen, welche Großes für Villach geleistet haben, ihre Würdigung mittels dieser Galerie erhalten?

Gemeinderat Kopeinig:

Es ist schön, heute wieder hier sein zu dürfen. Zuerst, nachdem ich immer noch darauf angesprochen werde, Folgendes: Ich habe meine Haare schneiden lassen und dem Verein „Haarfee“ der Kinderkrebshilfe gespendet. Der Grund dahinter ist ganz ein einfacher. Blondes Haar ist leider Gottes viel zu selten verfügbar, was den Preis nach oben schraubt. Erst ab 7.000,00 Euro bekommt man eine Naturhaarperücke. Der Verein „Haarfee“ macht aus gespendeten Haaren Perücken, die er krebsskranken Kindern zur Verfügung stellt. Falls ich in den nächsten Tagen vielleicht ein bisschen zerzaust aussehe, ist der Grund dafür, dass das Projekt noch nicht beendet ist. Zu meiner Frisörin habe ich gesagt, dass wir uns in vier Jahren wiedersehen. Ich werde das, solange es möglich ist, weiter durchziehen.

Zur Tagesordnung möchte ich sagen, dass wieder einiges Spannendes auf der Liste steht, zu dem ich mich später melden werde. Folgendes habe ich in einer Ausschusssitzung im letzten Jahr schon gesagt: Ich möchte mich hier im Gemeinderat für die Menschlichkeit und die trostspendenden Worte, die mich in der schweren letzten Zeit erreicht haben sowie für die Briefe, die ich bekommen habe, bedanken. Es ist wirklich schön zu sehen, dass es auch Aufmunterndes aus diesem Gemeinderat gibt und wir als Menschen und Kollegen zusammenarbeiten, auch wenn es hin und wieder so nicht nach außen dringt. Dafür möchte ich ein herzliches Danke sagen und zu bedenken geben, und wie es die aktuelle Chartstürmerin Mathea sagt – und davon bin ich überzeugt: Man sieht sich immer zwei Mal. Mit diesen Worten wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Gemeinderatssitzung.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Es ist wirklich traurig, dass wir einen Frauentag haben und es nicht möglich ist, ein gemeinsames Foto zusammenzubringen. Vielleicht sollten wir einmal im Kleinen anfangen. Ich bin der Meinung, dass man, wenn man etwas verändern will, damit im eigenen Umfeld beginnen muss. Wenn ihr sagt, dass ihr euch so für die Frauen einsetzt, dann wird es doch möglich sein, ein gemeinsames Foto zu machen. Es muss doch möglich sein, dass wir uns gemeinsam auf einen Nenner einigen können.

Zum Frauenvolksbegehren: Natürlich sind darin einige sinnvolle Forderungen enthalten, aber es sind auch überbordende Forderungen dabei, die in eine ganz andere Richtung gehen, wie zum Beispiel verpflichtende Quoten oder die Abtreibung auf Krankenschein. Das sind Punkte, denen wir nicht zustimmen können. Das geht so nicht.

Wir haben eine andere Ansicht, wie man Frauen fördern sollte. Wir sind der Ansicht, dass die Familie in den Vordergrund gerückt werden muss. Das ist der wichtigste Faktor für das Funktionieren des Gemeinwesens. Wir brauchen eine Politik

im Sinne unserer Kinder und Familien. Die Familienagenden müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Der „Familienbonus Plus“, den die Regierung auf Schiene gebracht hat, den es schon gibt und den ihr alle schon beantragen könnt, bringt den Familien bis zu 1.500,00 Euro mehr. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir haben einen Stopp des Abflusses der Familienbeihilfe ins Ausland ins Rollen gebracht. Wir wollen, dass Kinderbetreuung kein Zwang ist, sondern eine echte Wahlfreiheit. Das ist eines der Grundprobleme, die wir haben. Egal, wie eine Frau sich heutzutage entscheidet, es gibt immer Kritik. Geht sie arbeiten, heißt es, dass sie karrieregeil ist. Bleibt sie zu Hause, ist sie nur Hausfrau. Zerreißt sie sich und arbeitet und betreut die Kinder, ist sie auf einmal eine Rabenmutter. Das kann nicht sein. Wir müssen den Frauen einfach die Möglichkeit geben, sich ihr Leben so einzurichten, wie es für sie selbst am besten ist.

Bürgermeister Albel:

Herzlichen Dank für die Wortmeldungen! Ich bin mehrmals angesprochen worden. Sehr geehrte Frau Nießner, ich verstehe die Frauen, die heute nicht mit auf das besagte Foto wollten, und zwar genau aus dem Grund, den sie genannt haben, nämlich, um ein Zeichen zu setzen. Das ist der Hintergrund, der mir mitgeteilt worden ist. Man wollte ein Zeichen dafür setzen, dass eben nicht alles eitel Wonne ist und es Dinge gibt, die jetzt in die falsche Richtung laufen.

Wenn Sie sagen, dass die Regierungsmitglieder das Volksbegehren nicht unterschrieben haben, weil zu wenig Familienansprüche gestellt worden sind, muss ich Ihnen sagen, dass genau das heute das Problem ist. Es gibt dieses Rollenbild der Familie, von dem man ausgeht – eine Frau, ein Mann und ein oder zwei Kinder. Es ist aber leider nicht mehr so, dass diese Konstellation die Mehrheit ist, sondern es gibt Rollenbilder, bei denen die Frau mit einem oder zwei Kindern ganz einfach allein da steht und vielleicht sogar nicht einmal mehr Geld vom Mann bekommt. Das ist das Problem. Das sind die Herausforderungen von heute, auf die man eine Antwort finden muss.

Es muss jeder alles daran setzen, damit es ein neues Bild der Frau in der Gesellschaft gibt, das anerkannt wird. Eine Frau ist nicht eine Frau, wenn sie eine Familie hat. Eine Frau ist eine Frau, wenn sie da ist und den Anteil an der Gesellschaft genau so erfüllt wie der Mann. Das muss anerkannt und gesetzlich verankert werden. Dass die ÖVP beim Frauenbild sofort wieder das Thema „Migration“ aufgreift, wundert mich nicht. Das hören wir jetzt seit der Wahl. Alles hat mit dem Thema „Migration“ zu tun.

Liebe Frau Gemeinderätin Schautzer, ich würde nicht fordern, den 8. März zu einem freien Tag zu machen. Wie es derzeit aussieht, wird aus jedem Tag, den wir eigentlich frei haben sollten, ein halber Feiertag oder gar kein Feiertag, denn man kann ihn nur von seinem eigenen Urlaub abziehen. Ich habe die Sorge, dass, wenn man einen zusätzlichen Tag, nämlich den Frauentag, zum allgemeinen Feiertag macht, es dann auch so gehandhabt wird. Dann haben wir den zweiten persönlichen Feiertag, den wir von unserer Urlaubsliste abstreichen können. Ich glaube, dass wir d' accord sind – und ich bin es –, dass man diesbezüglich eine

andere Lösung finden wird müssen. Was die Gemeinderatssitzung betrifft, nehme ich die Anregung gerne auf.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner übernimmt den Vorsitz.

Fragestunde

Beginn der Fragestunde: 15.27 Uhr

1. Anfrage von Gemeinderat Richard Pfeiler betreffend Aufregung um Postenvergabe im Magistrat
-

Wurde zurückgezogen.

2. Anfrage von Frau Gemeinderätin Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza betreffend Errichtung einer Galerie von Frauen mit besonderen Verdiensten in Villach
-

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Nachdem die Fragestellerin krankheitsbedingt nicht anwesend ist, wird diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt.

3. Anfrage von Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Katrin Nießner betreffend Veranstaltungen Gedenkjahr Volksabstimmung 2020

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Im Jubiläumsjahr 2020 werden wir der historisch so bedeutungsvollen Volksabstimmung feierlich gedenken. Dieses wichtige Stück unserer Geschichte ist untrennbar mit der Volkskultur verbunden. Denn die Volkskultur ist es, die in Form von Feierlichkeiten, Festen und Bräuchen Traditionen und Geschichte weitergibt. Und sie ist es, die Menschen aller Altersgruppen und Bildungsgeschichten durch das gemeinsame Heimatgefühl verbindet.

Mit welchen Aktionen und öffentlichen Veranstaltungen werden Sie dafür Sorge tragen, dass im Jubiläums- und Gedenkjahr 2020 die Volkskultur als wesentlicher Träger der Volksabstimmung in Villach würdevoll miteinbezogen wird?

Bürgermeister Albel beantwortet die Frage wie folgt:

Wir sind noch knapp eineinhalb Jahre von diesem großen Ereignis entfernt, das in Kärnten zu Recht groß gefeiert werden wird. Wir haben die Abstimmungsfeiern – die 10. Oktober-Feiern – in Villach schon bisher immer in einem sehr würdigen Rahmen abgehalten und werden natürlich auch die Jubiläumsveranstaltung in einem dementsprechenden Rahmen durchführen. Ich muss dazu sagen, dass es derzeit eine unglaublich große Organisation des Landes hinter dieser Gedenkfeier gibt, die auch darin mündet, dass man an alle Schulen und Kulturträger in Kärnten herantreten wird oder schon herangetreten ist, um sie in diese Feierlichkeiten einzubinden. Wir haben vor, uns mit diesem Thema, nachdem die Vorbereitungen des Landes stattgefunden haben, im Mai konkret zu beschäftigen. Mir wäre es auch recht, wenn wir bei dieser Feier, wie wir es schon immer gemacht haben, Schulen, Kultur- und Brauchtumsvereine einbinden würden. Allerdings sollte es dabei zu keinen Doppelgleisigkeiten kommen.

Es wird eine Wanderausstellung des Landes geben. Wir haben uns dafür schon angemeldet, weil wir sie natürlich auch hier in unserer Stadt zeigen wollen. Wichtig ist für mich, dass, wenn es um die Abhaltung dieser Feier geht, drei Dinge jedenfalls enthalten sein müssen: Das eine ist, dass man die Geschichte erzählt. Es gibt neue wissenschaftliche Arbeiten rund um das Thema des 10. Oktobers. Ich glaube, dass es ganz wesentlich ist, die Geschichte zu kennen, und zwar vom Detail bis zum Ganzen. Das Zweite ist, dass man niemals den Blick in die Zukunft verliert und sich fragt, welche Erfahrung die Jugend heute noch aus dem Ereignis am 10. Oktober ziehen kann. Ich glaube, dass wir in den Ansprachen, die wir in den letzten Jahren gehört haben, immer einen Teil an neuen Fakten erfahren haben können, was die Tatsache betrifft, wie die Jugend von heute mit diesem Thema umgeht.

Das Dritte ist, an die Vielfalt, die Weltoffenheit und die Gemeinsamkeit zu denken, aber vor allem Europa insgesamt miteinzubinden, nämlich den 10. Oktober auch im großen Konnex eines gemeinsamen Europas zu sehen. Das ist mir persönlich ganz wichtig und sollte jedenfalls ein Teil der Feier sein. Natürlich soll auch das Vereinsleben eingebunden werden. Ich gebe Ihnen Recht. Die Vereine, die es in Villach und Kärnten gibt, sind eine sehr starke Kraft. Darin sind so viele – tausende und zehntausende – Menschen organisiert, die jedenfalls an einer Feierlichkeit teilhaben sollten.

Die Fraktionen der **SPÖ**, **ÖVP** und **GRÜNE** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Kopeinig (ERDE):

Wir haben letztes Jahr diesbezüglich den Antrag darauf eingebracht, als Stadt im Stadtkino den Film „Dorf an der Grenze“ zu zeigen. Er würde sich ideal für das Jahr 2020 anbieten. Ich finde, dass der Film super ist, denn er ist zweisprachig. Er erzählt die Geschichte aus einem ganz interessanten Blickwinkel. Wäre es möglich, dass dieser Antrag bis 2020 auf die Tagesordnung kommt?

Bürgermeister Albel:

Ich kenne den Antrag natürlich. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir eine Reihe von Veranstaltungen machen werden. Ich halte auch sehr viel von Diskussionsveranstaltungen, denn es gibt auch heute, fast 100 Jahre nach der Abstimmung, noch immer verschiedene Ansichten rund um den 10. Oktober. Ich glaube, dass man das Geschichtsbild auf den neuesten Stand bringen kann, indem man sich Filme ansieht und Diskussionsveranstaltungen abhält, wobei ich dazu sagen muss, dass ich den Film nicht kenne. Ich muss ihn mir zuerst ansehen.

Die **BLV**-Fraktion verzichtet auf eine Zusatzfrage.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Nießner verzichtet auf eine Zusatzfrage.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Bevor ich die vierte Anfrage aufrufe, muss ich korrigieren. Die zweite Anfrage wird innerhalb von vier Wochen schriftlich beantwortet.

4. Anfrage von Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Katrin Nießner betreffend Sozialgeld in der Stadt Villach

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

In der Stadt Klagenfurt werden viele Sozialleistungen seitens der Bedürftigen nur sehr zaghaft in Anspruch genommen. Da die Sozialleistungen freiwillige Leistungen der Stadt sind, können diese nicht automatisch an die Bezugsberechtigten übermittelt werden.

Wie sieht es mit der Inanspruchnahme von freiwilligen Sozialleistungen in der Stadt Villach aus?

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser beantwortet die Frage wie folgt: Wir haben für freiwillige Leistungen im Sozialreferat 1,1 Millionen Euro für die Bevölkerung zur Verfügung. Es ist, wie du richtig sagst, äußerst schwierig, die betroffene Personenanzahl festzustellen. Laut Auskunft der Abteilung Soziales kann ich sagen, dass 2.118 Personen den Weihnachtszuschuss für Heizkosten in Anspruch nehmen. Alle anderen Leistungen sind Subventionen an Vereine und Institutionen, die im Sozialbereich arbeiten. Sie legen uns zwar Belege vor, es ist aber schwierig, die Anzahl der Personen herauszufinden. Man muss das auch referatsübergreifend sehen. Wir haben Sozialleistungen im Bereich des Sports, der Kultur und der Jugend. In diesen Bereichen wird auch soziale Leistung konsumiert. Dazu eine genaue Personenanzahl zu nennen, ist sehr schwierig.

Die **SPÖ**-Fraktion verzichtet auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA (ÖVP):

Von meiner Seite auch ein herzliches Dankeschön an die Frauen! Ohne euch läuft nichts.

Jetzt zu meiner Zusatzfrage: Das Thema „Soziales, Gesundheit, Pflege und Sozialservice“ liegt in Aufgabenbereich der Frau Vizebürgermeisterin und beinhaltet auch die Schaffung von Transparenz. Es gibt einen Sozial- und Gesundheitssprengel. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Sozial- und Gesundheitssprengels ist der Fachtag mit einem Fachvorsitzenden. Das ist unser Gemeinderat Isidor Scheriau. Der Fachtag setzt sich aus Fachtagsmitgliedern zusammen. Sie werden von der Landesregierung nominiert und kommen aus dem Sozialbereich, dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, der Stadt Villach sowie der Ärztekammer. Unsere Koordinationsstelle berichtet an diesem Fachtag halbjährlich. Meine Frage lautet: Ist dieser Halbjahresbericht so besonders geheimnisvoll, dass er diesem Gemeinderat vorenthalten wird? Wir wollen auch in diesem Bereich mehr Transparenz erfahren.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

Es ist kein Geheimnis, aber der Bericht ist noch nie angefordert worden.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA (ÖVP):

Dann sehen Sie das bitte als Anforderung!

Die Fraktionen der **GRÜNEN**, **ERDE** und **BLV** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Nachdem das Finkensteiner Nudelproblem, nämlich, dass die Unternehmer Nudeln wegwerfen müssen, weil auf den Packungen nur eine Kochuhr abgebildet war, in allen Medien war, haben wir bei den Finkensteiner Nudeln zugeschlagen. Wir haben eine ganze Schachtel gekauft und diese der TABEA Westbahnhoffnung gespendet. Da sind wir ins Reden gekommen. TABEA ist eine der Organisationen, die denjenigen unter die Arme greift ...

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Oberrauner:

Frau Mag.^a Nießner, kommen Sie zur Frage!

Frau Mag.^a (FH) Nießner:

Ich komme gleich zur Frage. Sie greift denjenigen unter die Arme, die im sozialen Netz vielleicht durchfallen würden. TABEA hat sich nun neu aufgestellt. Sie sind in einem Verbund vertreten. Meine Frage daher: Ist es geplant, der TABEA Westbahnhoffnung aus dem Sozialtopf eine Förderung zu geben?

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

TABEA wird aus dem Sozialbereich gefördert.

5. Anfrage von Gemeinderat Richard Pfeiler betreffend Miete Büro Stadtmarketing

Gemeinderat Pfeiler:

Ich möchte den Beginn kurz für eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung nutzen. Ich habe es aus zeitökonomischen Gründen vorhin nicht gemacht.

Wir haben heute eine Premiere erlebt, nämlich, dass wir am Beginn der Sitzung, wo die Geschäftsordnung vorsieht, dass über die Tagesordnung abgestimmt wird oder Anträge zur Tagesordnung einzubringen sind, eine breite Diskussion zum Frauenthema erlebt haben. Ich begrüße das. Ich finde es von der Vorsitzführung sehr großzügig, das zuzulassen, denn das ist nach der Geschäftsordnung so nicht vorgesehen. Ich bitte nun aber darum, dass man am heutigen Tag, dem Frauentag, mit anderen Wortmeldungen und der Geschäftsordnung auch so großzügig umgeht.

Nun zu meiner Anfrage:

Geschätzter Herr Bürgermeister, es ist nun ein knappes Jahr her, dass Sie das Stadtmarketingbüro von seinem langjährigen Standort Lederergasse in ein neu-adaptiertes Gebäude am Hans-Gasser-Platz übersiedelt haben. Zuerst haben Sie und die Wirtschaftsreferentin es als großen „Wurf“ verkündet, dass das Stadtmarketing gemeinsam mit der Tourismusregion in das Privateigentümern gehörende neu sanierte Gebäude der alten Feuerwache am Hans-Gasser-Platz einziehen wird. Von einem „Haus der Wirtschaft“ sprach die Wirtschaftsreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Oberrauner, euphorisch.

Wie wir heute wissen, ist daraus nichts geworden. Als Bürgermeister und Haupteigentümerversorger der Stadtmarketing Villach GmbH hätten Sie diese Lösung federführend verhandeln müssen, haben aber letztlich wenig Verhandlungsgeschick bewiesen. Tatsächlich herausgekommen ist ein unappetitlicher Streit mit der Tourismusregion, dass das Stadtmarketing – ergänzt mit dem 1,5 „Mann“ oder „Frau“ starken Kirchtagsbüro – nunmehr dieses repräsentative Gebäude alleine nutzen muss und die Stadt – das heißt der Villacher Steuerzahler – auf dem Mietkostenanteil, der für die Räumlichkeiten der Tourismusregion vorgesehen war, sitzen bleibt. Es ist also sowohl ein Imageschaden als auch ein finanzieller Schaden übriggeblieben.

Innenstadtunternehmer, und mich haben einige darauf angesprochen, kritisieren immer wieder die hohen Verwaltungskosten und das dadurch geschmälerete „Aktionsbudget“ des Stadtmarketings. Kritik gibt es auch generell am Umzug des Stadtmarketingsbüros vom Handelszone-Brennpunkt Lederergasse in der Nähe des Hauptplatzes auf den eher abgelegenen Hans-Gasser-Platz. Kritiker vermuten schon, dass Sie als Bürgermeister die Lederergasse und den Hauptplatz bereits „aufgegeben“ haben, indem Sie das Stadtmarketing in ein, wie mir ein Unternehmer gesagt hat, „Luxusquartier“ am Rande der Einkaufszone der Innenstadt platziert haben.

Wie auch immer, eine entscheidende Frage an Sie als Vertreter des Haupteigentümers Stadt Villach und Hauptfinanziers der Stadtmarketing Villach GmbH stellt sich nun:

Wie hoch präzise waren die Mietkosten (inklusive Betriebskosten) für das alte Stadtmarketingbüro in der Lederergasse, und wie hoch sind diese Kosten im neu adaptierten Quartier des Stadtmarketings am Hans-Gasser-Platz?

Bürgermeister Albel beantwortet die Frage wie folgt:

Ich werde jetzt sehr kurz antworten, alles weitere kommt später. Lederergasse – Kosten netto pro Quadratmeter 11,99 Euro, Hans-Gasser-Platz – Kosten netto pro Quadratmeter 9,43 Euro.

Die Fraktionen der **SPÖ**, **ÖVP** und **FPÖ** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Frau Gemeinderätin Schautzer (GRÜNE):

Gibt es eigentlich für das Büro in der Lederergasse schon einen Nachfolger? Weiß man darüber etwas? Es sieht offensichtlich so aus, als ob dort wieder jemand einziehen würde. Ist darüber etwas bekannt oder nicht?

Bürgermeister Albel:

Ich hoffe, dass es so ist. Man muss aber schon ganz klar sagen, dass es sich dort dabei um eine Immobilie eines privaten Hausbesitzers handelt, der natürlich großes Interesse daran hat, dass es dort wieder einen Mieter gibt. Wenn es so ist, dass dort jemand einzieht, finde ich das sehr positiv.

Die Fraktionen der **ERDE** und **BLV** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Pfeiler:

Herr Bürgermeister, ich lasse mich ungern für dumm verkaufen. Sie haben die Frage nicht beantwortet. Ich habe Sie nach den Gesamtkosten gefragt und nicht nach dem Quadratmeterpreis. Daher meine Zusatzfrage, denn dann kann ich es mir selbst ausrechnen. Ich habe einen Taschenrechner.

Wie viel Quadratmeter wurden in der Lederergasse mit 11,99 Euro, und wie viel Quadratmeter werden am Hans-Gasser-Platz mit 9,43 Euro bezahlt?

Bürgermeister Albel:

Wie ich meine Anfrage beantworte, müssen Sie schon mir überlassen. Ich bin diesbezüglich ohnehin schon sehr großzügig gewesen, denn eigentlich waren es zwei Fragen, die Sie mir in Ihrer ersten Anfrage gestellt haben. Wir haben zwar vereinbart, dass man diesbezüglich sehr großzügig ist, aber, wie man in den Wald hineinruft, so kommt es natürlich auch zurück.

Ich weiß sehr wohl, was Sie wollen, aber ich weiß auch, was Sie nicht verstehen, Herr Gemeinderat Pfeiler. Zu Ihrer Zeit, als Sie noch Verantwortung getragen haben, ist es nur darum gegangen, dass das Stadtmarketing eine Werbeorganisation sein musste. Das war vielleicht bis zu einer gewissen Zeit okay. Das, was wir von Seiten der Stadt gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, der Tourismusregion und mit anderen Stakeholdern in einem großen Nachdenkprozess mit der Firma Trigon geschafft haben, ist, aus einer reinen Marketingabteilung ein wirkliches Stadtmarketing zu machen. Das war der Hintergrund der Aktion.

Sie beschreiben in Ihrem Antrag, der nur so vor Fehlern strotzt, Dinge, die einfach unwahr sind. Gut, Sie sind natürlich oft in der Steiermark. Dafür kann ich aber

nichts. Wenn Sie schon Gemeinderat in Villach sind und vom Villacher Steuerzahler bezahlt werden, müssen Sie eben öfters hier sein und sich entsprechend informieren. Alleine Ihre Unterstellung, dass wir auf Kosten der Steuerzahler die Mietkosten für die Räumlichkeiten des Tourismusverbandes, der einziehen wollte, tragen, ist völliger Unsinn. Sie haben sich diesbezüglich in Ihrem wunderschönen Haus in der Steiermark – warum auch immer – leider falsch informiert.

Fakt ist, und das muss man schon sagen, dass in den meisten Stadtmarketingorganisationen in Österreich der Tourismusverband eine ganz wesentliche Rolle spielt. Es war von Anfang an so, dass der Tourismus in diesen Umdenkprozess eingebunden gewesen ist. Es war geplant, dass der Tourismusverband dort gemeinsam mit der Region und dem Stadtmarketing sowie mit anderen Partnern sitzt, um die Dinge, die wichtig sind, auf kurzem Weg erledigen zu können. Dass sich ein privater Tourismusverband auf Grund eines internen Streits anders entschieden hat, Sie das nun aber der Stadt zuordnen, fällt auch nur Ihnen ein. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die geplante Vorgehensweise für uns arbeiten wird, denn Klagenfurt war auch einmal der Meinung, dass es kein Stadtmarketing braucht. Mittlerweile haben die Verantwortlichen erkannt, dass Klagenfurt genau so ein Stadtmarketing braucht, wie wir es in Villach haben. Sie befinden sich genau jetzt in diesem Nachdenkprozess.

Zum Glück gibt es auch einen Nachdenkprozess in der Politik in Kärnten, nämlich bei den Verantwortlichen im Tourismus. Man hat erkannt, dass das Tourismusgesetz, das damals gegen den Willen der SPÖ geschaffen worden ist, viele Schwächen hat. Nun ist man dabei, diesen Schwächen durch neue Gesetze und neue Handlungen etwas entgegen zu setzen. Man stellt sich die Frage, wofür es so viele Tourismusverbände gibt. Die Tourismusregion Villach und der Tourismusverband Villach haben schon versucht, einen Ansatz dafür zu finden, indem man sich mit dem Tourismusverband Finkenstein zusammenschließen wollte. Das ist aber, weil es sich um einen privaten Verband handelt, leider nicht gelungen.

Noch einmal: Wir sind im Dauergespräch mit den Tourismusverantwortlichen. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit von Tourismus und Stadtmarketing noch enger wird. Das, was wir von Anfang an gesagt haben, ist, dass es nicht nur darum geht, eine räumliche Nähe zu schaffen, denn das wäre viel zu wenig, sondern es ist von Anfang an auch um die aktive Rolle des Stadtmarketings gegangen. Man hat gesagt, dass man zum Beispiel auch ein Leerflächenmanagement installieren will. Immer wieder fragen Unternehmer, aber auch Bürger, was dieser Leerflächenmanager tut. Das ist eine Arbeit, die natürlich im Hintergrund durchgeführt wird, indem Tausende Gespräche mit den Hausbesitzern zu führen und Tausende Beratungen durchzuführen sind.

Eines ist auch klar: Ein großes Problem für jede Altstadt ist es, dass man sich von bestimmten Handlungsverhalten ganz einfach verabschieden wird müssen. Ein Geschäft, das im Bereich der Mode oder des Handels vor 20 Jahren aufgesperrt worden ist, muss sich heute völlig anders darstellen. Das heißt, dass die Unternehmer neue Wege gehen müssen. Städte müssen erkennen, dass es in gewissen Zonen einfach keinen Handel mehr geben wird. Deshalb ist es auch wichtig und richtig, dass man, wie man es in der neuesten Umfrage von „Standort+Markt“ entnehmen konnte, dass die Handelsflächen in Villach zurückgeführt worden sind,

was richtig ist. Das heißt aber nicht, dass sie einfach verschwunden sind. Handelsflächen sind vor allem in Wohnflächen umgewandelt worden. Das ist genau das richtige Konzept, denn die Menschen, die in der Altstadt wohnen, sind auch diejenigen, die dort arbeiten.

Das nächste, das man gemacht hat, war, ein Veranstaltungsmanagement aufzubauen. Es hat in der Stadt verschiedene Player gegeben, die Veranstaltungen durchgeführt haben. Der Tourismus hat Veranstaltungen gemacht, ebenso wie Private und die Stadt. Im Magistrat selbst haben auch verschiedene Abteilungen Veranstaltungen organisiert. Da haben wir zu Recht gesagt, dass es eine Konzentrierung in Form eines Veranstaltungsmanagements geben muss. Es geht um Straffen, Vereinheitlichen und Abstimmen, und auch das ist geschafft worden. Es gibt mittlerweile einen eigenen Veranstaltungskalender, auf den diese Stakeholder zugreifen und in den sie ihre Veranstaltungen eintragen können.

Das Nächste war das Standortforum. Sie kennen die Diskussion, die heiß geführt worden ist, rund um das Thema „Interspar“. Interspar war bisher Teil des Stadtmarketings. Man hat gesagt, dass man eine neue Struktur schaffen will. In der neuen Struktur findet ein Einkaufszentrum aber nicht den richtigen Platz. Man hat jedoch gesagt, dass man nicht den Kampf „Innen gegen Außen“ und umgekehrt führen will, sondern, dass man Projekte gemeinsam schaffen will. Man hat das Standortforum gegründet, in welches Stakeholder auch aus dem Bereich des äußeren Stadtrandes miteingebunden werden.

Es ist weiters um die Strukturbereinigung gegangen. Einige haben schon vergessen, was wir wirklich gemacht haben. Der Tourismus war nur ein Teil der angedachten Kooperation. Das, was geschafft worden ist, war, das Stadtmarketing, die Altstadtmärkte und das Co-Quartier in einer Organisationseinheit zu vereinheitlichen. Das war der Hintergrund. Wir haben dafür gesorgt, dass es eine größere Ausstattung, was das finanzielle Volumen betrifft, gibt. Jeder wird sagen, und auch „Standort+Markt“ hat das in seiner Umfrage bekanntgegeben, dass man Geld in die Hand nehmen muss, um die Herausforderungen, die auf die Städte zukommen, erledigen zu können. Wir haben aber nicht nur Geld in die Hand genommen, sondern das Budget nahezu verdoppelt. Ich rede nicht nur vom Budget des Marketings und dem Aktionsbudget, sondern wir haben auch zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen. Wir haben den Mitarbeiterstand von sechs auf elf Personen erhöht und dadurch natürlich mehr Platz gebraucht. Das war der Grund für die Veränderung des Standortes, und jetzt sind wir bei dem Thema, worum es hier eigentlich geht. Es ist ganz einfach so, dass für alle Mitarbeiter im anderen Haus nicht Platz gefunden werden konnte. Deshalb ist man auf den Hans-Gasser-Platz übersiedelt.

Was mich schon wundert, ist Folgendes: Sie schreiben in Ihrer Anfrage „abgelegener Hans-Gasser-Platz“. Die Unternehmer, die es dort gibt, werden sich freuen, wenn sie hören, dass sie nun auf einem abgelegenen Platz ihr Geschäft haben. Wir werden ihnen erzählen, wie Sie über den Hans-Gasser-Platz urteilen. Wir werden den Hausbesitzern natürlich auch sagen, dass Sie nicht nur von einem „abgelegenen Platz“ schreiben, sondern auch, dass es ein „Luxusquartier“ sein soll, in dem das Stadtmarketing untergebracht ist. Solche Unterstellungen kann man ganz einfach nicht im Raum stehen lassen.

Sie schreiben dann noch über den Mietkostenanteil für die Räumlichkeiten der Tourismusregion, der dort vorgesehen war. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass Sie diesbezüglich falsch liegen. Ich bitte Sie, mehr in Villach zu sein. Die Villacher würden sich darüber freuen. Wir haben den Anteil, den die Tourismusverantwortlichen zu zahlen gehabt hätten, natürlich weder gezahlt, noch haben wir die Miete für diesen Teil der Räumlichkeiten übernommen, aber – und das stimmt schon – wir kämpfen jeden Tag darum, dass der Tourismus ein Teil des Stadtmarketings wird. Welche Größe das annehmen kann oder wird, ist noch offen. Wir wären froh, wenn wenigstens endlich die räumliche Nähe gefunden werden könnte.

Was Ihre Anfrage zu den Quadratmetern betrifft, so waren es in der Lederergasse 136 Quadratmeter für sechs Personen und am Hans-Gasser-Platz sind es 349 Quadratmeter für elf Personen. Wie gesagt, der Quadratmeterpreis in der Lederergasse betrug 11,99 Euro, der Quadratmeterpreis am Hans-Gasser-Platz beträgt 9,43 Euro.

Gemeinderat Michael Köchl, Bakk. techn. verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Christine Mirnig nimmt an der Sitzung teil.

6. Anfrage von Gemeinderat Richard Pfeiler betreffend Ausgang Verfahren
Gemeinderat Geissler

Gemeinderat Pfeiler:

Zur Geschäftsordnung: Ich wollte Ihren Redefluss nicht unterbrechen, weil ich Demokrat bin, möchte aber festhalten, dass erstens gemäß § 48 des Villacher Stadtrechts ein Gemeinderat das Recht hat, Fragen zu stellen – seien sie noch so kurios –, und er hat auch das Recht, eine Antwort darauf zu bekommen, ob es Ihnen zu Gesicht steht oder nicht.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Aber, Herr Gemeinderat, das war doch der Fall! Wir sind jetzt bei Frage 6.

Gemeinderat Pfeiler:

Ich rede jetzt zur Geschäftsordnung. Ich habe eine Wortmeldung dazu. Ich verweise auf § 48 des Villacher Stadtrechts. Der Bürgermeister hat meine Anfrage als nicht zu stellen abgetan.

Zweitens möchte ich sagen, dass dem Bürgermeister hier weder Drohungen, Untergriffe noch Zensuren zustehen. Ich äußere mich jedoch nicht dazu. Sie zeigen nur, dass beim Bürgermeister, wenn es um das Thema „Stadtmarketing“ geht, die Nerven blankliegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Sie sollten nun zur Frage 6 kommen und bitte auch die Wahrheit Wahrheit sein lassen. Drohungen und so weiter verbitte ich mir. Frage 6 ist aufgerufen, und Sie sollten Ihre Frage stellen.

Gemeinderat Pfeiler:

Frau Vizebürgermeisterin, Sie brauchen nicht unnötig nervös werden und mich unterbrechen. Ich habe auch zugehört.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Ich bin nicht nervös, aber solche Sager und Worte kann man nicht verwenden, wenn sie nicht den Tatsachen entsprechen. Bitte die Frage 6!

Gemeinderat Pfeiler:

Alles, was ich gesagt habe, entspricht den Tatsachen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Pfeiler:

Dann sagen Sie mir, was nicht gestimmt hat.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Frage 6 bitte!

Bürgermeister Albel:

Das werde ich Ihnen gleich sagen, was nicht gestimmt hat.

Gemeinderat Pfeiler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Einladungsaffäre 2016/2017 in der SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat nicht nur zu Schlagzeilen in den Medien, sondern auch zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und zu vorübergehenden Rücktritten geführt. Während in diesem Zusammenhang die Einstellungen einzelner Verfahren breit kommuniziert wurden, herrscht wegen der kolportierten Verurteilung eines Beteiligten wegen falscher Zeugenaussage beredtes Schweigen. Es handelt sich dabei um den damaligen SP-Gemeinderat und Magistratsbediensteten Harald Geissler.

Nachdem diese Vorgänge im Rahmen der Ausführung der Geschäftsordnung des Gemeinderates stattgefunden haben, es sich bei der betroffenen Person um einen zurückgetretenen Gemeinderat, der inzwischen wieder Gemeinderat ist, und Magistratsmitarbeiter handelt, hat der gesamte Gemeinderat auch ein Recht zu erfahren, **wie dieses Verfahren ausgegangen ist beziehungsweise welche Strafe verhängt worden ist?**

Herr Bürgermeister, **ich ersuche um die Beantwortung vorstehender Frage!**

Bürgermeister Albel beantwortet die Frage wie folgt:

Zu Ihrer vorherigen Wortmeldung: Sie haben den falschen Paragraphen genannt. Das macht aber nichts. Es ist § 49 des Villacher Stadtrecht – Ausübung des Fragerechts. Darin steht, dass jede Anfrage – abgesehen von allfälligen Hinweisen – nur eine konkrete kurzgefasste Frage enthalten und diese nicht in Unterfragen gestellt werden darf. Das ist alles, was dort steht. Sie haben eine Unterfrage gestellt, die ich nicht beantworten hätte müssen. Ich habe es aber trotzdem gerne getan.

Was Herrn Gemeinderat Geissler betrifft, darf ich Ihnen sagen, dass ich nicht nur Bürgermeister, sondern auch Dienstgeber des Herrn Ersatzgemeinderates Geissler bin. Ihre Aussage diesbezüglich war auch falsch, denn er ist kein Gemeinderat, sondern Ersatzgemeinderat. Ich darf Ihnen sagen, dass ich als Dienstgeber laut der DSGVO in diesem Falle der Verschwiegenheitspflicht unterliege. Die Frage kann man aber ganz einfach beantworten, indem Sie Herrn Geissler, der heute hier sitzt, ganz einfach fragen. So einfach wäre das.

Die Fraktionen der **SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, ERDE** und **BLV** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Pfeiler:

Sie berufen sich auf Ihr Verschwiegenheitsrecht. Das ist so in Ordnung.

Ich habe folgende Zusatzfrage:

Die Medien haben im Mai 2017 berichtet, dass ein SPÖ-Mandatar Lügen in der Causa Bürger zugegeben hat. Das heißt, dass er vor der Behörde gelogen hat, obwohl er auf die Folgen wegen falscher Zeugenaussage aufmerksam gemacht wurde.

Ich habe das Kärntner Stadtbeamtenengesetz genau gelesen. Darin steht – und das ist besonders zu beachten –, dass ein Beamter im Sinne des Gesetzes ein im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis der Stadt stehender Bediensteter ist. Unter anderem heißt es dort in einem Paragraphen, dass der Beamte in seinem gesamten Verhalten darauf Bedacht zu nehmen hat, dass das Vertrauen der Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung seiner dienstlichen Aufgaben erhalten bleibt.

Meine Frage: Welche Konsequenzen haben Sie als oberster Personalchef der Stadt gezogen, allein aus dem Umstand, dass in den Medien berichtet wurde, dass dieser Gemeinderat zugegeben hat, falsche Zeugenaussagen vor der Behörde getätigt zu haben?

Bürgermeister Albel:

Die Disziplinarkommission wurde damit befasst. Das Ergebnis unterliegt wie alles andere der Verschwiegenheit. Sie wissen ganz genau, dass der Gemeinderat über die Zusammensetzung der Disziplinarkommission entscheidet. Sie können gerne mit dem Vorsitzenden der Disziplinarkommission ein Gespräch darüber führen.

7. Anfrage von Gemeinderat Ing. Klaus Frei betreffend Gewerbebetriebe im Zusammenhang mit Schlechtreden Lederergasse

Gemeinderat Ing. Frei:

Ich möchte nur einen Satz sagen: Mich hat es nicht gestört, dass man dem Thema „Frauentag“ an diesem wunderschönen Tag mehr Raum lässt. Ich weiß nicht, warum es Herrn Gemeinderat Pfeiler gestört hat. Mich hat es nicht gestört.

Zum Thema: Jeder in diesem Raum kennt die Lederergasse. Wir schätzen auch die Entwicklung der Lederergasse – fast alle. Ich möchte kurz erwähnen, wie diese Gasse aussieht. Für viele ist vielleicht nicht ganz ersichtlich, dass es dort neben den Lokalen auch viele Geschäfte gibt. Es gibt zum Beispiel ein Therapieinstitut und ein Geschäft für Stickerei, das Berufskleidung vertreibt. Man kann Gewürze, Kräuter, Tee sowie Kinderspielzeug kaufen. Es gibt Frisörgeschäfte und so weiter. Das heißt, dass sie eine lebende Gasse ist.

Meine Frage: Herr Stadtrat Pober, Sie sind Gewerbereferent. Unlängst wurde von Ihnen über die Medien eine ganze Gasse schlecht geredet. Die Lederergasse wäre mit zunehmenden Gewaltdelikten belastet und würde zur Problemzone werden. „Reden alleine wird nicht helfen, hier muss gehandelt werden“, war eines Ihrer Zitate. Obwohl das Stadtpolizeikommando dazu bereits Stellung bezogen hat und das Märchen einer verwilderten Gasse widerlegt hat, halten Sie an Ihren Aussagen fest und reden auch alle Bemühungen der HausbesitzerInnen und die Erfolge der letzten Jahre, die Lederergasse wieder zu etablieren, schlecht.

Ich stelle die Anfrage und ersuche um Beantwortung meiner Frage zu Ihrem Handeln als Gewerbereferent in Bezug auf die Lederergasse:

Haben Sie als Gewerbereferent Kenntnis von konkreten Gewerbebetrieben in der Lederergasse, die im Zusammenhang mit Ihren Aussagen betreffend das Schlechtreden der Lederergasse stehen?

Stadtrat Pober, BEd, beantwortet die Frage wie folgt:

Diesbezüglich ist auszuführen, dass die Gewerbeordnung 1994 fast ausschließlich im übertragenen Wirkungsbereich vollzogen wird. Die vom Gemeinderat beschlossene Geschäftsverteilung, was die Zuständigkeiten von Bürgermeister, Vizebürgermeister und der Stadträte betrifft, beinhaltet jene Punkte, die im eigenen Wirkungsbereich liegen. Für Bereiche, wie zum Beispiel der Verletzung von Lärmschutzauflagen oder die Gewerbeentziehung wegen schwerwiegender Verstöße ist Herr Bürgermeister zuständig. Generell gilt aber im Zusammenhang mit einzelnen konkreten Betrieben die Datenschutzgrundverordnung, denn die Grundrechte und Grundfreiheiten von Personen, insbesondere das Recht auf Schutz von personenbezogener Daten abzusichern, ist wichtig. Im konkreten Fall besteht zweifelsohne eine Verschwiegenheitspflicht hinsichtlich konkreter Betriebe und kein überwiegendes öffentliches Interesse an einer Offenlegung oder Übermittlung. Die Beantwortung Ihrer Anfrage, sehr geehrter Herr Gemeinderat, ist also auf Grund

der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung nicht zulässig.

Bürgermeister Albel übernimmt den Vorsitz.

Die **ÖVP**-Fraktion verzichtet auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Fritz (FPÖ):

Herr Stadtrat, Sie machen die Lederergasse prinzipiell nur schlecht. Nachdem, was ich herausgehört habe, ist es so, dass Sie das Ergebnis des Stadtpolizeikommandos Villach anzweifeln. Wie mir scheint, wollen Sie Villach nur schlecht reden.

Gemeinderat Fritz auf einen Zwischenruf:

Die Frage lautet, ob er das Ergebnis des Stadtpolizeikommandos anzweifelt.

Stadtrat Pober, BEd:

Ich darf diesbezüglich aus demselben Artikel, aus dem Herr Gemeinderat Frei zitiert hat, vorlesen: Es gab Lärmerregungen, Verletzungen des Jugendschutzgesetzes, Erpressungen. Die Delikte beschränken sich auf ein Lokal. Herr Stadtpolizeikommandant Londer hat das gesagt. Mittlerweile ist es in der Gasse auch zu mehreren Einsätzen von einigen Polizeibeamten gekommen, wie man von den Anrainern weiß. Ich weiß jetzt nicht, wo da das Schlechtrede an sich sein soll. Es ist ein Feststellen von Fakten, nämlich, dass es gewisse Probleme gibt.

Wir müssen aber schon ein bisschen die Historie der Gasse betrachten. Als ich jünger war – Herr Gemeinderat Frei und andere waren damals wahrscheinlich schon im Gemeinderat vertreten – gab es diverse Probleme in der Gasse, was Schlägereien und andere Dinge betrifft. Auch ein Freund von mir war damals betroffen. Als erster auf die Problematik aufgesprungen und dagegen etwas getan hat damals Herr Stadtrat Weidinger mit der City-Streife. Dann erst sind die SPÖ und andere Parteien auf das Thema aufgesprungen. Natürlich hat diese Reaktion dann geholfen. Die Gasse wurde beruhigt und hat sich sehr gut entwickelt. Es haben sich auch wieder Betriebe dort angesiedelt, was positiv ist. Früher war die Lederergasse mit Krainer Druck, Bettina Eis und so weiter eine lebendige, gute Gasse, die dann durch viele Lokalen eher zu einer nachtbelebten Gasse geworden ist. Mittlerweile gibt es natürlich wieder Betriebe, die sich dort ansiedeln wollen.

Worüber wir eigentlich im Konkreten reden, ist das subjektive Sicherheitsgefühl von Menschen. Da können wir so viele Statistiken bringen, wie wir wollen, aber das subjektive Sicherheitsgefühl wird man mit Zahlen und Fakten nicht beeinflussen können. Was man aber beeinflussen kann, ist, mit mehr Präsenz von Polizei ein gutes Sicherheitsgefühl zu schaffen. Daher gibt es auch unsere Idee, den Polizeiposten eventuell zu verlegen. Allein die Präsenz der Polizei schafft schon wieder subjektive Sicherheit. Wo da das Schlechtrede ist, wenn man den Umstand feststellt, dass Menschen subjektiv Angst haben, verstehe ich nicht, aber das

muss ich vielleicht auch nicht verstehen.

Die Fraktionen der **GRÜNEN**, **ERDE** und **BLV** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Ing. Frei:

Herr Gewebereferent, in der Innenstadt haben sehr viele Unternehmen Geld investiert – auch in der Lederergasse – sowie Arbeit und Herzblut hineingelegt, damit dort etwas weiter geht.

Meine Frage:

Sind Sie als Gewebereferent der Ansicht, dass Ihre Negativkampagne mehr Gewerbeansiedlungen nach Villach bringen wird?

Stadtrat Pober, BEd:

Selbstverständlich bin ich der Ansicht, dass mehr Sicherheit in der Gasse zu mehr Betriebsansiedlungen führen wird.

Ende der Fragestunde: 16.15 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermin

Bürgermeister Albel:

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Freitag, den 26. April 2019, mit Beginn um 15 Uhr im Bambergsaal statt.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

b) Schreiben von Bundesminister Ing. Norbert Hofer betreffend Breitbandausbau im gesamten Gemeindegebiet

Bürgermeister Albel

bringt das Schreiben von Bundesminister Ing. Norbert Hofer vom 6.12.2018, Zl.: BMVIT-900.111/0327-Büro HBM/2018, betreffend Breitbandausbau im gesamten Gemeindegebiet wie folgt zur Kenntnis:

Ich darf Sie ersuchen, sich dieses Schreiben in der Magistratsdirektion zu organisieren. Es ist ein Schreiben von Bundesminister Hofer betreffend den Breitbandausbau. Sie kennen die Anstrengungen des Gemeinderates, indem wir gesagt haben, dass es eigentlich unfair ist, wenn immer die großen Städte, die ein schnelles Internet am meisten brauchen, von allen Förderungen ausgenommen sind. Es liegt uns nun eine Antwort dazu vor. Bitte lesen Sie sie selbst! Ich werde aus diesem Schreiben nicht schlau. Darin steht nur, dass wir als Städte nichts bekommen, aber dann steht da, dass wir doch etwas bekommen. Lesen Sie es sich bitte durch! Sie können gerne selbst eruieren, was dieses Schreiben bedeuten soll.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

c) Bericht über die Geschäftsgebarung der KFA – Verwaltungsjahr 2017

Bürgermeister Albel

bringt die Mitteilung der Krankenfürsorgeanstalt vom 10.12.2018 betreffend Bericht über die Geschäftsgebarung der KFA – Verwaltungsjahr 2017 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

d) Berufung zum ordentlichen Mitglied des Villacher Gemeinderates –
Gemeinderat Günther Stastny

Bürgermeister Albel

bringt die Mitteilung der Magistratsdirektion vom 10.1.2019, Zl.: MD-70i/19-01d/Sc, betreffend Berufung zum ordentlichen Mitglied des Villacher Gemeinderates – Gemeinderat Günther Stastny zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

e) Zurücklegung Mandat als ÖVP-Ersatzgemeinderätin – Frau Christiana Kreiner

Bürgermeister Albel

bringt die Mitteilung der Magistratsdirektion vom 10.1.2019, Zl.: MD-20k/18-24d/Sc, betreffend Zurücklegung Mandat als ÖVP-Ersatzgemeinderätin – Frau Christiana Kreiner zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- f) Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend Resolution betreffend Humanitäres Bleiberecht – Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen

Bürgermeister Albel

bringt das Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 17.1.2019, Zl.: BKA-350.710/0011-IV/10/2019, betreffend Resolution betreffend Humanitäres Bleiberecht – Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen wie folgt zur Kenntnis:

Diese Thematik ist Ihnen hinlänglich bekannt. Wir haben im Gemeinderat im Dezember eine sehr umfangreiche Diskussion darüber geführt, wie sinnvoll es ist, die Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen auszusetzen, vor allem für Lehrlinge, die noch mitten in der Lehre sind. Als Antwort steht in dem Brief, den Sie gerne haben können, nur, dass unser Schreiben an vier verschiedene Bundesministerien zur weiteren Veranlassung weitergeleitet worden ist. Das heißt, dass es keine Antwort darauf gibt.

Zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe eine Anregung, was die Mitteilungen und die beiden Schreiben betrifft, die Sie von den jeweiligen Ämtern erhalten haben. Wenn es die Geschäftsordnung zulässt beziehungsweise hier eine Adaptierung, was die Information über Mitteilungen betrifft, vorgenommen werden könnte, würde ich mich dafür aussprechen. Es wäre hilfreich, wenn Sie solche Schreiben mit der Aussendung der Tagesordnung den Fraktionen und den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zukommen lassen würden. Dann kann man diese inhaltlich studieren und dementsprechend eine Meinung dazu abgeben. Sie haben Ihre Meinung kundgetan. Ich kann dazu keine Stellung beziehen, weil ich die Schreiben inhaltlich nicht kenne.

Ich möchte heute etwas nicht unerwähnt lassen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Frau Gemeinderätin Christiana Kreiner, die die Sitzung wahrscheinlich von zu Hause ansieht, weil sie das grundsätzlich gerne tut, für ihr Engagement bedanken und dafür, dass sie als Ersatzgemeinderätin tätig war. Sie hat die Funktion schon in der letzten Periode mit Freude ausgeübt. Sie war eine sehr engagierte Persönlichkeit, die nun sie auf Grund ihrer besonderen Lebensumstände gerne ihre Zeit mit ihren Enkelkinder verbringen will. Danke vielmals für das Engagement!

Es ergeht auch noch der Aufruf an Menschen aller Generationen, sich, bitte, an allen Wahlen zu beteiligen, die nun anstehen, wobei es bei der anstehenden Europawahl gleich die Gelegenheit dazu gibt.

Bürgermeister Albel:

Selbstverständlich werden wir klären, wie wir es bezüglich einer Zusendung machen.

Gemeinderat Pfeiler:

Wir haben vom Bürgermeister in seinem Bericht von der Mandatszurücklegung des SPÖ-Gemeinderates Della Pietra gehört. Wir werden uns heute in einem Tagesordnungspunkt noch damit beschäftigen.

Zu Gemeinderat Frei: Ich habe am Anfang gesagt, dass die Diskussion wichtig ist, damit man nicht immer die Dinge verdreht. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass man mit der Auslegung der Tagesordnung auch hinkünftig so großzügig umgehen soll. Das war mein einziger Hinweis.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema. Hätte der Bürgermeister am Beginn, was das Frauenjahr anbelangt, nicht so dick aufgetragen, hätte ich mich gar nicht zu Wort gemeldet. Herr Bürgermeister hat gemeint, dass es uns allen gut geht, wenn es den Frauen gut geht. Als linker Anhänger des Feminismus dreht es einem bei dieser Aussage ein bisschen den Magen um. Das heißt nämlich umgekehrt, dass es den Frauen deshalb gut gehen soll, damit es uns gut geht. Das ist aber ein anderes Kapitel. Außerdem kommt dieser Vergleich aus der Tierwelt, und der gefällt mir nicht, aber gut: Das kann jeder halten, wie er will. Ich finde es nicht so passend.

Frauenwohl geht uns alle an, hat Herr Bürgermeister gesagt. Auf die Frauen zu schauen, soll nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern auch zum Handeln anregen. All das kann man voll unterschreiben. Wer meint das nicht? Kollegin Sandriesser hat dann auch noch die Gewalt in der Familie angesprochen.

Nun wissen Sie – es war den Zeitungen zu entnehmen –, warum Herr Gemeinderat Della Pietra vorübergehend sein Mandat zurückgelegt hat. Ich möchte jetzt vorausschicken, dass es mir nicht um die Person geht, lieber Gemeinderat Frei und auch an alle, die Dinge gerne falsch verstehen. Mir geht es nicht um Herrn Della Pietra und um eine Vorverurteilung. Ich habe Herrn Gemeinderat Della Pietra als netten, umgänglichen Menschen kennen und schätzen gelernt, aber wie wir wissen, kann man in niemanden hineinsehen. Nun gibt es, und alle Fraktionen haben diesen Brief vor eineinhalb bis zwei Jahren bekommen, eine Dame, die behauptet, dass sie von diesem Herrn misshandelt worden ist. Das ist eine Behauptung und eine Beschuldigung. Dieser Brief ist an alle ergangen, unter anderem auch an den SPÖ-Klub, worauf diese Dame – es ist, glaube ich, knapp zwei Jahre her –, die Antwort bekommen hat, dass es sich dabei um eine Privatsache handelt und den SPÖ-Gemeinderatsklub nichts angeht. Soweit zu den Lippenbekenntnissen, denn man hat sich um diese Frau nicht gekümmert. Man hat mit ihr kaum Kontakt aufgenommen. Sie ist auch nicht dorthin vorgedrungen, wo sie vielleicht etwas hätte sagen können.

Was ich mir von einem Politiker, einem Bürgermeister und Vorsitzenden der SPÖ erwartet hätte, ist, dass er in diesem Moment verlangt, dass derjenige, solange die Sache nicht geklärt ist, sein Mandat zurücklegt. Das wäre eine anständige Sache gewesen – ohne Vorverurteilung. Es ist über ein Jahr lang nichts passiert. Dann ist eines Tages durch die Kleine Zeitung ruchbar geworden, dass es in diesem Fall eine Diversion geben soll. Ich sage „geben soll“. Mir geht es nicht um diese Geschichte, sondern darum, wie man in dieser SPÖ, die hier so heilige Worte findet, tatsächlich mit einem solchen Problem umgeht. Es ist in der Zeitung gestanden, dass es eine Diversion gegeben hat. Was eine Diversion bedeutet, weiß jeder. Es ist kein Schuldanerkenntnis, aber zumindest ist der Sachverhalt geklärt. Es geht mir darum, wie man in der SPÖ damit umgeht. Dann hat es noch einmal ein paar Tage gedauert, und man hat keine eindeutige Stellungnahme in die Richtung gehört, dass es eine Mandatszurücklegung gibt, bis die Sache geklärt ist, sondern man hat die Angelegenheit schleifen lassen. Letztendlich hat Herr Della Pietra selbst, wie wir wissen, vorübergehend sein Mandat zurückgelegt.

Ich meine nur, dass ein derartiger Umgang mit einem solchen Fall nicht davon zeugt, dass die Sensibilität, was Frauenrechte angeht, besonders ausgeprägt ist. Wenn man schon davon spricht, dann sollte man es immer so machen, denn, wie Herr Bürgermeister richtig gesagt hat, Frauenwohl geht uns alle an und darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. In diesem Fall zweifelt man daran, dass es in der SPÖ gelebt wird. Vor knapp 30 Jahren ist Frau Johanna Dohnal Frauenstaatssekretärin geworden und hat dieses Land in Richtung Frauenrechte und Emanzipation dramatisch verändert. Würde sie von diesem Fall wissen, würde sie im Grab rotieren.

Pkt. 2.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 21.2.2019,
Zl.: MD-20k/19-01e/Dr.M/Or.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Anstelle von Herrn Gemeinderat Markus della Pietra werden Herr Gemeinderat Dipl.-Ing. (FH) Andreas Sucher in den Ausschuss für Bauangelegenheiten, Frau Gemeinderätin Mag.^a Susanne Claudia Boyneburg-Lengsfeld-Spendier in den Ausschuss für städtische Betriebe und Unternehmen und Frau Gemeinderätin Carmen Strauss, B.A. in den Ausschuss für Schule, Kindergarten und Hort (Neu: Bildungsausschuss) gewählt.“

Pkt. 3.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

a) Teilnahme am Projekt „Tactical Mobilism“ – Vorbelastung Budgets 2020 bis 2021

Bürgermeister Albel

bringt den Amtsvortrag der Geschäftsgruppe 2 – Bau vom 4.2.2019, Zl.: 2019/AV/FFG, betreffend Teilnahme am Projekt „Tactical Mobilism“ – Vorbelastung Budgets 2020 bis 2021, welcher am 6.2.2019 vorgenehmigt wurde, wie folgt zur Kenntnis:

Dieser Amtsvortrag betrifft die Teilnahme am Projekt „Tactical Mobilism“. Ich habe ihn vorgenehmigt, weil es im Rahmen dieses Projektes um eine rasche Entscheidung gegangen ist. Ich habe es vorher mit dem Stadtsenat abgeklärt. Es geht um ein Projekt der Mobilität für die Zukunft. Sie wissen, dass im heurigen Jahr – ich glaube im Herbst – im Bereich des öffentlichen Verkehrs eine Neuausschreibung stattfinden wird. Die Neuausschreibung wird im Rahmen des Mobilitätsprojektes, das wir gemeinsam beschlossen haben, und im Rahmen des Mobilitätskonzeptes ausgeschrieben.

Es gibt ein Projekt, das mit der FFG und verschiedenen anderen Partnern umgesetzt werden soll, bei dem es zwar auch um Mobilität geht, aber darüber hinaus um noch viel mehr, nämlich um den öffentlichen Raum. Es geht darum, wie man den öffentlichen Raum so bespielen kann, dass einerseits ein lebenswertes Umfeld geschaffen wird, aber andererseits dieses lebenswerte Umfeld auch bestmöglich mit dem öffentlichen Verkehr verbunden werden kann. Es steht aber ganz klar im Projekt, dass nicht nur der öffentliche Verkehr mit dem Bus zu sehen ist, sondern auch andere Modelle, die wir schon beschlossen haben, wie Sharing-Modelle, E-Roller, E-Fahrräder und so weiter. Dieses Zusammenspiel soll in dem Projekt erarbeitet werden.

Wir haben in diesem Bereich eine Riesenchance, die sich uns mit den Partnern bietet. Das Ganze erfolgt in einem langfristigen Projekt von 2019 bis 2021. Sie lesen in diesem Amtsvortrag zum Beispiel auch vom Bau mobiler Pflanzentröge. Das mag sich in einem Mobilitätsantrag ein bisschen komisch anhören, hat aber auch mit Mobilität zu tun. Es sollen gemeinsam mit einer Schule vor Ort – ich glaube, es wird die HTL sein –, Modelle geschaffen werden, die mit Bänken und Bepflanzungen zu tun haben und den öffentlichen Raum verschönern sollen. Es ist ein Projekt, das maßgeblich dazu beitragen wird, die Mobilität in unserer Stadt nachhaltig abzusichern. Ich darf um Ihre Zustimmung bitten.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Ein positiver Aspekt, den ich bei diesem Projekt hervorstreichen möchte, ist der Umstand, dass wir stärker beginnen, vernetzter und gemeinsamer zu denken. So ist Mobilität und Bewegung nicht nur, von Punkt A zu Punkt B zu kommen, sondern auch das Einbeziehen des Raumes, den man durchschreitet. Shared-Space-Zonen, Begegnungsräume, Bänke und schöne Blumen laden zum Verweilen ein

und animieren die Menschen dazu, den Ort, an dem man sich bewegt, viel bewusster zu erleben, egal, mit welchem Verkehrsmittel man unterwegs ist. Diese Themen der neuen Mobilitätsformen bewegen uns natürlich auf vielen Ebenen. Man braucht sich nur im Stadtgeschehen in Villach umsehen, um festzustellen, welche Fahrzeuge unterwegs sind. Deshalb ist der Antrag als sehr positiv hervorstreichen. Ich ersuche darum, sich mit dem Land diesbezüglich gut abzustimmen, wie es bei anderen Projekten auch der Fall ist.

Im Mobilitätsbereich passieren viele gute Dinge. Ich möchte hier für ein Projekt die Lanze brechen. Vor Kurzem hat Landesrat Zafoschnig die Pendler-App vorgestellt, die es Menschen, die in Klagenfurt arbeiten, ermöglicht, sich selbst zu organisieren, um mit dem individuellen Verkehr besser umzugehen. Die Menschen treffen sich an verschiedenen Punkten, so dass auch Sharing-Modelle umgesetzt werden. Ich bitte darum, dass wir bei dem Projekt, das uns heute hier zur Kenntnis gebracht wurde, wofür eigentlich eine Beschlussfassung notwendig wäre, zu beachten, dass es eine möglichst gute Vernetzung zwischen allen öffentlichen Playern, die sich in diesem Bereich engagieren, gibt.

Gemeinderat Kopeinig:

Wir finden dieses Projekt sehr interessant, vor allem, weil es am Hauptbahnhof beginnen soll. Die Villacher Innenstadt soll unser Wohnzimmer sein. In dem Antrag finden sich viele interessante Aspekte. Schon der Name „Tactical Mobilism“ ist sehr schnittig. Ich hoffe, dass sich zeigen wird, dass das Projekt auch gut getaktet ist beziehungsweise einen guten Takt vorsieht.

Wir bringen heute einige Anträge diesbezüglich ein, wie zum Beispiel zu den Themen „Villach autofrei“ oder „Mit Pflanzen malen“. Sie schlagen genau in diese Kerbe, nämlich, dass wir die Innenstadt für die Menschen gestalten, um sie als Lebensraum aufzuwerten und als Aufenthaltsort für die Menschen zu sehen, an dem man sich wohlfühlt und gerne verweilt. Diesbezüglich stellen wir heute auch einen Antrag zum Thema „Villach-Wagerl“, in dem es um eine nette Idee geht. Genauso kommt von unserer Seite ein Antrag zum Thema „Werkzeug-Bibliothek“, den wir auch heute einbringen werden. Wir finden den vorliegenden Antrag gut und werden ihm die Zustimmung erteilen. Das kann ich unseren Kollegen auch nur empfehlen.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Es wird jetzt nicht überraschen, dass auch wir diesen Vorschlag sehr gut finden. Jeder, der bei der Veranstaltung von Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Enzi dabei gewesen ist, konnte sich ein Bild davon machen, welche Schritte in Bezug auf Mobilität generell in Villach gesetzt werden können, um die Innenstadt attraktiver und, wie wir gehört haben, zu einem Wohnzimmer zu machen. Besser wäre es noch, sie im weitesten Sinne zu einem Einkaufszentrum zu machen. Das wäre der nächste Schritt.

Ich finde den Antrag sehr gut. Wir haben heute Anträge mit, die ich jetzt aber nicht alle aufzählen werde. Sie sollen auch dazu beitragen, einen Schritt zur Verbesserung der Mobilität zu setzen: Stichwort: Radverkehr oder plastikfreie Zonen. Die

Anträge werden wir später einbringen. Wie gesagt: Ich bin schon sehr neugierig, wie kreativ das Ganze dann umgesetzt wird. Ich finde es auch zeitgemäß.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Wir sind uns, glaube ich, darüber einig, dass der öffentliche Verkehr in Villach verbessert gehört. Wir reden schon seit Ewigkeiten darüber. Es wird nun Zeit, dass etwas passiert, und zwar tatsächlich – nicht nur auf dem Papier. Wir können zwar jetzt darüber philosophieren, was in 10 oder 20 Jahren geplant ist. Die Leute müssen jedoch jetzt abgeholt werden, und der Verkehr muss jetzt verbessert werden.

Zum angekündigten Antrag „Werkzeugverleih in der Innenstadt“ muss ich sagen, dass wir das ein bisschen anders sehen. Es gibt in jedem Baumarkt einen Werkzeugverleih. Wenn man diesen Bereich den Privaten wegnehmen und ihnen Konkurrenz machen will, finde ich, dass das nicht die Aufgabe der Stadt ist. Wenn man Nachbarschaftshilfe ausüben will, gibt es die Möglichkeit, das im Rahmen einer Dorfgemeinschaft, einer Siedlung oder eines Vereines zu tun. Es kann aber nicht Aufgabe der Stadt sein, Steuergeld in die Hand zu nehmen, um einem Privaten Konkurrenz zu machen.

Bürgermeister Albel:

Darüber werden wir heute noch diskutieren. Ich möchte die Wortmeldungen aufnehmen. Wir sprechen über den öffentlichen Raum – natürlich hauptsächlich im innerstädtischen Gebiet, also in unserer Innenstadt. Das ist genau der Punkt, von dem ich sage, dass wir völlig unterschiedlicher Meinung sind. Wenn es um die Innenstadt geht, haben wir ein Stadtmarketing, worüber wir heute schon gesprochen haben. Wir haben wahnsinnig viele Dinge, die wir schon umgesetzt beziehungsweise auf den Weg gebracht haben.

Wir haben heute aber noch immer Mitstreiter hier im Gemeinderat, die der Meinung sind, dass sie durch Schlechtreden etwas verbessern. Als Beispiel möchte ich schon die Wortmeldung von Herrn Pober hernehmen. Ich kann nicht in einem Satz sagen, dass ich alles für die Altstadt tue, wenn ich im nächsten Satz sage, dass in der Lederergasse alles schlecht ist. Ich kann nicht glauben, dass es gutgeht, diese Stadt weiter zu entwickeln, wenn ich auf der einen Seite sage, wie wichtig ein Stadtmarketing ist, und ich auf der anderen Seite über den Hans-Gasser-Platz schimpfe, wie wir es früher gehört haben. Anstatt, dass alle gemeinsam sagen, dass die Innenstadt unser Wohnzimmer ist und wir alle dafür verantwortlich sind, wie sie sich entwickelt, gehen manche her und sehen das in ihrer Sicht der Dinge auf die Weise, dass sie sagen, dass Schlechtreden schon nicht schaden wird und dass die SPÖ oder weiß ich wer das eine und das andere falsch macht. Das ist der völlig falsche Weg.

Wir alle sind dazu aufgerufen, gemeinsam die Dinge nach außen zu tragen, die Fakt sind. Ich weiß schon, dass es ein paar gestört hat, dass wir von „Standort+Markt“ zum ersten Mal eine positive Nachricht bekommen haben. Wir haben uns hier jahrelang damit abgefunden beziehungsweise heftigst darüber diskutiert, dass Villach österreichweit die meisten Leerstände hat. Dieses Thema ist im Ge-

meinderat weit ausgebreitet worden. Fast jede Fraktion hat das leider immer wieder dafür verwendet, um zu sagen, dass alles schlecht ist. Jetzt haben wir eine Situation, die völlig anders ist. Ich lese Ihnen etwas vor. Es handelt sich um eine Studie, die vom Institut „Standort+Markt“ bei einer Pressekonferenz in Wien vorgestellt worden ist. Darin steht: Villach machte einen großen Sprung und ist erstmalig im Quadranten-Potential vertreten. Hier ist ein Prozess zu beobachten, wo nicht mehr vom Markt akzeptierte Flächen zu einer Reduzierung der räumlichen Ausdehnung geführt haben. Dann geht es weiter: Zu den Gewinnern in Österreich zählt die Stadt Villach, die großflächige Leerstände weitervermitteln konnte, allerdings auch mit Einbußen im Shopflächenindex. Das ist klar, weil wir auf diesen Flächen auch Wohnflächen geschaffen haben.

Gleichzeitig gibt es eine Umfrage der Wirtschaftskammer, von der man ja wirklich nicht sagen kann, dass es sich dabei um eine Vorfeldorganisation der SPÖ handelt. Sie sagt auch, dass es erstmalig ein unglaublich positives Klima bei den Unternehmen gibt. Natürlich hat es mit der jetzigen Zeit zu tun, in der einfach Investitionsfreude da ist und die Unternehmen endlich großflächig in Villach investieren. Das löst auch etwas aus. Ich rede jetzt nicht nur von Infineon, sondern auch von vielen anderen Betrieben. Lagerhaus zum Beispiel tätigt eine Investition von elf Millionen Euro. Ebenso ist es im Bereich der Wohnungen. Das sind Entwicklungen, die mit zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt haben. Was die Leerstandsflächen betrifft, sind wir alle diejenigen, die eigentlich an einer Schraube drehen sollten. Das sollten wir tun, bevor man immer nur schlecht redet, denn damit machen wir auch unseren Handelsplatz schlecht.

Wenn es um „Tactical Mobilism“ geht, kann ich nur sagen, dass das ein weiterer Schritt neben den vielen Schritten ist, die wir gesetzt haben. Natürlich bedeutet der Begriff „Wohnzimmer Innenstadt“ mehr Grünraum, mehr Sitzbänke und auch mehr Mobilität. Deshalb haben wir heuer im Budget auch den City-Bus in Form eines Probegalopps enthalten, weil wir der Meinung sind, dass es diesbezüglich Maßnahmen geben muss, die umfassender sind.

Wir brauchen nichts schönreden. Wir sind noch lange nicht am Ende eines erfolgreichen Innenstadtmarketings beziehungsweise eines erfolgreichen Innenstadtwandels. Ich kann Ihnen sagen, dass es, bis es zu einer Änderung kommt, noch mindestens 10 oder 15 Jahre dauern wird, wenn wir überhaupt jemals damit fertig werden, weil sich in diesen Jahren schon wieder alles verändern wird. Wir sollten alle an einem Strang ziehen und sagen, dass es unser aller gemeinsames Interesse ist, etwas zu verändern, und nicht hinausgehen und das schlechtreden, was wir selbst bewirtschaften. Wir tun damit den Unternehmen nichts Gutes. Was, glauben Sie, haben die Unternehmer der Lederergasse zu mir gesagt?

Im Übrigen war das nicht korrekt, was Sie gesagt haben, nämlich, dass es die City-Streifen waren, die eine Änderung mit sich gebracht haben. Das ist ein völliger Blödsinn, denn die Historie dahinter ist, dass die City-Streife für ein halbes oder dreiviertel Jahr unter Bürgermeister Manzenreiter ausprobiert worden ist. Sie hat aber nicht funktioniert, genauso wenig, wie der Einsatz eurer Sicherheitsleute funktioniert hat. Was aber funktioniert hat, war ganz einfach der Umstand, dass

sich Hausbesitzer, Unternehmer vor Ort und die Stadt zusammengesetzt, einen eigenen Verein gegründet und entsprechende Maßnahmen gesetzt haben. Es waren die Hausbesitzer und die Unternehmer vor Ort, die es geschafft haben, mit den Leerständen anders umzugehen, indem man gesagt hat, dass nicht in jedem Haus ein Lokal sein muss.

Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen: Es hat einmal eine Fleischerei gegeben. Dort gab es anschließend ein Etablissement – ich glaube, man nennt das so. Dann hat der Hausbesitzer gesagt, dass damit Schluss sein soll und er aus dem Haus ein Wohnhaus machen wird. Was hat er aus der ebenen Fläche gemacht? Er hat daraus einen Fahrradabstellplatz gemacht, und das Haus ist voll. Das Haus ist nicht nur voller Fahrräder, sondern das Haus ist voll mit Mietern. Er hat die Wohnungen wunderschön ausgebaut. Das ist genau das, worin ich die Zukunft sehe, nämlich, dass man sich zusammensetzt und Alternativen findet. Deshalb sage ich auch Danke dafür, dass Sie diesem Antrag zustimmen. Wir werden das Projekt auf den Weg bringen und gemeinsam die notwendigen Schritte setzen, außer es gibt eine gegenteilige Meinung.

Bürgermeister Albel auf einen Zwischenruf von Gemeinderat Mag. Weidinger: Das war schon mein Schlusswort. Ich bin die Sitzungspolizei. Ich habe die letzte Wortmeldung abgegeben. Ich erteile dir aber trotzdem das Wort und darf dich, nachdem wir abgestimmt haben, um deine Ausführungen bitten.

Zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Geschätzter Herr Sitzungspolizist, was mir gefällt, ist, dass wir diesbezüglich ein bisschen mehr Bewegung bekommen. Was mir weniger gefällt, ist natürlich, dass man immer noch geschwindigkeitsmäßig hinten nach hängt, was die Umsetzungen betrifft. Drei Sätze zur Vergangenheit: Die City-Streife wurde natürlich als Teufel an die Wand gemalt und als schlimmste Einrichtung, die sich niemals durchsetzen darf, bezeichnet. Es war die Rede davon, dass sie etwas ganz Böses ist. Jetzt wird davon gesprochen, dass Helmut Manzenreiter der eigentliche „Godfather“ dieser Idee war und ohne ihn nichts gegangen wäre. Diese Darstellung halte ich schon für sehr gewagt.

Ich denke, dass es keinen Sinn macht, wenn man es als schlimmes, böses Schlechtreden abtut, wenn, wie von Herrn Stadtrat Pober, ganz konkrete Verbesserungsvorschläge dahingehend kommen, wie man die Innenstadt gemeinsam entwickeln könnte. Er macht das im Tagesrhythmus und für diese Stadt, wofür ich mich bei dir, Christian, ganz herzlich bedanken darf. Wenn man aber selbst sagt, dass das Stadtmarketing noch viel besser werden muss und wir von dem, wo es eigentlich hingehört, weit entfernt sind, dann wird hier mit unterschiedlichem Maß gemessen. Das halte ich nicht für sinnvoll. Warum nicht? Wir haben es uns früher leisten können – in den Jahren davor meiner Meinung nach zwar nicht, aber die Machthaber in der Politik haben es sich trotzdem geleistet –, dass man gesagt hat, dass man Dienst nach Vorschrift macht. Man glaubt, weil die Entwicklung grundsätzlich nach vorne geht, dass dieser Umstand auch für die Stadt Villach reichen wird. Er reicht aber nicht, auch nicht für die Innenstadt. Wir müssen für die Innenstadt noch viel mehr tun. Die Gegner der Innenstadt sitzen nicht hier im Gemeinderat. Es gibt viele Fragestellungen, die wir gemeinsam bewerkstelligen müssen. Ich gebe Günther Albel Recht, wenn er sagt, dass auch die Digitalisierung ein Thema ist, aber der zentrale Punkt ist ein anderer.

Das war für mich am Mittwoch so schön erlebbar. Ich habe einen Bürgermeister kennengelernt, der von seiner Stadt eine Vision hat. Er hat diese Vision auch dargelegt. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt. Wir brauchen eine Vision für unser Villach und unsere Region, mit der wir uns im Alpen-Adria-Raum befinden. Das ist es, was die Leute anspricht und warum sie sagen, dass sie sich in Villach ansiedeln, hier investieren und mit ihrer Familie leben wollen. Sie entscheiden sich für Villach, weil hier Menschen sind, die von ihrer Geisteshaltung her – wie die politische Vertretung in der Stadt – nach vorne agieren und positiv sind. Deshalb wünsche ich mir einfach eine stärkere Einbindung von allen konstruktiven Kräften dieses Hauses und nicht das Geiseln von Herrn Stadtrat Pober, wenn er wieder gute Verbesserungsvorschläge für diese Stadt einbringt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner übernimmt den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeister Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner auf einen Zwischenruf von Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Frau Gemeinderätin, es war bereits das Schlusswort. Das heißt, zu der Causa gibt es keine Wortmeldung.

Pkt. 4.) Änderung der Geschäftsordnung für die Ausschüsse

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 7.1.2019, Zl.: MD-60c/19-01/Dr.M/Sc, wie folgt:

Frau Gemeinderätin Nießner, Sie können bei diesem Tagesordnungspunkt gerne zum vorherigen Tagesordnungspunkt reden. Ich möchte das Thema so nicht im Raum stehen lassen. Man tut es oft gerne ab, wenn man weiß, dass man etwas falsch gemacht hat. Es ist in der Zeitung gestanden – und zwar als Überschrift – „Die Lederergasse ist wieder unsicher“. Das habe ich gemeint. Man kann nicht auf der einen Seite glauben, dass man alles verbessert, wenn man es auf der anderen Seite schlechtredet, Herr Gemeinderat Weidinger. Verstehen Sie, was ich meine? Die Meldung von Herrn Pober hat dazu geführt, dass eine Überschrift in der Zeitung gelautet hat, dass die Lederergasse unsicher ist.

Bürgermeister Albel auf einen Zwischenruf von Stadtrat Pober, BEd:
Sie können dann berichtigen, was Sie wollen. Ich darf jetzt zu Ende sprechen.

Es ist darum gegangen, dass jede dieser Negativmeldungen natürlich auch Investoren zu Ohren kommt. Ich bin jeden Tag mit Investoren in Kontakt. Was glauben Sie, was ich jeden Tag mitmache und was sie mir sagen, wenn wieder eine solche Meldung in der Zeitung steht? Sie sagen, dass sie ihre Investition zurückziehen, wenn die Situation in der Stadt wirklich so ist. Es ist nur ein Glück, dass es Frau Dr.ⁱⁿ Oberrauner, ein Stadtmarketing sowie viele Menschen gibt, die sagen, dass es anders ist. Deshalb gibt es nun so viele Investitionen in der Stadt. Ich verbiete Ihnen nichts, denn Sie sind eine Partei, die selbst denken kann. Das einzige, was ich meine, ist, dass man aufhören sollte, den Wirtschaftsstandort Villach politisch schlechtzureden. Das ist es, worum es geht. Ihre Meinung wird veröffentlicht. Es ist nicht einfach so, dass sie im stillen Kämmerlein bleibt. Es ist eine veröffentlichte Meinung, und jede veröffentlichte Meinung pickt. Da können Sie machen, was Sie wollen. Das Bild, das gezeichnet worden ist, halte ich für falsch. Das ist meine persönliche Meinung, nicht mehr und nicht weniger.

Damit ich zur Änderung der Geschäftsordnung auch noch etwas sage: Dieser Antrag ist in den vorberatenden Gremien einstimmig beschlossen worden. Ich bitte um Übernahme.

Stadtrat Pober, BEd in einer Berichtigung von Tatsachen:

Die Überschrift des Artikels, in dem ich zitiert werde, Herr Bürgermeister, lautet: Parteien fordern die Verlegung der Polizei in die Lederergasse. Was Sie vielleicht meinen, ist ein Artikel, der im Draustädter erschienen ist, in dem die Betriebsinhaber in der Lederergasse selbst zu Wort gekommen sind – es ist kein einziger Politiker darin zu Wort gekommen –, die Ideen für mehr Frequenz gefordert und gesagt haben, dass es der Gasse an sich nicht gut geht und es schön wäre, wenn man mehrere Veranstaltungen in der Gasse abhalten könnte.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Wir haben jetzt über die Lederergasse geredet. Es freut mich sehr, dass wir über die Polizeidienststelle reden und die Forderung, die dazu im Raum gestanden ist, nämlich diese zu verlegen. Dieses Thema ist mir ein wichtiges Anliegen. Niemand hier im Saal – und auch nicht die Zuhörer – denken, dass die Polizei nicht in der Lage ist, irgendwo in der Stadt für Ordnung zu sorgen, wenn ihr Dienstposten fünf Minuten entfernt liegt. Dafür müssten wir bei jedem Vorfall die Polizeiposten regelmäßig verlegen. Das kann bitte wirklich nicht sein.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner in einem Ordnungsruf:
Frau Gemeinderätin, wir sind bei Tagesordnungspunkt 4.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Worum es mir geht, ist Folgendes: Wir haben vorhin über die Innenstadt geredet und sind jetzt noch immer bei der Innenstadt. Mir kommt es so vor, als ob wir uns zum Teil ein bisschen im Kreis drehen. Das kann vielleicht mit dem zu tun haben, was vorhin angesprochen worden ist, nämlich mit den Fragen, die noch offen sind, und mit dem unterschiedlichen Informationsstand, der gegeben ist. Wir haben einen Antrag vorbereitet, der eine Informationsveranstaltung zum Thema „Stadtmarketing und Leerstandsmanagement“ für alle Gemeinderäte fordert. Bei dieser Veranstaltung sollen die zukünftigen Vorhaben des Stadtmarketings und des Leerstandsmanagements dargelegt werden, damit alle den gleichen Informationsstand haben. Dann werden sich vielleicht manche Diskussionen erübrigen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:
Das war keine Wortmeldung zu Tagesordnungspunkt 4.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Dieser Antrag ist einer, der in den vorberatenden Gremien einstimmig beschlossen wurde. Natürlich findet er unsere Zustimmung, wie es auch unsere Zustimmung gefunden hat, dass man einen Leerflächenmanager aufnimmt. Ich darf daran erinnern, dass wir einen solchen jahrelang gefordert haben. Uns wurde damals jedoch erklärt, dass das nicht funktionieren kann, denn er könne keine Objekte vermieten. Man würde damit Schwierigkeiten bekommen und einen Leerstandsmanager nicht brauchen. Dann wurde er eingeführt. Das ist positiv. Ich glaube, dass wir schneller werden müssen, wenn wir solche Aufgabenbereiche einführen und umsetzen wollen. Ich halte es für richtig, dass wir jetzt alle einer Meinung sind, dass das vernetzte Arbeiten verschiedener Institutionen ein wichtiger Beitrag dafür ist, weiterzukommen. Die Trigon-Betreuung hat sicher ihren Teil dazu beigetragen.

Ich sehe einfach nur den Wettbewerb der Standorte, in dem wir uns befinden. Villach ist eine tolle Stadt mit einer guten Voraussetzung, die sich noch mehr anstrengen muss, damit wir nicht den Anschluss verlieren bei den Chancen, die vor uns liegen. Ich darf daran erinnern, dass wir mit der Fertigstellung der Koralmbahn spätestens in sieben Jahren in 70 Minuten von Villach in Graz sein werden. Graz ist eine Stadt, die viele tolle Schwerpunkte hat. Wir müssen für uns ganz klar

die Nischen herausarbeiten, wie wir uns positionieren wollen, damit wir mindestens so attraktiv, wenn nicht noch attraktiver für viele Menschen sind, damit sie zu uns ziehen, mit Engagement unsere Innenstadt beleben und hier viel Geld investieren.

Ein letzter Satz: Ich habe eine konträre Meinung zu dem, was du, Günther, gesagt hast, und zwar, was die Investoren betrifft. Ich glaube, dass die Investoren einfach nicht angeschwindelt werden wollen. Sie haben kein Problem damit, wenn man ihnen die Stärken und Schwächen nennt. Sie wollen nur nicht zuerst hören, dass alles super ist, um später dann feststellen zu müssen, dass doch nicht alles super ist. Vertrauen geht so verloren. Ich glaube, dass wir diesbezüglich ehrlich sein müssen. Wir haben tolle Stärken, aber wir haben auch Probleme. Jeder von uns weiß, dass es Straßenzüge gibt, für deren Verbesserung wir uns noch mehr anstrengen müssen. Es liegt nicht allein an der Politik. Wir brauchen auch die Privatwirtschaft, um gemeinsam voranzukommen. Der erste Schritt muss sein, dass wir uns darüber einig sind.

Der Antrag, für die Gemeinderäte eine Veranstaltung zum Thema „Stadtmarketing und Leerstandsmanagement“ abzuhalten, den die Gemeinderätin vorhin vorgestellt hat, kann ein Beitrag dazu sein, dass wir Foren schaffen, in denen man diese Themen diskutiert, um gemeinsam den gleichen Erkenntnis-Horizont und -Stand zu haben. Dann kann man sagen, dass es da und dort bestimmte Netzwerke braucht, damit wir in einem bestimmten Straßenzug etwas umsetzen können. Jeder kann mit seinen Möglichkeiten seinen Beitrag leisten, um ein Ziel zu erreichen. Wenn wir in Villach zu dieser Kultur kommen – und ich sehe positive Ansätze in diese Richtung, dass es bei uns möglich ist und in eine gute Richtung gehen kann, dann kann uns keiner mehr aufhalten.

Bürgermeister Albel:

Das war vollkommen richtig, Herr Kollege Weidinger. Setzen wir uns zusammen und machen es intern! Das mache ich gern, dazu bin ich jederzeit bereit. Wir alle können dabei sein. Wir wissen selbst, dass es Problemzonen gibt beziehungsweise Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Ich bin dafür offen und der erste, der zu solchen Gesprächen einlädt, weil mir das Thema wichtig ist.

Herr Weidinger, Sie wissen etwas wahrscheinlich nicht, weil Sie gerade in Wien waren. Das, wovon ich gesprochen habe, waren Überschriften, die Herr Pober nicht vorgelesen hat, wie „Lederergasse entwickelt sich zur Problemzone“. Weiters werden Pober und Pfeiler erwähnt. Das ist nicht irgendwoher, sondern das steht als Überschrift in einer Wochenzeitung, die Zehntausende Menschen lesen. Das ist das Problem. Es gibt eine weitere Aussage: Die Gasse wird wieder vermehrt zu einem Brennpunkt für Gewalt und Randalie. Diese Aussagen tun mir wirklich weh. Fragen Sie sich einmal, wie es dem Unternehmer damit geht, der dort Geld investiert hat, oder dem Hausbesitzer, der dort ein wunderschönes Haus gebaut hat, welches mit Mietern voll ist. Nun muss er seinen Mietern sagen, dass

sie in einer Problemzone wohnen. Das meine ich damit. Jeder soll sich bitte einbringen, aber er soll nicht vergessen, dass eine veröffentlichte Meinung eine ist, die jeder lesen kann. Das macht es so schwierig.

Was die Veranstaltung betrifft, Frau Gemeinderätin Nießner – ich kenne Ihren Antrag nicht –, sage ich es Ihnen im Vorhinein: Es wird Ende März eine Veranstaltung mit den Initiatoren der verschiedenen Umfragen in Österreich geben, unter anderem auch jene von „Standort+Markt“, die sich der Diskussion stellen werden. Es wird eine öffentliche Diskussion sein, wie Sie es wahrscheinlich in Ihrem Antrag gefordert haben. Ich habe den genauen Termin nicht hier, aber ich weiß, dass die Veranstaltung Ende März stattfinden wird.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Die Anhänge 1 und 2 der Geschäftsordnung für die Ausschüsse (GeOA) der Stadt Villach (Verordnung des Gemeinderates vom 25.11.1994 i.d.F. des Beschlusses vom 7.12.2012) werden gemäß § 46 Villacher Stadtrecht 1998 mit Wirksamkeit vom 9.3.2019 entsprechend dem vorliegenden Entwurf (Beilage) geändert.“

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 22.1.2019, Zl.: 3-20f-2019, wie folgt:

Die Stadt Villach lobt in Summe alle drei Jahre eine Auszeichnung aus und zwar den Paracelsusring. Preisträger waren bisher große Männer und Frauen, wie zum Beispiel Rotraud Perner, Konrad Lorenz, Herwig Scholz oder Hanno Millesi. Es geht dabei darum, dass eine Würdigung von Menschen erfolgt, die im Geiste und im Sinne von Paracelsus ganz besondere und herausragende wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen erbracht haben. Paracelsus hat gemeinsam mit seinem Vater in Villach gelebt. Viele Städte sehen sich als Paracelsusstadt, aber es gibt nur eine Stadt, in der Paracelsus am längsten gelebt hat, und das war Villach. Die Leistungen von Paracelsus sind unbestritten.

So gesehen war es auch dieses Mal so, dass das Kuratorium lange und sehr ausgewogen darüber diskutiert hat, wer der nächste Preisträger oder die nächste Preisträgerin sein soll. Es freut mich, dass ich heute am 8. März im Rahmen des Frauentages sagen kann, dass eine Frau die Preisträgerin werden wird. Es wird Frau Professorin Dr.ⁱⁿ Claudia Fräss-Ehrfeld vorgeschlagen. Sie müssen den vorliegenden Antrag aber noch beschließen.

Frau Professorin Fräss-Ehrfeld hat viele Studien, vor allem über das Mittelalter, erstellt und natürlich auch über die Zeit, in der Paracelsus gelebt hat. Sie ist Historikerin am Kärntner Landesmuseum gewesen. Sie ist Direktorin des Geschichtsvereines Kärnten und Mitglied des Kärntner Kulturgremiums sowie der österreichisch-slowenischen HistorikerInnen-Expertengruppe des Bundesministeriums. Frau Professorin Fräss-Ehrfeld hat für ihre großen Leistungen auch schon sehr viele Auszeichnungen bekommen, wie das Große Goldene Ehrenzeichen der Stadt Klagenfurt oder das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. Nun soll sie von Seiten der Stadt Villach den Paracelsusring bekommen. Es würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag einstimmig zustimmen würden. Frau Dr.ⁱⁿ Ehrfeld wird natürlich bei der Preisverleihung und bei anderen Veranstaltungen in Villach das Wort erheben und über ihre Leistungen beziehungsweise ihre wissenschaftliche Arbeit sehr ausführlich berichten. Ich bitte um Zustimmung.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Der Paracelsusring ist eine besondere Auszeichnung und eine Errungenschaft der Stadt Villach, die seit vielen Jahren vergeben wird. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kuratoriumsmitgliedern für ihr ehrenamtliches Engagement, welches sie erbringen, ganz herzlich bedanken. Es ist Gott sei Dank ob der Fülle der Persönlichkeiten, die wir bei uns beheimatet wissen, immer sehr herausfordernd, eine Person auszuwählen, die sich als besonders würdig erweist. Die vorgeschlagene Persönlichkeit, nämlich Frau Claudia Fräss-Ehrfeld, ist eine besondere. Sie hat das bei unzähligen Aktivitäten in ihrem wissenschaftlichen Bereich – sei es in

verschiedensten Publikationen, aber auch mit ihrem Engagement für den Geschichtsverein Kärnten – bewiesen. Ich darf jeden von Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nahelegen, sich einmal das Programm des Geschichtsvereins anzusehen. Es gibt ganz tolle Ausfahrten, bei denen man gute Hintergründe auch über die Kärntner Landesgrenzen hinaus vermittelt bekommt.

Frau Professorin Fräss-Ehrfeld hat einen ganz wesentlichen Beitrag zum Thema „500 Jahre Stadt Klagenfurt“ gestaltet, der im Rahmen einer tollen Jubiläumsveranstaltung der Landeshauptstadt dargebracht wurde. Sie hat international studiert. Sie war in Yale und Harvard und hat in Wien promoviert. Ich glaube, dass sie eine Frau ist, die auch als Vorbild gilt, gerade heute am Weltfrauentag. Man kann als gut ausgebildeter Mann oder gut ausgebildete Frau, aber heute im speziellen als Frau, jeden akademischen Grad und jeden Top-Job in dieser Republik und darüber hinaus erreichen.

Bürgermeister Albel:

Frau Dr.ⁱⁿ Fräss-Ehrfeld war auch jene Wissenschaftlerin, die für das Land Kärnten die Geschichte rund um die Ereignisse des 10. Oktober wissenschaftlich erarbeitet hat. Sie wird heuer – ich glaube, dass sie schon zugesagt hat –, bei der Feier zum 10. Oktober darüber sprechen. Ich glaube, dass wir mit ihr eine Expertin haben, die über dieses Thema umfassend informiert ist.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Der Paracelsusring der Stadt Villach soll im Jahr 2019 an

Frau Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Fräss-Ehrfeld, MAS

verliehen werden.“

Pkt. 6.) Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an die Firma B. Rabl Sicherheitstechnik GmbH

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 11.12.2018, Zl.: 3-209a-2018, wie folgt:

Das ist einer der schönen Anträge, die wir im Gemeinderat gemeinsam beschließen können. Es geht um eine besondere Auszeichnung für ein Unternehmen, das seit dem Jahre 1979 in unserer Stadt beheimatet ist. Angefangen hat man als Schlüsselfachbetrieb. Das Unternehmen wurde von Bruno Rabl Senior gegründet. Er ist einer jener Unternehmer, die sehr schnell erkannt haben, dass man im Bereich des Schlüsselservices in den Zeiten, die auf uns zukommen, nicht mehr reüssieren kann. Er hat seinen Betrieb schon sehr frühzeitig auf innovative Produkte umgestellt, auch auf Grund des enormen Online-Angebotes von Produkten im Sicherheitsbereich. Er hat erkannt, dass genau diese Umstellung wichtig ist. Das gilt für jeden Händler, wenn er in den Innenstädten Europas erfolgreich sein will – erfolgreich in dem Sinn, dass man den direkten Kundenkontakt und die persönliche Beratung zu dem Asset macht, welches ihn unterscheidbar macht. Ich kann zwar im Internet alles wunderbar bestellen, aber was ist, wenn es nicht passt oder etwas kaputt ist? Versucht einmal, etwas zurückzuschicken!

Vor Ort haben wir Unternehmerinnen und Unternehmer, die auf den persönlichen Kontakt setzen und darauf, die persönliche Beratung ausbauen. Das hat dieses Unternehmen in wunderbarer Weise geschafft. Es ist ein Familienunternehmen, und es gibt bereits Nachfolger. Die Firma Rabl hat sich besonders im Bereich von Alarmanlagen, Videotechnik und elektronische Zylinder spezialisiert. Es würde mich wirklich freuen, wenn dieser Antrag einstimmig beschlossen werden würde, weil er eines der ganz besonderen Unternehmen in unserer Stadt betrifft.

Stadtrat Baumann:

Die Firma Rabl ist ein Vorzeigebetrieb, der seit über 40 Jahren in Villach tätig ist. Wie du, Günther, gesagt hast, ist es wichtiger denn je, solche Partner in der Stadt zu haben, wenn man bedenkt, dass viele nur mehr im Internet kaufen, anstatt sich die Waren vor Ort zu besorgen. Die Firma Rabl ist ein Betrieb in der Innenstadt, denn für mich reicht die Innenstadt nicht nur bis zum Hauptplatz, sondern bis zur Ossiacher Zeile. Ich bin froh, dass wir solche Leitbetriebe haben, welche technische Anlagen und Alarmanlagen forcieren und an den Mann bringen. Genau solche Unternehmen brauchen wir in der Stadt, die Personal zur Verfügung haben, das sehr gut ausgebildet ist. Gratulation an den Gemeinderat dafür, dass wir der Firma Rabl das Stadtwappen verleihen werden! Ich gratuliere auch der Firma, Bruno wie auch Melanie, die Geschäftsführerin dieser Firma ist, und ich wünsche ihnen noch sehr viele erfolgreiche Jahre im Betriebsleben. Alles Gute von Seiten der Freiheitlichen Villach!

Gemeinderat Haberl:

Es geht hier einmal mehr um die Auszeichnung und die Würdigung eines Villacher Betriebes, eines Villacher KMU-Betriebes. Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen, um darauf aufmerksam zu machen, dass gerade die KMUs das Rückgrat und die Basis des wirtschaftlichen Erfolges unserer Stadt sind. Die Firma Rabl ist seit nunmehr 40 Jahren ein KMU. Sie hat sich in diesen 40 Jahren laufend an die Bedürfnisse des Marktes angepasst. Sie war damit nicht nur in Villach erfolgreich, sondern weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Ich war gerade vor kurzem in Wien und habe dort auf einer Schließanlage das Logo der Firma Rabl entdeckt. Deshalb freut es mich, dass wir über diesen Punkt abstimmen. Ich würde mich auch über eine breite Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt freuen.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Bei dem Antrag auf Verleihung des Stadtwappens an den Betrieb der Familie Rabl muss man die persönliche Note dieses Unternehmens natürlich noch einmal hervorheben. Sie sind Villacher Originale, die man im Stadtgeschehen antrifft. Sie machen sich jeden Tag Gedanken darüber, wie sie ihre Produkte weiterentwickeln und was sie noch mehr an Service bieten können, damit sie ihre Kundinnen und Kunden zufrieden stellen. Wenn man in das Geschäft hineinkommt, spürt man das auch. Man wird mit einem sehr herzlichen Willkommensgruß begrüßt. Man bemerkt es eigentlich gar nicht, so schnell befindet man sich in einem spannenden Informationsgespräch. Man wird immer wieder über neue Techniken, Produkte und Services bei Sicherheits- und Alarmanlagen informiert. Das Schöne daran ist, dass diese Begeisterung, die man im Haus Rabl spürt, von einer Generation auf die nächste überspringt. Ich glaube, dass wir als Stadt Villach ganz gut beraten sind, gerade solche Vertreter von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu unterstützen und als Originale zu hegen und zu pflegen, denn sie bestimmen unser Stadtgeschehen.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Der Firma B. Rabl Sicherheitstechnik GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin, Frau Melanie Rabl, Dreschnigstraße 1, 9500 Villach, wird die Berechtigung zur Führung des Stadtwappens gemäß § 18 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.f.G., verliehen.

Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form verwendet werden.

Die für die Verleihung zu entrichtende Gemeindeverwaltungsabgabe wird gemäß § 4 Abs. 1 Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz – K-LVAG, LGBl. Nr. 62/1970 i.d.g.F., nachgesehen.

Pkt. 7.) Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an den Kärntner Automobil und Touring Club (KATC oder ÖAMTC) – Betriebsstätte Villach

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 22.1.2019, Zl.: 3-20a-Stadtwappen, wie folgt:

Diese Verleihung zur Führung des Villacher Stadtwappens freut mich sehr. Es geht hier um die Verleihung an den ÖAMTC. Er ist bekanntlich der größte Mobilitätsclub in Österreich. Sie haben vorhin schon gehört, dass er nicht ein Autoclub ist, sondern ein Mobilitätsclub, weil es bei ihm um umfangreiche Maßnahmen und Schritte im Bereich der Mobilität geht, die dieser Club seit 1963 in Villach umsetzt. 1998 wurde das Unternehmen in die Maria-Gailer-Straße verlegt. Es arbeiten 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Unternehmen. Mehr als 38.500 Mitglieder vertrauen auf die Leistungen des ÖAMTC in Villach.

Was mich immer sehr positiv stimmt, sind die vielen Projekte, die wir gemeinsam durchführen. „Hallo Auto!“ ist nur eines von vielen Projekten, die sehr erfolgreich sind, bei denen es darum geht, vor allem junge Menschen auf die Gefahren im Straßenverkehr aufmerksam zu machen. Das Unternehmen hat ständig in Villach investiert und hat nun demnächst vor, eine weitere Investition zu tätigen. Mehr dazu wird das Unternehmen in den nächsten Monaten bekanntgeben. Eines sei schon gesagt, nämlich, dass der ÖAMTC eines der erfolgreichen Unternehmen unserer Stadt ist, die es sich verdient haben, dass man ihm das Recht zur Führung des Villacher Stadtwappens verleiht.

Gemeinderat Waldner:

Es freut mich sehr, dass der ÖAMTC Automobil- und Touring Club heute für die Führung des Stadtwappens vorgeschlagen wird. Fast jeder von uns hat schon einmal die Gelben Engel im Straßenverkehr gebraucht, auch ich. Der ÖAMTC ist eine überparteiliche Organisation mit 38.500 Mitgliedern im Raum Villach und beschäftigt – wie wir schon gehört haben – 30 Arbeitnehmer. Die Pannenhilfe ist Tag und Nacht erreichbar und hat zirka 13.000 Einsätze im Jahr. Es würden mich freuen, wenn alle Fraktionen zustimmen würden.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Als gelernter ÖAMTC-Funktionär hüpft bei diesem Antrag mein Herz höher. Ich habe dazu einiges zu berichten und möchte eine kleine Leistungsbilanz vorbringen. Herr Bürgermeister hat schon angesprochen, dass der ÖAMTC-Stützpunkt Expansionspläne hat, worüber wir noch hören werden. Was wesentlich ist, ist, dass es außer den 30 Mitarbeitern noch einmal so viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die einmal im Monat zusammensitzen und sich Gedanken darüber machen, wie man das Leben in der Stadt hinsichtlich Mobilität weiterentwickeln und verbessern kann. Das passiert mit sehr gutem Erfolg.

Vorsitzender dieser Gruppe ist bekanntlich Obmann Robert Prochinig. Unser Stützpunktleiter Johann Hribernig ist mit seinen gelben Engeln in der Maria-Gailer-Straße sehr emsig am Werkeln. Wir reden von 30 Mitarbeitern, die zirka 13.000 Pannenhilfen absolvieren, ungefähr 5.000 Abschleppungen durchführen, ungefähr 13.000 §-57a-Gutachten erstellen sowie weit über 50.000 technische Dienstleistungen vornehmen. Wir haben, wie schon gehört, fast 40.000 Mitglieder. Kärnten weit sind es rund 160.000 – damit man ein Gefühl dafür bekommt, welch riesengroßer Verein der ÖAMTC ist.

Ich glaube, dass der Bezug zur Stadt Villach ein sehr menschlicher ist, der mit unserem verbliebenen Präsidenten Egon Prünster angefangen hat, der immer das Miteinander mit der Stadt Villach vollzogen hat. Bekannterweise hat er im Dezember seinen dritten Todestag gehabt. In seinem Sinne haben wir diesen Verein weiterentwickelt. Wir werden in seinem Sinne auch die Partnerschaft mit der Stadt fortführen und das Stadtwappen entgegennehmen. Wir haben sehr tolle Mitarbeiterinnen, auch ehrenamtliche. Es freut mich, dass wir für diese Auszeichnung vorgesehen sind. Warum sage ich wir? Ich selbst darf ehrenamtlich Mitglied sein, nicht nur als Obmann der Pendlerinitiative in Kärnten, sondern als auch als stellvertretender Obmann hier in Villach. Diese Auszeichnung freut mich wirklich sehr.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Dem Kärntner Automobil und Touring Club, 9020 Klagenfurt, Alois-Schader-Straße 11, wird für die erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte Villach, vertreten durch den Stützpunktleiter, Herrn Johann Hribernig, 9500 Villach, Gewerbezeile 1, die Berechtigung zur Führung des Stadtwappens gemäß § 18 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F., verliehen.

Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form verwendet werden.

Die für die Verleihung zu entrichtende Gemeindeverwaltungsabgabe wird gemäß § 4 Abs. 1 Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz – K-LVAG, LGBl. Nr. 62/1970 i.d.g.F., nachgesehen.

Pkt. 8.) Ernennung zum „EU-Gemeinderat“ – Frau Gemeinderätin Sabina Schautzer

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 21.12.2018, Zl.: MD-20f/18-195/Dr.M/Go.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Geschätzte Frau Gemeinderätin, wir haben dir bisher aus Überzeugung das Vertrauen geschenkt und werden es auch für die genannte Funktion tun. Du bist eine tolle Persönlichkeit, die die Stadt Villach schon seit vielen Jahren in verschiedenen Funktionen mit vielen guten Ideen immer wieder anstößt und neue Impulse einbringt. Ich glaube, dass du uns allen über diese neue Funktion auch ein Stück Europa näher bringen wirst, wie überhaupt jeder von uns dazu aufgefordert ist, ein Stück Europa zu sein und sich damit auseinanderzusetzen, wie wir die Geschicke unseres Kontinents weiterentwickeln. Unsere Augen sind natürlich auf die Stadt und das Stadtgeschehen gerichtet.

Trotzdem hat man viele Möglichkeiten, beispielgebend positiv zu wirken. Ich denke an Liechtenstein. Die Verantwortlichen haben verkündet, dass sie ihren gesamten öffentlichen Verkehr ihren Bürgerinnen und Bürgern gratis zur Verfügung stellen wollen. Die einen werden sich fragen, welche Bedeutung diese Aktion für uns haben soll, denn sie wird nur in Liechtenstein durchgeführt. Die anderen werden sagen, dass die Liechtensteiner ein Supervorbild sind und man das selbst auch in der Form umsetzen möchte. So sollten wir die europäische Komponente bei uns leben.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir damals, als das Projekt, EU-Gemeinderäte zu entsenden, ins Leben gerufen wurde, als Volksparteifraktion die erste Fraktion waren, die alle Gemeinderäte als EU-Gemeinderäte angemeldet hat. Dieses Projekt ist auf Initiative der Europäischen Union entstanden und in Österreich vom Außenministerium adaptiert worden. Ich habe daraufhin einen Anruf des Außenministeriums bekommen. Ich bin gefragt worden, ob es wirklich so ist, dass alle Gemeinderäte auch EU-Gemeinderäte sind. Ich habe gesagt, dass es so ist. Wir haben die gesamte Fraktion genannt, weil wir uns alle als Europäer fühlen.

Wir werden es heute organisatorisch so gestalten, dass du mit dem Beschluss offiziell entsandt in der EU bist. Fühle dich damit gestärkt darin, frech und europäisch zu sein, denn das tut uns allen gut!

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Frau Gemeinderätin Sabina Schautzer wird anstelle von Herrn Dr. Florian Ertle für die Fraktion der GRÜNEN als „EU-Gemeinderätin“ nominiert.

Pkt. 9.) Vertretung der Stadt in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten
und ähnlichen Institutionen – Änderung Personalkommission

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 15.1.2019,
Zl.: MD-20v/56/19-01/Dr.M/Sc.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die Mitteilung des Vertrauenspersonenzentralausschusses betreffend die Änderungen in der Personalkommission zur Kenntnis nehmen.

Pkt. 10.) Vertretung der Stadt in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten
und ähnlichen Institutionen – Wasserverband Ossiacher-Seebach -
Treffner-Seebach

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 21.1.2019,
Zl.: MD-20o/05/19-01/Dr.M/Sc.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Herr Stadtrat Harald Sobe wird anstelle von Herrn Gemeinderat Markus Della Pietra als Vertreter der Stadt Villach in den Wasserverband Ossiacher-Seebach – Treffner-Seebach entsendet.“

Pkt. 11.) Beitritt BBG-Rahmenvertrag Server and Cloud Enrollment Microsoft
und BBG-Rahmenvertrag Select

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnologien vom 4.1.2019, Zl.: MDIT/All-AV-2019/0219/WU, wie folgt:

Wir werden uns später noch mit einem Antrag rund um das Thema „Digitalisierung“ beschäftigen. In dem vorliegenden Antrag geht es um den Beitritt zur Bundesbeschaffungsgesellschaft, die einen Rahmenvertrag mit dem Unternehmen Microsoft ausgearbeitet hat, welchen sie den Gemeinden und Städten zur Verfügung stellt. Die Lizenzen für verschiedene Bereiche werden damit günstiger. Es geht in diesem Antrag aber nicht nur darum, dass Gemeinden und Städte günstiger zu Lizenzen kommen, sondern um noch viel mehr.

Sie wissen, dass wir im Rahmen des Digitalisierungsprojektes der Stadt Villach Cloud-Systeme aufbauen. Wir sind der Meinung, dass unsere Daten nicht in die Hände von Menschen aus Amerika oder anderen Ländern gelangen sollen, sondern unsere Daten bleiben unsere Daten, und sie sollen hier in Villach bleiben. Das ist Teil unseres Rahmenvertrages. Es geht um das Thema „Open-Source-Produkte“. Ich glaube, dass dessen Umsetzung ein wesentlicher Schritt ist, um in Zukunft den raschen Fortschritt der Digitalisierung unserer Stadt zuzulassen.

Gemeinderat Kopeinig:

Wie viele wissen, werden Microsoft und ich keine Freunde. Zum Thema „Open-Source“ möchte ich sagen, dass ich stolz darauf bin, dass wir in der IT-Abteilung einen Chef wie Herrn Wundara haben. Er hat mir die frohe Botschaft verkündet, dass wir in der Stadt über 50 Open-Source-Produkte im Einsatz haben. Das ist zwar nicht schlecht, doch ich wünsche mir noch mehr.

In diesem Antrag geht es darum, dass wir für die Lizenzen 34.959,08 Euro an die Microsoft Ireland Operations Limited überweisen. Auf der Seite 2 der Zusatzvereinbarung des 33 seitigen Vertrags steht, dass Microsoft ohne triftige Gründe aus diesem Vertrag aussteigen kann. Ich bin nicht der große Freund von Microsoft, denn es gibt Alternativen, wie freie Software, wovon Open-Source ein Teil ist. Das möchte ich erreichen. Deshalb werde ich diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen, vor allem, weil auch der Begriff „Cloud“ gefallen ist. Wir wissen seit Edward Snowden, dass Microsoft mit den Geheimdiensten der USA Verträge für so genannte Backdoors hat, in die wir aber nicht sehen können, weil Microsoft nicht Open Source, sondern Close Source ist, das heißt, dass die Quelle geschlossen bleibt. Wir können nicht nachvollziehen, was innerhalb dieser Produkte passiert. Wir müssen Microsoft diesbezüglich vertrauen. Microsoft hat in der Vergangenheit schon viele Probleme bereitet. Mein Vertrauen in Microsoft ist erschüttert.

Es gibt Alternativen, die man sich überlegen kann. Das Tolle an freier Software ist Folgendes: Wer freie Software nützt, bündelt das Know-How in Villach. Es gibt nur die Hürde, dass man bestimmte Programm selbst entwickeln muss. Ich bin gern

dazu bereit, dazu beizutragen, dass wir in Villach auf diesem Gebiet Vorreiter sind. Wenn wir etwas mit Steuergeld finanzieren, kann es anderen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden – vollkommen gratis und mit unseren Experten. Einer muss den ersten Schritt machen, wie es so oft der Fall ist. Diesbezüglich würde ich mir wünschen, dass das in Zukunft Villach sein könnte. Das Tolle am freien Software-Gedanken ist, dass es sich in diesem Bereich um eine große Gemeinschaft handelt. Die Menschen, die dieses Projekt mitentwickeln, arbeiten daran oft in ihrer Freizeit, weil sie an diesen Produkten nicht verdienen wollen. Der einzige Punkt, warum sie das machen, ist, sich selbst weiterzubilden, was ich sehr löblich finde. Bildung ist ein hohes Gut. Vor jedem, der das tut, ziehe ich meinen Hut. Ich bin auch gern Teil dieser freien Software-Gemeinde.

Was auch sehr interessant ist, ist, dass man, wenn man selbst freie Software entwickelt, diese lang auf der gleichen Hardware betreiben kann. Was man bei Microsoft oft feststellt, ist, dass es ein Update gibt und dann noch eines und der Computer immer langsamer wird. Man weiß nicht, warum. Man muss sich dann einen neuen Computer kaufen, um wieder ein neues Microsoft-Programm installiert zu haben, und das ganze Spiel geht von vorne los. Bei einem freien Software-Derivate, sei es LINUX, GNU-LINUX, TBN – es gibt unzählige, hat man die Wahl, selbst zu sagen, welche Ressourcen man benötigt und was man weglassen kann. Man kann LINUX mit einem Auto, einem GTI, vergleichen, an dem man selbst viel basteln kann. Man kann an LINUX selbst Teile in die Richtung ändern, die man benötigt. Das geht bei einem Microsoft-Produkt nicht. Man darf, um bei dieser Metapher zu bleiben, nicht einmal die Motorhaube öffnen, um hineinzusehen. Deshalb bin ich ein großer Freund der freien Software.

Etwas Tolles steckt noch hinter der freien Software. Bei Microsoft gibt es immer ein Enrollment. Wenn es ein Problem gibt, wird dieses geprüft. Hinter einer langen Kette von verschiedenen Vorgängen kommt es dann zu einem großen Update mit den Servicepaketen, wie wir sie kennen. Bei freier Software passiert das, wenn man es will, viel schneller. Die Community erkennt, weil sie ein weltumspannendes Netzwerk von Menschen umfasst, einen Fehler. Man muss sich vorstellen, dass sich keine Firma der Welt so viele Tester leisten kann, wie es bei freier Software der Fall ist. All diese Menschen arbeiten dafür in ihrer Freizeit freiwillig und spielen Bugfixes in das System ein. Man ist bei einer Problembehebung viel schneller, als es ein großer Konzern sein kann.

Natürlich gibt es, wie ich schon gesagt habe, Hürden. Jeder von uns hat in der Schule Office gelernt – zumindest meine Generation, die ältere Generation weniger. Wenn es nicht so ist, würde es mich wundern. Meine Generation hat die Produktschulung auf Microsoft bekommen. Es stellt ein großes Problem dar, dass man Menschen zum Beispiel für LibreOffice anlernen muss, wenn sie nur Microsoft kennen. Das ist aber eine Hürde, die ich gern nehme. Natürlich kommt es, wie ich vorhin gesagt habe, zu Schnittstellenproblem, aber wir können als Villacher Vorreiter sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir diesbezüglich eine Welle lostreten, von der wir gar nicht erahnen können, wie groß sie werden wird. Das Schöne ist ja, dass wir als Stadt Villach, wenn wir in diesem Bereich offen sind, wie es auch beim Punkt zum Digitalantrag geplant ist, sagen können, dass

wir im Sinne von Open Government unser System umstellen und den Weg der freien Software gehen. Dabei handelt sich auch um eine Art Open-Government-Projekt. Wir zeigen vor, wie es geht. Andere Menschen können die Software kopieren und damit frei arbeiten. Man spart sich ziemlich viel und behält das Know-how in Villach, wie es Herr Wundara vorschlägt. So könnten wir einen City-Hub machen, in dem die ganzen StartUps vertreten sind. Die meisten guten StartUps bauen auf freier Software auf. Das muss man sich zu Gemüte führen. Das bringt ziemlich viele Vorteile.

Über die Umsetzung kann man noch einmal reden. Sie wird nicht von heute auf morgen passieren. Da unsere Programme nun auf Microsoft laufen, werden wir nicht einen kalten Entzug machen. Ich würde mir wünschen, dass wir Teil für Teil auf freie Software umstellen. Ich kann verstehen, dass die Mehrheit jetzt diesem Antrag die Zustimmung gibt, weil wir das Programm, wie es im Antrag steht, derzeit schon nutzen und es noch ausgebaut werden soll. Das kann ich verstehen, aber als Freund von freier Software kann ich diesem Antrag aus Sicht meiner Ideologie nicht die Zustimmung geben. Ich würde mich freuen, wenn wir vielleicht in der Zukunft ein freies Software-Projekt in Villach starten würden.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Man hat bei deinen Worten direkt die Begeisterung für freie Software gespürt. Ich habe auch einmal probiert, mit OpenLibre zu arbeiten. Ich muss sagen, dass ich nach nicht langer Zeit entgeistert aufgegeben habe. Wenn man einmal Microsoft und damit die verschiedensten Funktionen gewöhnt und kein Programmierer ist, der LINUX-Programme und –Befehle beherrscht – und das ist bei mir der Fall –, ist das etwas schwierig. Vor allem muss man bedenken, wie du richtig gesagt hast, welches Programm man gewöhnt ist und worauf die Leute geschult sind. Es geht darum, dass die Mitarbeiter des Hauses mit diesen Programmen arbeiten sollen. Wir haben viel Geld in die Ausbildung der Mitarbeiter gesteckt. Wir geben ihnen die Möglichkeit, sich weiterzubilden und den ECDL-Führerschein zu machen, was mit dem Einsatz von anderen Programmen umsonst sein soll. Das ist meiner Meinung nach nicht sinnvoll. Es gibt sicher Bereiche, in denen ein offenes Programm sinnvoll eingesetzt werden kann, aber für eine diesbezügliche Entscheidung haben wir Experten im Haus, die das dementsprechend lösen werden.

Bürgermeister Albel:

Ich kann dem, was Sie gesagt haben, viel abgewinnen. Wenn man einmal Microsoft verwendet, ist es schwierig umzusteigen, besonders, wenn es große öffentliche Institutionen betrifft. Es gibt bisher außer von Microsoft kein Produkt, das auf breiter Basis funktioniert. Wir, auch Herr Wundara, haben mit Ihnen schon mehrmals darüber diskutiert. Sie selbst sind Entwickler und kennen sich dabei sehr gut aus. Ich möchte Ihnen diesbezüglich überhaupt nichts absprechen. Man muss aber ganz offen sagen, dass derzeit der Stand so ist, dass Microsoft verwendet wird. Man muss diesen Schritt, den der Amtsvortrag vorsieht, aber dennoch gehen, denn wir haben die Programme schon angekauft, auch wenn Sie diesbezüglich vollkommen Recht haben.

Der zweite Schritt für uns ist, dass wir in diesem gesamten Bereich den Open-Source-Gedanken ganz breit einbinden. Mit den 50 Projekten, die es derzeit schon gibt, sind wir noch lange nicht am Ende. Sie haben vollkommen Recht. Es soll im Rahmen des Digitalisierungsprojektes einen weiteren Schritt in diese Richtung geben. Es gibt vieles, das wir in diesem Bereich Schritt für Schritt machen können. Wir sind auch die erste Stadt, die einen eigenen Digital Officer ernannt hat, der sich mit diesen Dingen beschäftigt und in ganz Österreich ein anerkannter Experte ist. Gehen wir dieses Projekt Schritt für Schritt, um die Digitalisierungszukunft in Villach auch von vorne begleiten zu können und nicht als Nachzügler oder Nachfolger zu agieren!

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;

gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

1. „Die Stadt Villach tritt dem Rahmenvertrag der BBG mit der Firma Microsoft, Vertragsnummer 86E68665, unter der MBA-/MBSA-Nummer U8687523 zum Bezug und der laufenden Aktualisierung der erforderlichen Betriebssystemlizenzen, der Managementsoftware (Core Infrastruktur Suite) und Lizenzen für den zentral betriebenen Exchangeserver-Cluster zu jährlichen Kosten von EUR 34.959,08 netto mit einer Laufzeit von drei Jahren (2019 – 2021) bei.“
2. „Es wird die Vorbelastung in den Budgets 2020 – 2021 in der Höhe von jährlich EUR 34.959,08 netto genehmigt.“
3. „Die Stadt Villach tritt dem Rahmenvertrag der BBG mit der Firma Microsoft, Vertragsnummer S1170635, unter der MBA-/MBSA-Nummer U8687523 zum begünstigten Bezug von Microsoftlizenzen bei.“

Die Bedeckung ist auf der VAST. 1.0160.700000 gegeben beziehungsweise werden die Kosten in die Voranschläge der Folgejahre aufgenommen. Es besteht eine teilweise Vorsteuerabzugsberechtigung.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnologien vom 19.2.2019, Zl.: MDIT/All-Amt-Fin-STS/0819/Wu, wie folgt:

Wir haben zu diesem Thema einen breiten Dialog im Rathaus eröffnet und vor kurzem eine Veranstaltung durchgeführt, zu der alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eingeladen waren. Ich bin ein bisschen traurig, weil bei dieser Veranstaltung sehr viele von Ihnen, die heute hier sitzen, nicht dabei waren. Genau so war es beim Thema „Ressenig“ der Fall. Dazu hat es eine breite Diskussionsveranstaltung gegeben. Es ist mir wichtig, mit diesen Themen ganz offen umzugehen und das, was gut ist, zu benennen und das, was schlecht ist, herauszuschälen und es besser zu machen.

Bei diesem Antrag geht es ganz eindeutig – und deshalb steht dort „Villach – die erste Digitalisierungshauptstadt“ – um ein ganzheitliches Konzept, das heißt, wie man mit dem Thema „Digitalisierung“ umgeht. Es geht nicht nur darum, dass man Gerätschaften und Infrastruktur anschafft. Wir haben schon darüber gesprochen, dass noch im heurigen Jahr ein eigenes Cloud-System aufgebaut werden soll. Es geht in erster Linie darum, in diesem breiten Feld der Digitalisierung niemanden allein zu lassen. Wir leben nicht nur im Jahr 2019, was viele noch nicht erkannt haben, sondern wir leben in einer Revolution.

Denken Sie zurück an die Zeit, als die Dampfmaschine oder die Glühbirne erfunden worden sind! Heute lesen wir in den Schulbüchern, dass diese Zeit damals eine industrielle Revolution war. Unsere Kinder und Kindeskiner werden in 20, 30, 40 oder 50 Jahren lesen, dass die Zeit, in der wir jetzt leben, eine Zeit der Revolution war. „Industrie 4.0“ oder „Digitalisierung“ sind nur Schlagwörter. In Wahrheit geht es darum, dass sich die Gesellschaft von Grund auf ändern wird. Es wird sich nicht nur ändern, wie ich am Computer arbeite und welche Programme ich habe. Alles wird sich ändern, vom Autofahren über das Kochen bis hin zu sozialen Einrichtungen. Genau deshalb ist es gut und richtig, dass wir bei diesem Thema eine ganzheitliche Wahrnehmung haben und sagen, dass wir in diesem Bereich voranschreiten, aber auch, dass wir niemanden in dieser Entwicklung zurücklassen wollen.

Es wird viele geben, die sich mit den Themen „Digitalisierung“ und „Industrie 4.0“ wahnsinnig schwertun werden. Ich spreche nicht nur die ältere Generation an. Mit ihr habe ich ganz andere Erfahrungen gemacht. Ich spreche von der Villach-App „Augen auf!“. Was ich da an positiven Meldungen erlebt habe! Wir sind zum Beispiel im Bereich der Seniorenclubs in Villach tätig. Sie glauben gar nicht, welche positiven Erfahrungen wir dort gemacht haben. Viele ältere Menschen sind jünger in bestimmten Bereichen weit voraus. Wir wissen heute, dass gerade die App „Augen auf!“ von Seniorinnen und Senioren sehr oft verwendet wird.

Was ich damit sagen will, ist, dass wir diejenigen, die mit dieser Geschwindigkeit nicht mitkommen, nicht vergessen. Es ist Teil der Digitalisierungsstrategie, dass man neben einem Hub – Sie haben es schon gehört – die digitale Kompetenz und soziale Verantwortung ganz großschreibt. Es wird gemeinsam mit dem Bund und dem Verein „Fit for Internet“ eine Kooperation geben, bei der wir die erste Stadt in Österreich sein werden, die diesbezüglich einen gemeinsamen Auftrag haben wird.

Es geht bei der Digitalisierungsstrategie auch um die Daten und den Serverausbau. Unserer Meinung nach sollen unsere Daten in unseren Händen bleiben. Open Government heißt, dass Gutachten und ähnliche Schriftstücke, die im Amt aufliegen, oder Daten im GIS-System öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Jeder kann in das Programm einsteigen und sich die Daten herunterladen. Es geht in Zukunft auch um Daten, die wir sammeln. Durch Digitalisierungsprojekte wird es viele Daten geben, die wir in Zukunft der Wirtschaft oder einem Privaten zur Verfügung stellen wollen. Open Government heißt aber auch, dass wir im Bereich der Transparenz noch viele Schritte gehen werden. Wir sind die zweittransparenteste Stadt in ganz Österreich. Die Verleihung erfolgte durch Transparency International. Genau diesen Weg wollen wir weitergehen und neue Schnittstellen schaffen.

Außerdem geht es um Infrastrukturprojekte und um 5G. Sie haben es vielleicht gelesen. Die ersten Lizenzen sind bereits versteigert worden. Es waren bei uns auch schon Unternehmen, die rund um das Thema „Digitalisierung“ in Villach ganz groß einsteigen werden. Das digitale Parken wird zum Beispiel ein solches Projekt sein. Zukünftig – und wir reden nicht von zehn Jahren, sondern von einer viel kürzeren Zeit – werden Autos, die Sie kaufen, ein Informationsprogramm beinhalten, damit man ganz genau weiß, welche Parkplätze frei sind. Eines dieser Projekte von einem Unternehmen in Villach läuft bereits, und es läuft sehr erfolgreich. Genau diese Systeme werden in die Autos der sehr nahen Zukunft eingebaut.

Ein weiteres Beispiel ist das papierlose Büro. Sie kennen das Thema, und alle, die im Magistrat tätig sind, können es wahrscheinlich schon gar nicht mehr hören. Es ist aber ein wichtiges Thema, weil es nicht nur um Digitalisierung geht, sondern auch um Nachhaltigkeit. Das und vieles mehr steht in diesem Antrag. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür eine breite Zustimmung bekommen würden.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Ich darf als Abgeordneter Mitglied des Digitalisierungsausschusses im Parlament sein. Die Politik hat vieles richtig verstanden und erkannt, wie notwendig es ist, die Gesellschaft, Kärnten und Österreich auf die Herausforderung im Bereich der Digitalisierung vorzubereiten, die nicht morgen stattfindet, sondern mit der wir täglich konfrontiert sind. Mit der Fülle der Veränderungen ist es notwendig, dass man diesen Dingen auch eine Struktur gibt. Daher hat man die Dachmarke „Digital Austria“ ins Leben gerufen. Sie bündelt österreichweit die gesamten Aktivitäten und strukturiert die verschiedenen Einsatzbereiche, um ein partnerschaftliches,

gemeinschaftliches und zusammenstehendes Handeln möglich zu machen. Es sollen die Chancen genutzt und Ängste abgebaut werden.

Selbstverständlich ist die Digitalisierung auch mit großen Sorgen vieler Menschen darüber verbunden, ob man mit der Fülle und der Geschwindigkeit in diesem Bereich überhaupt noch mitkommt. Ich nenne nur ein jüngstes Beispiel. Im Autosalon in Genf werden derzeit gerade Elektroautos vorgestellt. Ein fliegendes Auto eines dänischen Herstellers kommt nächstes Jahr auf den Markt. In der Raumordnung in Bayern gibt es bei öffentlichen Gebäuden schon die Schaffung von Parkplätzen für fliegende Autos. In diesem Bereich tut sich wahnsinnig viel. Das muss kanalisiert werden. Deshalb haben alle Bundesministerien einen „Digital Officer“. Es freut mich sehr zu hören, dass wir eine solche Funktion auch in Villach einrichten. Das halte ich für einen positiven, guten Weg, um die Digitalisierung als vernetzte Querschnittsmaterie zu erfassen.

Ein wesentlicher Träger dabei ist die Digitalagentur, die eingerichtet wurde, um gesellschaftliche Initiativen und Unternehmen – vor allem KMUs – auf den Wandel vorzubereiten. Durch die Vernetzung werden Weiterbildungskurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten, damit man mit den Herausforderungen und den Veränderungen des Wirtschaftslebens auch mithalten kann. So sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Möglichkeiten, die es gibt, immer am Puls der Zeit.

Eine wesentliche Errungenschaft ist die Einführung des Vereins „Fit for Internet“ auf Initiative der Wirtschafts- und Digitalisierungsministerin Schramböck. Es geht darum, gemeinsam mit der Wirtschaft eine Plattform zu schaffen, in der sich Partner aus Verwaltung, Politik, Privatwirtschaft und Bildungseinrichtungen mit einbringen. Ein europäisches Programm, das in Europa erstmals bei uns in Österreich aufgelegt wurde, sind die Internet-Selbsttests, mit denen hinkünftig jeder von uns die Möglichkeit hat, auf einer Homepage zu testen, wie gut er sich auskennt. Es fängt mit banalen Aufgaben an zum Beispiel – dass man in verschiedenen Suchmaschinen etwas finden muss – und reicht bis zu Programmierungsapplikationen. Es handelt sich dabei um ein sehr spannendes Element.

Wenn man im Zusammenhang mit der Digitalisierung an die Nutzungsmöglichkeiten für die Stadt denkt, würde ich mir wünschen, dass wir eine besondere Priorität in den Bereichen haben würden, die für die Abhaltung von Veranstaltungen in der Stadt von Bedeutung sind. So könnte man Plätze für die Durchführung von Veranstaltungen in der Innenstadt vorbereiten, indem man sie digital aufbereitet. Wenn jemand mit einem Vorschlag für eine Veranstaltung kommt, könnte die Veranstaltung bereits quasi als digitaler Zwilling, wie man es nennt, durchgespielt werden und Gefahrenzonen oder mögliche Übertretungen von Nachtruhezeiten sofort festgestellt werden. Ich glaube, dass das eine Innovation wäre, die es in der Form weltweit noch nirgends gibt. Der digitale Zwilling in der Innenstadt wäre so ein Weg.

In unseren Nachbargemeinden tut sich auch sehr viel. Ich denke dabei an Feistritz/Gail. Man hat dort die Gelegenheit genutzt, mit der Kanalsanierung ein Glasfasernetz mit einem Anschluss von 300 mBit zu verlegen. Ich habe gerade heute mit Herrn Bürgermeister Mörtl darüber gesprochen. Ich wollte wissen, woran die Leute am schnellsten bemerken, dass es dieses Netz gibt. Es war ganz spannend. Feistritz/Gail ist ein Austragungsort der Paraolympics, die in absehbarer Zeit in Villach als Haupt Austragungsort durchgeführt werden.

Bürgermeister Albel in einem Zwischenruf:
Special Olympics!

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Der Special Olympics, danke! Eine Location befindet sich in Feistritz/Gail. Der Bürgermeister hat gesagt, dass verschiedene Tests mit den Sportlern eine Sensation ergeben haben. Wenn sie im Startbereich des Schihanges stehen, läuft der Live-Stream der Übertragung des Schirennens in Echtzeit, das heißt, ohne eine Verzögerung. Man ist es nicht gewöhnt, dass man eine Übertragung in dieser Form im ländlichen Raum findet. Das ist nicht überall der Fall, auch nicht in den Städten. In diesem Bereich gibt es großen Handlungsbedarf.

Ich darf vermelden, dass man in der Breitbandinitiative GmbH in Kärnten, in der ich als Aufsichtsrat mitarbeiten darf, ganz massiv daran arbeitet, dass man mit den Gemeinden in Kärnten möglichst schnell und umfassend das Glasfasernetz ausbaut. Gerade 5G-Playgrounds bieten die Möglichkeit, über die FFG und andere Förderungstöpfe auch für den urbanen Bereich an Förderungen zu kommen, die oftmals unterstützen, dass die Verlegung des Netzes schneller umgesetzt wird.

Einen Bereich, in dem wir sicher massiv gut zusammenarbeiten werden müssen, und dazu lade ich auch ein, betrifft die 5G-Ausweitung. Es werden dafür zusätzliche technische Geräte im öffentlichen Raum notwendig sein, worüber es in dem einen oder anderen Stadtteil sicherlich noch spannende Diskussionen geben wird. Ich bitte darum, dass man die Chancen für uns erkennt, nämlich, dass dieses schnelle Internet viele Möglichkeiten bietet, um uns den Alltag, aber auch das Wirtschafts- und das Arbeitsleben besser zu gestalten.

Abschließend darf ich noch festhalten, dass sich die Bundesregierung und vor allem die Wirtschaftsministerin über alle Initiativen, die stattfinden, freuen. Ich bin mit dem Kabinett über das spezielle Projekt in Villach im Austausch. Es wird als positiv bewertet. Wir freuen uns auf eine gedeihliche gute Partnerschaft und darauf, dass wir fernab von der Infineon-Ansiedelung, die einen positiven Impuls bringt, möglichst alle in der Gesellschaft miteinbinden, damit die Digitalisierung für uns alle ein Erfolg wird. Es muss zuletzt immer der Gedanke im Mittelpunkt stehen, dass die Technik dem Menschen dienen muss und nicht der Mensch der Technik.

Gemeinderat Kopeinig:

Es handelt sich um ein sehr spannendes Thema. Ich war diesbezüglich beim Vortrag von Herrn Dipl.Ing. Wundara. Es war sehr interessant, wie er argumentiert hat. Dieser Antrag ist sehr breit aufgestellt. Er hat gesagt, dass ihm erstens Open Government sehr wichtig ist – darüber habe ich vorhin schon gesprochen – und zweitens die digitale Haltung. Über Ethik in der Digitalisierung wird sehr wenig geredet. Ich finde es ziemlich gut, dass wir als Stadt Villach einmal darüber reden und dieses Projekt entwickeln. Die digitale Haltung kommt nicht von ungefähr, weil viele darüber hinwegsehen, wie sie funktionieren sollte, oder sie folgen einfach der Argumentation, dass, wenn sie in diesem Bereich etwas nicht machen, es jemand anderer macht, ohne darüber nachzudenken, welche Konsequenzen das haben könnte. Dieser Antrag denkt auch über die Konsequenzen nach und fixiert die Haltung der Stadt zur Digitalisierung. Ich finde den Antrag super. Von uns gibt es die Zustimmung dazu.

Bürgermeister Albel:

Es ist im Prinzip alles gesagt, und trotzdem wiederhole ich es jetzt noch einmal: Die Städte, die es schaffen, in der Digitalisierung Vorreiter zu sein, sind die Städte, die in Zukunft auch wachsen werden. Das bedeutet aber auch, dass man Grundvoraussetzungen schaffen muss. Wenn Sie es auch schon nicht mehr hören können, möchte ich es trotzdem noch einmal sagen: Es muss möglich sein, dass man auch die Städte – nicht nur die kleinen Gemeinden wie Feistritz/Gail – mit finanziellen Mitteln unterstützt, wenn es um die Infrastrukturvorhaben geht. Es kann nicht sein, dass man beim Thema „Digitalisierungsmilliarde“ – „Breitbandmilliarde“ hat es eigentlich geheißen – Städte explizit ausschließt.

Wir haben genauso wie alle anderen auch Probleme, aber wir haben bei uns die großen Unternehmen und einen verdichteten Raum, der unglaublich schnell an das Netz angeschlossen werden muss. Es kann nicht sein, dass es immer die Städte sind, die so zu sagen mit ihrem eigenen Geld, das sie ohnehin nicht haben, Infrastrukturmaßnahmen finanzieren müssen. Der private Unternehmer kann sagen, dass es sich für ihn nicht lohnt, eine Leitung in ein Bauerndorf oder zu einem einzelnen Bauernhof, der irgendwo hoch oben liegt, zu legen. Es handelt sich dabei nur um einen Anschluss, an dem der private Unternehmer nichts verdienen kann. Die Städte sollen diese Leitungen aber sehr wohl finanzieren. So wird es nicht funktionieren. Das Grundlegende, das man in diesem Fall ändern muss, ist das Denken, nicht nur der Bundesregierung, sondern auch im europäischen Kontext in die Richtung, dass man die Städte auf diesem Gebiet nicht allein lässt. Nur schnellwachsende Städte werden auch diejenigen sein, die erfolgreich sein werden.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Der beiliegenden Digitalisierungsstrategie „Villach Digital“ für die Stadt Villach wird die Zustimmung erteilt.“

Pkt. 13.) Anpassung der Annuität und Verlängerung der Laufzeit bei dem gewährten Sonderwohnbaudarlehen „260 Gemeindeweg“ an die „meine Heimat“

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 19.2.2019, Zl.: FW/2018/370/Darlehen/Mag.Wi., wie folgt:

Sie kennen diese Diskussion. Wir haben hier schon mehrmals darüber gesprochen. Es ist immer wieder dasselbe Thema. Das Land hat dafür gesorgt, dass man Zinssprünge, die durch die Wohnbaudarlehen, die zu verschiedenen Zeiten aufgenommen worden sind, entstanden sind, vermeidet. Das einzige, was man machen muss, ist, dass man diesbezüglich einen Antrag stellen muss. „meine Heimat“ ist eine Genossenschaft, die das macht – im Gegensatz zu anderen Genossenschaften. Ich möchte jetzt eigentlich keine Namen nennen, doch Sie haben es wahrscheinlich gerade gestern oder vorgestern in der Zeitung gelesen. Es waren die BUWOG-Wohnungen das Thema. Es gibt heute noch Wohnungen, deren Miete durch die Zinssprünge plötzlich von einem Jahr auf das andere um weit über 100,00 Euro verteuert werden. Es gibt jedoch ein ganz einfaches Rezept dagegen, indem man einen Antrag an die Gemeinde beziehungsweise an das Land stellt. Dort werden diese Zinssprünge abgefangen. In diesem Fall ist das passiert. Es wäre gut, wenn auch andere Wohngenossenschaften dieses Angebot annehmen würden.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Um eine Entlastung der Mieter für das Objekt Gemeindeweg 260 seitens der Stadt Villach zu ermöglichen, soll bei der Rückführung des bestehenden Sonderwohnbaudarlehens „260 Gemeindeweg“ die halbjährliche Annuität von EUR 55.173,47 auf EUR 30.642,92 reduziert werden. Die neuen Annuitäten sollen jährlich um 1,5 Prozent erhöht sowie der Zinssatz von 4 Prozent auf 3 Prozent gesenkt werden. Damit erhöht sich die Laufzeit des Darlehens um zwölf Jahre bis 2049.

Pkt. 14.) Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen der
AO-Gebarung 2018 gemäß § 86 Abs. 1 – 2 Villacher Stadtrecht 1998

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung
vom 19.2.2019, Zl.: Abtl/RA/AO/Übertr/18-19.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die AO Überträge des AO-Haushaltes 2018, und zwar

überplanmäßige Ausgaben	von	EUR	1.892.800
außerplanmäßige Ausgaben	von	EUR	4.472.700
mit dem Gesamtbetrag	von	EUR	6.365.500

auf den in der Beilage ausgewiesenen Voranschlagsansätzen des Haushaltsjahres 2019 gemäß § 86 Abs. 1 – 2 des Villacher Stadtrechts werden genehmigt, wobei die Bedeckung wie folgt gegeben ist:

Bedeckung			
Darlehen (Hoheitsverwaltung)	von	EUR	4.646.000
Kapitalrücklage	von	EUR	96.100
Geb. Rücklage Rathaus (KIG)	von	EUR	10.000
Geb. Rücklage Grundbesitz	von	EUR	605.000
Geb. Rücklage – Musikschule	von	EUR	8.100
Geb. Rücklage – Kanal Erhaltung	von	EUR	619.000
Geb. Rücklage – Kanal Ausbau	von	EUR	381.300
mit dem Gesamtbetrag	von	EUR	6.365.500

Pkt. 15.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht
1998

Bürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung
vom 19.2.2019.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von EUR 31.600,00 zu genehmigen,
wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Reg. Rat Ing. Kurt Petritsch verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderä-
tin Isabella Lehner nimmt an der Sitzung teil. Gemeinderat Robert Seppeler ver-
lässt die Sitzung, Gemeinderat Patrick Bock nimmt an der Sitzung teil.

Pkt. 16.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Adaptierung der nicht genutzten Schulwartwohnung in der VS St. Magdalen

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.4.2018 wie folgt:

Zu diesem Antrag möchte ich ausführen, dass die Volksschule 13 St. Magdalen über alle im Gesetz vorgesehenen Räumlichkeiten verfügt. Die zukünftige Schülerprognose sagt uns, dass es an dieser Volksschule keine Raumnot gibt. Die Nutzung der ehemaligen Schulwartwohnung, welche 48 Quadratmeter hat, entspricht nicht – alle, die im Baubereich tätig sind, und sich damit beschäftigen, wissen das – den gesetzlichen Vorgaben, wie viele Quadratmeter ein Klassen- oder Aufenthaltsraum benötigt. Würden wir diesen Raum für irgendeine bestimmte Nutzung adaptieren, würden die geschätzten Baukosten 50.000,00 Euro betragen. Derzeit wird dieser Raum vom Schulwart als Arbeits- und Lagerraum für die Schule genutzt. Es gibt den Vorschlag, diesen Raum im Rahmen einer Generalsanierung der Schule mit zu konzipieren und in die neue Gestaltung einzubinden. Dementsprechend hätten wir auch die Möglichkeit der Förderung in Höhe von 75 Prozent über den Schulbaufonds, die vom Land finanziert werden würde. Aus diesem Grund empfehle ich, diesem Antrag nicht die Zustimmung zu erteilen.

Stadtrat Pober, BEd:

Viele von euch werden wahrscheinlich 2015 bei der 110-Jahr-Feier der Volksschule 13 dabei gewesen sein. Sie ist wirklich eine wunderschöne Schule, in der die Kinder im nahen Umfeld sehr viel Freiraum haben. Der Kindergarten ist auch in der Nähe. Wenn man sich aber die Räumlichkeit ansieht, in der der Schulwart einst einmal gewohnt hat, dann könnte man daraus eine Bibliothek, einen Aufenthaltsraum oder einen anderen Raum für die Kinder gestalten.

Grundsätzlich finde ich den Vorschlag der Frau Vizebürgermeisterin sehr gut, dass man die Anregung, die wir hier einbringen, und zwar, den Raum anders zu nutzen, bei einer Generalsanierung berücksichtigen will. Ich plädiere trotzdem für die Zustimmung zu diesem Antrag. Vielleicht kann man aber unabhängig davon vom Land Gelder lukrieren, denn 50.000,00 Euro zum Wohl unserer Kinder bedeuten nicht die Welt. Diesen Betrag könnte man bei Frau Schaunig vielleicht schon erwirken. Sie hat sicher ein Herz für Kinder. Ansonsten bitte ich darum, diesen Vorschlag in den Umbau aufzunehmen, der geplant ist.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, GR Pfeiler;

gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion),

folgenden Antrag **abzulehnen**:

Die nicht genutzte ehemalige Schulwartwohnung in der Volksschule St. Magdalen soll zu einem Klassen- oder Aufenthaltsraum für Schüler adaptiert werden.

Pkt. 17.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Einführung stadteigener zweiter Schulbus

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.4.2018 wie folgt:

Ich möchte dazu etwas weiter ausholen und erklären, warum die Stadt Villach einmal einen zweiten Schulbus gehabt hat. Es gibt gesetzliche Grundlagen. Der Betrieb eines Schulbusses durch die Stadt Villach ist auf die gesetzlich vorgesehene Beförderung behinderter Kinder im Gelegenheitsverkehr gemäß Familienlastenausgleichsgesetz § 67 Abs. 3 zurückzuführen. Das ist die Ausgangslage gewesen. Ich möchte aber dazu sagen, dass die Lebenshilfe diesen Bus bei der Stadt Villach gebucht hat. Das Land hat ihn finanziert. Nach einigen Jahren, am 30.6.2016, hat das Land diesen Vertrag gelöst, da man die Schüler auf privatem Wege günstiger abholen und wieder nach Hause bringen konnte. Aus diesem Grunde haben wir am Ende des Schuljahres 2015/2016, als die Frage im Raum stand, am Schulbus eine teure Reparatur vornehmen zu lassen, ihn eingestellt.

Nun steht den Schülern beziehungsweise auch den Kindergartenkindern ein neuer Schulbus zur Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, diesen Bus kostenlos zu nutzen. Es ergeht mein Appell an die Schulleitungen, ihn rechtzeitig zu buchen. Wenn das nicht der Fall ist, sind die Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, das heißt, mit Busunternehmen. Der Bus, den wir haben, hat am Nachmittag eine Stehzeit von zwei bis drei Stunden. Ein zweiter Schulbus würde sage und schreibe jährlich 100.000,00 Euro kosten. Wenn wir uns diesen Betrag ansehen, muss ich sagen, dass es für mich wichtiger wäre, private Unternehmen mit den Fahrten zu beauftragen und so die Wirtschaft zu unterstützen.

Es stellt sich die große Frage an die Wirtschaftspartei, ob wir uns als Stadt jährlich 100.000,00 Euro leisten sollen, wenn wir Unternehmerinnen und Unternehmer haben, die uns ihre Busse für Schülerfahrten und Ausflüge zur Verfügung stellen. Wir haben mit Kollegin Schautzer schon ein Gespräch darüber geführt. Ich bin gern dazu bereit, mit den Busunternehmern zu sprechen, um eine Lösung dafür zu finden. Derzeit betragen die Kosten, wenn ein Bus von der Maria Gailer Volksschule angemietet wird, die ich als Beispiel nennen darf, weil es sich von dort um die weiteste Entfernung in das Stadtzentrum handelt, 2,90 Euro pro Kind. Ich möchte das hier wirklich so bildlich darstellen. Es würden sonst mit dem Ankauf eines Busses jährlich 100.000,00 Euro anfallen. Da fragt sich, ob man nicht den Busunternehmen die Möglichkeit gibt, sich zu profilieren und die Fahrten zu übernehmen und wir auf diese Art und Weise die Eltern unterstützen. In diesem Sinne möchte ich für die Ablehnung dieses Antrages plädieren.

Stadtrat Pober, BEd:

Zuerst möchte ich auf das Argument „Wirtschaftspartei“ eingehen: Ja, einer Wirtschaftspartei ist klar, dass für gewisse Dinge einfach die Gemeinde beziehungs-

weise das Land oder der Bund aufkommen muss, und zwar für das Gesundheitswesen, damit es gut funktioniert, aber auch für die Bildung und das Schulwesen. Unsere Kinder müssen uns das Wichtigste sein. Es ist uns sehr wohl bewusst, dass der Schulbus, den es gibt, hauptsächlich für die Sonderschule eingesetzt wird. Leider Gottes wurde letztes Jahr der Schulbus nach Heiligengeist, der 5.000,00 Euro gekostet hat, eingestellt, mit dem die Kinder sicher in die Schule kommen konnten. Da kann aber das Land nichts dafür.

Viele Schulen beklagen, dass sie gerade zu Stoßzeiten viele Busse brauchen, die die Kinder transportieren können. Jetzt sind pro Schüler 2,90 Euro nicht viel. Wissen Sie eigentlich, wie viele Kosten auf eine Familie – Herr Bürgermeister hat früher auch von alleinerziehenden Müttern gesprochen – am Beginn eines Schuljahres zukommen? Da sind es hier 2,90 Euro, dort sind es vielleicht 20,00 Euro, dann sind es 5,00 Euro hier und 10,00 Euro dort, und schon ist man plötzlich bei 100,00 Euro im Monat, die man bezahlen muss. Ich glaube, man kann ein bisschen innovativer denken, denn es wird ja der Schulbus natürlich nicht jeden Tag von der Schule genutzt.

Herr Bürgermeister hat heute den Citybus angesprochen. Warum nehmen wir nicht einen kleinen 20- oder 22-Sitzer-Bus für die Schule, der dann unter der Zeit als Citybus durch die Gegend fährt und unsere Seniorinnen und Senioren in die Innenstadt führt oder von den Parkplätzen in die Stadt pendelt? Man könnte da ja auch etwas visionär denken, wie Herr Nationalrat Weidinger heute bereits ausgeführt hat. Man könnte einige Synergieeffekte nutzen, über die wir heute auch schon mehrfach gesprochen haben.

Apropos Synergieeffekte: Dazu möchte ich kurz anmerken, dass ich es spannend finde, dass es, wenn die SPÖ einen Polizeiposten am Hauptbahnhof fordert, unter Gutreden fällt, aber wenn die ÖVP die Verlegung eines Polizeipostens fordert, ist es Schlechteden der Stadt und Angstmachen. Darüber könnten wir auch einmal diskutieren.

Zurück zum Schulbus: Ich glaube, dass uns unsere Kinder einfach diese 100.000,00 Euro wert sein müssen, damit wir sie sicher und ohne Schwierigkeiten zu Veranstaltungen bringen können, die ja auch teilweise von der Stadt – von der Wirtschaftsreferentin, der Wasserreferentin, der Schulreferentin – durchgeführt werden, wie zum Beispiel die Bildungsmesse. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Antrag.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Wutti, Bakk.^a:

Für einige Schulen in Villach ist es wirklich wichtig, einen Schulbus zu haben. Als Beispiel nehme ich die Schulen in Maria Gail, St. Magdalen oder Pogöriach her. Für diese Schulen wären beispielsweise ein Museumsbesuch oder das Eislaufen, der Besuch des Reliefs oder eines anderen tollen Angebots der Stadt sowie ein Wandertag mit dem Bus einfacher möglich, weil sie sonst zu Fuß nach Villach gehen müssten.

Ich muss sagen, dass die Busfahrt wirklich ein organisatorisches Thema ist. Da appelliere ich auch an die Lehrer, Eltern und Direktionen, ein bisschen Flexibilität an den Tag zu legen, denn wir haben einen 30- oder 35-Sitzer-Bus, und wenn man früh genug dran ist, bekommt man den Bus auch. Wenn man jetzt aber eine Bildungsmesse besuchen möchte – und jede Schule möchte sie besuchen –, bräuchten wir 40 Busse, und das wäre auch noch zu wenig. Ich muss sagen, dass wir wirklich den Luxus haben, einen Schulbus anbieten zu können. Diesen haben viele andere Gemeinden nicht. Wir werden von den Umlandgemeinden um dieses Angebot beneidet, den Schulbus nutzen zu können.

Meine Tochter geht in Maria Gail in die Schule. Wenn die Lehrer früh genug dran sind, wenn sie eislaufen gehen wollen, dann bekommen sie den Bus. Wenn man nicht unbedingt am 15. Jänner fahren will, sondern vielleicht auch am 16. Jänner fahren kann, wird das funktionieren. Ich appelliere an die Eigenverantwortung der Schulen beziehungsweise Lehrer, sich frühzeitig um den Transport der Kinder zu kümmern. Es ist wirklich ein Luxus, den wir unseren Schülerinnen und Schülern anbieten. Es ist kein Muss. Dafür können wir auch als Eltern wirklich sehr dankbar sein.

Es wurden auch günstige Tarife mit Busunternehmen ausgehandelt, das stimmt. Frau Vizebürgermeisterin hat es bereits erwähnt. Auch das wird nicht eins zu eins den Eltern verrechnet, sondern es gibt Elternvereine, die sehr aktiv sind. Dazu zählt auch jener in Maria Gail, in welchem wir uns alle für die Schüler ins Zeug werfen, Geld einnehmen und zum Beispiel auch für Schulbusunterstützungen aufkommen.

Seien wir alle ein bisschen flexibel! Seien wir nicht so engstirnig! Es ist ganz wichtig, dass unsere Kinder zu verschiedenen Orten gebracht werden und über Geschichte und so weiter lernen, dass die Schüler aus der Stadt auch ins Umland gebracht werden, wohin sie vielleicht nicht zu Fuß gehen können, aber seien wir bitte ein bisschen flexibel! Schauen wir über den Tellerrand hinaus! Wir müssen nicht immer alles vorgekaut bekommen, sondern wir können auch organisieren, und die Schulen können das auch. Das ist meine Meinung.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich möchte mich inhaltlich Frau Wutti anschließen. Ich habe mit sehr vielen Lehrern darüber gesprochen, auch in Landskron zum Beispiel, ob sich dieses Problem auch für sie stellt. Die meisten haben mir gesagt, dass der Transport mit öffentlichen Verkehrsmitteln für sie überhaupt kein Problem wäre. Sie wären auch bereit, dafür zu bezahlen. Sie glauben auch, dass die Eltern bereit sind, dafür zu zahlen. Ich denke, dass man sich vielleicht wirklich mit den Busunternehmen zusammensetzen und etwas aushandeln sollte. Ich bin an sich nicht dafür, dass man jetzt wieder 100.000,00 Euro in einen Bus investiert, wenn es vielleicht Alternativmöglichkeiten mit dem öffentlichen Verkehr gibt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir da andere Lösungen finden würden, denn vielleicht ist die jetzige Lösung noch nicht die optimale. Radfahren ist übrigens immer gut.

Bürgermeister Albel:

Zuerst möchte ich mein großes Unverständnis ausdrücken. Wir haben ja eingangs bereits gesagt, dass ein zweiter Schulbus einen Wettbewerb mit den Privaten bedeuten würde. Die werden sich sicher bei der ÖVP bedanken – im Übrigen wissen die privaten Unternehmer inzwischen von diesem Vorschlag und haben sich bei uns auch schon gemeldet. Sie werden sich sicher bei der ÖVP auch noch melden. Vielleicht sehen einiger dieser Privaten jetzt auch diese Live-Übertragung und haben etwas wahrgenommen, das gerade gesagt worden ist, nämlich: Man könnte doch als Stadt den Citybus kaufen und den Service selbst anbieten. Jetzt frage ich mich aber schon etwas: Wir sollen den Privaten so zu sagen Geschäft wegnehmen, indem wir selbst mit diesem Citybus fahren?

Bürgermeister Albel auf einen Zwischenruf von Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struber, MSc, MBA:

Herr Struger, Sie kennen sich so wunderbar aus – leider aber nicht bei den Dingen, die wichtig sind. Eines ist Ihnen aber hoffentlich klar, dass Sie nämlich nicht öffentlichen Verkehr nicht einfach spielen können? Sie schon, wahrscheinlich, denn Sie sind ja beim ÖAMTC! Ich weiß eigentlich nicht, was Sie mit Ihrer Aussage gemeint haben. Es ist aber gar nicht jedem erlaubt, öffentlichen Verkehr anzubieten. Jetzt soll praktisch der Citybus von der Stadt Villach betrieben werden, und unsere Fahrer übernehmen diesen Dienst. Abgesehen davon, dass das nicht geht, halte ich es für einen schweren Fehler, die privaten Unternehmen, die in Villach öffentlichen Verkehr anbieten, in dieser Hinsicht einzuschränken.

Etwas kommt auch noch dazu – Frau Kollegin Schautzer hat es ganz richtig gesagt: Wir wissen von dem Problem, dass das Verständnis für den öffentlichen Verkehr eines ist, das ausgebaut werden sollte. Die Kinder müssen von klein auf sehen, dass es öffentlichen Verkehr gibt. Er ist natürlich nicht immer dann verfügbar, wenn ich ihn brauche, aber es gibt Zeiten, zu denen er angeboten wird. Man muss einmal lernen, mit dem öffentlichen Verkehr umzugehen. Ich halte es für einen ganz wesentlichen Schritt, diesen Aspekt in die Diskussion einzubringen. Wenn wir wollen, dass der öffentliche Verkehr in Zukunft einen größeren Anteil hat – ich weiß schon, dass die Stadt auch mehr Geld in die Hand nehmen müssen, das ist eine grundlegende Angelegenheit –, muss dafür bei der Bevölkerung auch das Verständnis geschaffen werden. Dieses Umdenken im Kopf wird man nicht erreichen, indem man – wie Frau Wutti richtig gesagt hat – alles portionsweise präsentiert. So wird es in Zukunft nicht gehen, sondern man wird eben durch bestimmten Aktionen – und das gehört für mich auch dazu – den Lehrern und Kindern dieses Bewusstsein mitgeben müssen.

Ich habe gerade gestern mit einem Verkehrsunternehmer gesprochen, der gesagt hat, dass es für ihn selbstverständlich ist, dass nicht jede Schule einen Bus bestellt, sondern man kann ja mit allen Betreibern verhandeln, um einen bessern Tarif zu bekommen. Das werden wir machen. Frau Schautzer hat sich bereit erklärt, mit ihrer Erfahrung auch an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Das ist wirklich ein ganz wesentlicher Schritt.

Man kann sicher auch, was die Linienführung betrifft, Nachbesserungen vornehmen. Auch zu diesem Thema hat sich ein Unternehmer bei mir gemeldet. Er hat folgendes Beispiel genannt: Er fährt mit seinen Bussen ständig nach Warmbad. Dabei ist ihm aufgefallen, dass ständig ein gelber Bus an der Haltestelle steht, der zur selben Zeit, wie der öffentliche Verkehr, ab- und auch wieder zurückfährt. Das sind Synergien, die wir, wenn wir uns als nachhaltige Stadt bezeichnen wollen, nutzen müssen. Ich weiß, dass das eine schwierige Debatte ist, aber letzten Endes gewinnen dabei alle.

Gemeinderat Kopeinig:

Die Grundintention dieses Antrags ist super – schön, dass wir einmal über dieses Thema diskutieren. Vor allem ist nämlich dieses Netzproblem im öffentlichen Verkehr ja eigentlich ein Komplexitätsproblem. Wegefindung ist ein sehr spannendes Thema, übrigens auch in der Informatik. Wie aber du, Christian, selbst gesagt hast, wird der Bus, wie es im Antrag beschrieben ist, keine hohe Nutzung haben. Daher sehen wir aus CO₂-technischer Sicht keine Möglichkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Das ist der Hauptpunkt. Es ist aber gut, dass wir einmal diese Debatte über den öffentlichen Verkehr führen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

Ich möchte etwas richtigstellen: Herr Kollege Pober hat davon gesprochen, dass die Schüler nicht zur Bildungsmesse kommen können, weil es keinen Schulbus gibt, außer sie fahren privat. Ich möchte Sie darüber informieren, dass die Schulabteilung der Stadt Villach Busse von Privatunternehmen organisiert, die die Schulen getaktet anfahren, die Schüler ins CCV bringen, wo die Bildungsmesse stattfindet, und wieder retour zu den Schulen.

Es hat über den Städtebund, in dem wir vertreten sind, eine Abfrage gegeben, deren Ergebnis uns auch mitgeteilt wurde. Dabei ist herausgekommen, dass kaum eine Stadt in Österreich Schulbusse hat.

Noch etwas möchte ich richtigstellen: Herr Kollege Pober, du hast den Schulbus nach Heiligengeist angesprochen. Das war kein Schulbus, sondern ein öffentliches Unternehmen, das durch die Stadt Villach gefördert worden ist, aber aus Gleichbehandlungsgründen muss man sagen, dass man auch die Schüler aus der Schütt, aus St. Niklas, Drobollach oder Heiligengestade mit dem Schulbus hätte führen müssen. Daher haben wir diesen Bus nach Gesprächen mit Eltern und der Dorfgemeinschaft so zu sagen im Einvernehmen aufgelöst.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Die Einführung und Anschaffung eines zweiten Schulbusses und die dementsprechende Berücksichtigung im Budgetvoranschlag für das Jahr 2019.

Bedeckung: Kapitalrücklage.

Pkt. 18.) Selbständiger Antrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend
Resolution „Keine Einsparungen bei Alkohol- und Drogenprävention“

Stadtrat Pober, BEd

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte vom 25.10.2018 wie folgt:

Es handelt sich um einen Antrag von FPÖ und ÖVP betreffend „Keine Einsparung bei Alkohol- und Drogenprävention“. Allgemein geht es dabei darum, dass die Drogenambulanz „Roots“ auch das Einzugsgebiet Feldkirchen mitbetreuen muss, dass die Klagenfurter Drogenambulanz jetzt zwar ausgebaut worden ist, aber dass es auch in Villach wesentlich mehr Personal brauchen würde. In den vorbereitenden Gremien war es so, dass die SPÖ sich der Stimme enthalten hat und die ÖVP und die FPÖ dem Antrag zustimmt haben. Ich empfehle die Zustimmung.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Aufgabenreform – dieses Schlagwort begleitet uns schon lang. Einige verbinden damit Bürokratie und Beamtendeutsch, andere jedoch eine moderne und handlungsfähige Verwaltung. Als Landeshauptmann Kaiser und seine Stellvertreterin Schaunig-Kanduth im Oktober 2013 eine Aufgabenreform in Auftrag gaben, wurden 351 Reformvorschläge ausgearbeitet. Einer davon wurde im Herbst des Vorjahres vom Landesrechnungshof als wenig durchdacht kritisiert. Gott sei Dank haben wir Kontrollstellen wie diese! Sie können Alarm schlagen, wie eben dann, wenn die Rede davon ist, die Subvention für die Alkohol- und Drogenberatung einzustellen.

Wenn wir schon bei Alarmen sind: Alarmierend ist der seit Langem ungehört verhallende Hilferuf der Villacher Drogenambulanz „Roots“. Sie muss das Einzugsgebiet Feldkirchen mitbetreuen – wie mein Vorredner bereits ausgeführt hat. In der Vergangenheit mussten Patienten abgewiesen werden, und das ist, wenn man an die Drogentoten des Vorjahres denkt, sehr traurig. Der Ausbau in Klagenfurt hat nur eine leichte Verbesserung gebracht.

Am 9.1.2018 hat die Kleine Zeitung erneut darüber berichtet, dass die Drogenambulanz in Villach an der Kapazitätsgrenze arbeitet. Es ist ein klares Zeichen aus Villach dafür notwendig, dass in diesem sensiblen Bereich keinesfalls gespart werden darf. Angesichts der vielen Drogentoten im Vorjahr ist es allerhöchste Zeit, das Personal aufzustocken, so dass die vom Fachgebietsleiter Gerald Kattinig seit Langem geforderte Doppelbesetzung möglich wird.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

Dieses Thema ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten genauso wichtig, aber wir müssen schon einiges richtigstellen. Wie Frau Kollegin Nießner korrekt gesagt hat, haben Beamte im Rahmen einer Reform der Referentin beziehungsweise der Regierung einen Vorschlag unterbreitet. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Frau Landeshauptmannstellvertreterin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner ei-

gentlich seit 2013 Raum erweitert und Personal erhöht, weil sie das für sehr wichtig hält, und es nie angedacht war zu streichen, zu sparen oder die Suchtprävention auszuradieren.

Ganz konkret möchte ich sagen, warum ich die Ablehnung dieses Antrags vorschlage, weil nämlich die Hausaufgaben in Villach längst gemacht sind. Ich darf dazu ausführen, dass Feldkirchen jetzt eine Drogenberatungsstelle bekommt. Von dort haben wir ungefähr 100 Klientinnen und Klienten in Villach zu betreuen gehabt. Diese fallen jetzt weg. Dann hat eine Personalaufstockung begonnen mit einem Arzt, einem Psychologen und einem Sozialarbeiter. In Villach wird nun auch noch kommende Woche der Mietvertrag für die Erweiterung der Räumlichkeiten am jetzigen Standort unterschrieben. Diese Hausaufgaben sind also zur Gänze erledigt.

Stadtrat Pober, BEd:

Wenn das ohnehin alles erledigt wurde, kann man ja ruhig zustimmen.

Der Gemeinderat beschließt

(für den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion

**gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion;
GR Pfeiler ist bei der Abstimmung nicht anwesend),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Angesichts der starken Auslastung der Villacher Drogenambulanz „Roots“ wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert,

- 1. keinesfalls die im Rahmen der Aufgabenreform 2013 angedachten Einsparungen im Bereich der Alkohol- und Drogenprävention durchzuführen;**
- 2. das Personal der ärztlichen Betreuung in der Villacher Drogenambulanz „Roots“ ist angesichts der vielen Drogentoten in Kärnten aufzustocken, so dass die vom Fachbereichsleiter Gerald Kattinig geforderte Doppelbesetzung möglich wird.**

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Ich höre gerade, dass Herr Pfeiler nicht im Saal ist.

Stadtrat Pober, BEd:

Dann gibt es einen Gleichstand und der Bürgermeister darf entscheiden.

Bürgermeister Albel:

Wie ich entscheide, kann ich dir sagen: Ich bin natürlich auch dagegen, dass dieser Antrag angenommen wird.

Pkt. 19.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Resolution
an die Kärntner Landesregierung „KEINE Freigabe von Cannabis“

Stadtrat Pober, BEd

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPÖ-Gemeinderäte vom 28.9.2018 wie folgt:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, angesichts der steigenden Anzahl an Drogenkonsumenten, die unter Cannabis-Einfluss stehen und damit sich und andere speziell im Straßenverkehr gefährden, sich auf Landes- und Bundesebene unter keinen Umständen für die uneingeschränkte Freigabe von Cannabis auszusprechen. Im vorberatenden Gremium gab es eine Stimmenthaltung der SPÖ und die Zustimmung von ÖVP und FPÖ. Ich empfehle die Zustimmung.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Wenn wir hier und heute über Cannabis sprechen, dann rein über berauschendes Cannabis. Um Cannabisprodukte für medizinische Zwecke geht es in der vorliegenden Resolution nicht – das vorweg zur Klarstellung.

Warum haben wir Freiheitliche am 28.9.2018 diese Resolution eingebracht? Erinnern wir uns zurück: Im Vorjahr haben wir in Kärnten immer wieder für traurige Schlagzeilen gesorgt – ein Drogentoter nach dem anderen. Wer sich mit Drogen berauscht, gefährdet nicht nur sein Leben, sondern auch das von anderen.

Um auf die von Drogen ausgehende Gefahr im Straßenverkehr aufmerksam zu machen, hat unsere Bundesregierung eine Kampagne gestartet. Für unser Bundesland Kärnten war das höchste Zeit. 85 Prozent der gefassten Drogenlenker in Kärnten haben Cannabis konsumiert. Sie sind damit eine Gefahr für sich und andere.

Leider gibt es immer wieder Gruppierungen, die eine generelle Cannabisfreigabe fordern – auch in Kärnten. Wir sehen dabei folgendes Problem für unsere Jugendlichen: Cannabis hängt nach wie vor der falsche Ruf an, relativ harmlos zu sein. Das moderne Gras ist aber angesichts des massiv gestiegenen THC-Gehalts sehr gefährlich. „Cannabis erhöht Depressionsrisiko“ – unter diesem Titel berichtete die Kronenzeitung am 18.2. dieses Jahres über eine neue Studie. Demnach führt Cannabiskonsum bei Unter-18-jährigen zu einem deutlich höheren Depressionsrisiko. Fakt ist auch: Regelmäßiger Cannabiskonsum kann Experten zufolge in zehn Prozent der Fälle zu Abhängigkeit und damit zu ernsthaften Erkrankungen führen. Die Mär vom harmlosen Gras muss ein Ende haben. Es geht um den Schutz unserer Jugend. Er sollte uns allen am Herzen liegen. Lasst uns von Villach aus ein starkes Zeichen setzen, denn Cannabiskonsum darf nicht länger unterschätzt werden!

Gemeinderat Kopeinig:

Ich habe Folgendes im vorberatenden Ausschuss bereits gesagt: Kanada hat zum Beispiel als zweitgrößtes Land der Erde mit 36 Millionen Einwohnern am

17.10.2018 – also vor noch nicht allzu langer Zeit – Cannabis voll legalisiert. Auch Luxemburg – ein EU-Land – hat angekündigt, Cannabis zu legalisieren. Daher wundert mich dieser Antrag besonders, denn ich denke, dass der Trend in die andere Richtung geht – hin zur Legalisierung dieser Pflanze und nicht in die Richtung, dass sie weiterhin illegal bleibt.

Ich könnte an dieser Stelle meine Argumentation auch beenden, denn Kanada ist ziemlich groß. Dort gibt es ziemlich viele schlaue Köpfe, meine ich. Ich habe mich aber, um euren Standpunkt zu verstehen, mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Allein schon die Überschrift „Keine Freigabe von Cannabis“ lässt mich rätseln. Weiß jemand – vielleicht die Regierungspartei FPÖ – etwas mehr, als wir wissen? Gibt es eigentlich schon eine Freigabe von Cannabis, oder gibt es eine Forderung danach? Herr Görgülü hat das im Ausschuss so nett formuliert: Verteilt Herr Kaiser schon Cannabis? Warum müssen wir uns damit jetzt überhaupt beschäftigen?

Was sehr interessant ist, ist, dass im Antrag steht – wie die Klubobfrau der FPÖ gesagt hat –, dass 85 Prozent der gefassten Drogenlenker Cannabis konsumiert haben. Ich frage mich: Sind da die Alkohollenker auch schon mit einbezogen? Ich glaube, dass das eher nicht der Fall ist, denn dann würde diese Zahl anders aussehen. Im Straßenverkehr – das ist auch ein interessanter Satz – sind Lenker, die Cannabis konsumiert haben, eine Gefahr für sich selbst und für andere. Na klar! Das gilt aber auch für Alkohol, Schmerzmittel und alle anderen Medikationen, die auf die Psyche gehen. Da kann man eins und eins zusammenzählen.

Ich möchte aber nicht nur kritisieren. Es steht ja auch Realität im gegenständlichen Antrag, und zwar: Befürworter von freiem Kiffen sind der Ansicht, dass nicht Cannabis selbst das Problem sei, sondern die Illegalität der Beschaffungsmöglichkeiten, wodurch Konsumenten viel leichter in den Kontakt mit härterem Stoff geraten würden, als wenn Gras und so weiter legal erwerbbar wäre. Dem kann man zustimmen.

Interessant ist aber auch, dass dieser Satz dann von einer Studie aus dem Jahr 2006 widerlegt werden soll. Das ist über 13 Jahre her. Wer sich mit der Forschung im Medizinbereich auseinandersetzt, weiß genau, dass es wenig Relevanz zum heutigen Tag hat, wenn etwas älter als zehn Jahre ist, außer es handelt sich um Mathematik oder eine ähnliche Wissenschaft, aber gerade in der Neuromedizin hat das nicht viel Aussagekraft. Wenn die FPÖ etwas zitiert, das 13 Jahre alt ist, und nichts gefunden hat, das neuer ist, gehe ich davon aus, dass es diesbezüglich keine Replikationen mehr gibt, das Thema hinfällig ist und dieses Argument zur Seite geschoben werden kann.

Zurück zum Thema des Antrags: Wenn Gras legal wäre und nicht jeder illegaler Weise zu einem Dealer gehen müsste, der ihm eventuell hochgezüchtetes und vielleicht gesundheitsschädlich gestrecktes Gras verkauft, wäre das bestimmt besser für die Konsumenten. Es geht im Antrag noch weiter – ich habe ihn nämlich Stück für Stück zerlegt: Leider hängt Cannabis nach wie vor der falsche Ruf an, relativ harmlos zu sein. Dem Experten Michael Willis, Chefarzt des Suchtkran-

kenhauses in Maria Ebene, zufolge ist das Gras aus früheren Zeiten ob des massiv gestiegenen THC-Gehalts viel gefährlicher und kann zu psychotischen Erkrankungen führen. Seinen Erfahrungen zufolge kann regelmäßiger Cannabiskonsum in zehn Prozent der Fälle zu Abhängigkeit und damit zu ernsthaften Erkrankungen führen. Diesen Satz kann man auch unterschreiben, er stimmt so.

Wenn Cannabis illegal ist, ist die Dosis natürlich höher. Wenn ihr euch vielleicht mit der Prohibition auseinandergesetzt habt – das war die Zeit, in der Alkohol in Amerika illegal war –, dann wisst ihr, was damals passiert ist. Es ist nämlich genau das Gleiche passiert: Der Alkoholgehalt der Spirituosen ist bis zum Geht-nicht-mehr nach oben gestiegen – und warum? Ganz einfach: weil man dadurch als Dealer weniger über die Grenze schmuggeln musste, um mehr zu verdienen, weil man den Alkohol nach der Einfuhr strecken konnte. Das Gleiche gilt für Cannabis, oder habt ihr jemals davon gehört, dass man in der Prohibitionszeit neben Whiskey riesige Mengen an Weißwein über die Grenze geschmuggelt hätte? Das hätte ja keinen Sinn gemacht. Das gilt auch für Cannabis. So lang es illegal ist, wird es in diesem Land in hochkonzentrierter Form von illegalen Dealern angeboten.

Interessant ist auch der Schluss des Antrags, in dem Folgendes gefordert wird: Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, sich angesichts der steigenden Anzahl an Drogenkonsumenten, die unter Cannabiseinfluss stehen und damit sich und andere speziell im Straßenverkehr gefährden, auf Landes- und Bundesebene unter keinen Umständen für die uneingeschränkte Freigabe von Cannabis mit Ausnahme medizinischer Cannabisprodukte auszusprechen. Das heißt im Umkehrschluss: Alles, außer medizinisches Cannabis, sollte verboten werden.

Wissen wir alle, was für eine Gattung „Cannabis“ botanisch gesehen ist? Diese unterteilt sich noch in sativa, indica und die Mischkreuzungen. Cannabis ist einfach die botanische Bezeichnung für die Gattung „Hanf“. So haben das die Botaniker festgelegt. Das heißt wiederum, dass die FPÖ Hanf verbieten möchte, also eine ganze Pflanzengattung. Wenn man aber Hanf tatsächlich verbietet, würde ich mich als FPÖ-Mitglied nicht mehr auf den Markt getrauen, denn dort verkaufen viele Menschen Hanfprodukte, und zwar Hanfbrot, Hanföle, Hanfmehle – alle möglichen Produkte, die aus Hanf hergestellt wurden. Außerdem gibt es Produkte zur Hausdämmung. Man kann aus Hanf Ziegel bauen. Hanf ist nämlich eine sehr multifunktionelle Pflanze. Man würde somit eine ganze Branche in Österreich vernichten und nicht die Vorteile, die die Pflanze neben dem medizinischen Aspekt hat, nutzen wollen. Man würde damit die unglaubliche Vielseitigkeit dieser Pflanze stigmatisieren.

Wir sind der Auffassung, dass Hanf eine Pflanze der Zukunft ist, und werden uns diesen Prohibitionsbestrebungen keinesfalls anschließen. Ich kann das auch meinen werten Kollegen im Gemeinderat nur empfehlen.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Noch einmal für alle, bei denen das untergegangen ist: Es geht um berauschende Cannabisprodukte. Wenn ihr von Baustoffen berauscht werdet, ist das eure Sache.

Ich habe vorhin eine Studie vom 18.2.2019 zitiert, über die in der Kronenzeitung berichtet wurde. Diese Studie „Cannabis erhöht das Depressionsrisiko“ wurde in Montreal erstellt, also in Kanada. Jetzt kann jeder selbst seine Schlüsse daraus ziehen.

Stadtrat Pober, BEd:

Wie Frau Nießner bereits ausgeführt hat, geht es im gegenständlichen Antrag nicht um Hanfprodukte, die man auch am Wochenmarkt kaufen kann. Bei dieser Gelegenheit eine kleine Werbung: Besuchen Sie, bitte, den Wochenmarkt am Mittwoch und am Samstag! Sie bekommen dort alles, was Sie für das Leben brauchen.

Grundsätzlich beinhaltet dieser Antrag jedenfalls keine Änderung der momentanen Rechtslage, daher empfehle ich wie gesagt die Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion;
gegen den Antrag: 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, GR Pfeiler),**

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, angesichts der steigenden Anzahl an Drogenkonsumenten, die unter Cannabis-Einfluss stehen und damit sich und andere speziell im Straßenverkehr gefährden, sich auf Landes- und Bundesebene unter keinen Umständen für die uneingeschränkte Freigabe von Cannabis (mit Ausnahme medizinischer Cannabis-Produkte) auszusprechen.

Bürgermeister Albel übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 4 – Soziales, Bildung, Kultur und Personal (Rechtsabteilung) vom 4.2.2019, Zl.: GG4/30/08/b2018/06/19-13/Mag.Wu/Ko.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Einige der Baumängel bei der Tschinowitscher Brücke waren offensichtlich. Stadtrat Erwin Baumann hat sie auch aufgezeigt. Er hat den Stein ins Rollen gebracht und Maßnahmen gefordert, wie etwa eine Prüfung durch das Kontrollamt, was auch erfolgt ist. Auf dem Klagsweg Schadenersatz von den privaten Firmen einzufordern, die einen Beitrag zu den Baumängeln bei der Tschinowitscher Brücke geleistet haben, ist ein nötiger Schritt. Als politischer Verantwortlicher hat Stadtrat Harald Sobe darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, dass die Rahmenbedingungen in seiner Abteilung passen. Tschinowitscher Brücke, Kärnten Therme – es zeigt sich immer wieder, wie schnell es gehen kann, dass es zu Konstruktionsfehlern und massiven Baukostensteigerungen kommt, was es umso wichtiger macht, die Rahmenbedingungen zu optimieren. Die diesbezüglichen Anregungen des Kontrollamts sind umgehend umzusetzen.

Zum einen ist für konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips Sorge zu tragen, zum anderen braucht es eine Ausstattung mit moderner Software, welche das Projektmanagement im Sinne der Kosten-, Leistungs- und Terminverfolgung unterstützt. Auch ist die interne Kommunikation so zu gestalten, dass eine optimale Projektsteuerung und –überwachung möglich ist, um einer Fehlentwicklung zeitgerecht entgegensteuern zu können. Das sind alles Vorschläge des Kontrollamtes. Ich nehme an, die Damen und Herren, die sich damit beschäftigt haben, werden sich etwas dabei gedacht haben.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Seymann:

Frau Gemeinderätin Nießner hat eigentlich ziemlich viel aus dem Kontrollamtsbericht vorweggenommen. Ich finde es gut, dass sehr nüchtern sehr viele sinnvolle Vorschläge von Seiten des Kontrollamtes kommen. Ich möchte ganz ernsthaft für die rasche Umsetzung plädieren, wie es vorgeschlagen wurde, um aus Fehlern, die natürlich immer wieder gemacht werden, zu lernen und einfach besser zu werden.

Stadtrat Sobe:

Ich war selbst bei der besagten Sitzung des Kontrollausschusses anwesend. Dabei hat es von Frau Dieringer eine Frage hinsichtlich der Gesamthematik gegeben. Ich darf darauf hinweisen, dass es nicht Fehler des Magistrates – ich könnte jetzt auch vorlesen, was das Kontrollamt dazu schreibt – waren, sondern es waren ausschließlich Fehler der anderen Beteiligten, hauptsächlich der Planer. Man kann das alles im Kontrollamtsbericht nachlesen. Auf gut Kärntnerisch gesagt: Wenn ich etwas bestelle, und es haut nicht hin – ist also quasi ein Pfusch –, muss

man versuchen, entweder diejenigen, die etwas falsch gemacht haben, auf irgendeine Art dazu zu bewegen, dass sie es berichtigen, oder – wenn das nicht klappt – muss man den Klagsweg beschreiten, wie es auch das Kontrollamt vorschlägt. Das mache ich mit diesem Antrag.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Die Stadt Villach wird sämtliche rechtlichen Schritte – auch die klagsweise Geltendmachung ihrer Ansprüche – gegenüber den bei der Planung der Geländerkonstruktion der neuen Tschinowitscher Gailbrücke beteiligten Unternehmen ergreifen. Im Hinblick auf den Streitwert wird die Stadt Villach einen Rechtsanwalt mit der rechtlichen Vertretung betrauen.“

Pkt. 21.) Grunderwerb für das Öffentliche Gut der Stadt Villach – St. George-
ner Straße; Dr.ⁱⁿ Stefanie Aichholzer, Johann Aichholzer, Erwin Aich-
holzer

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Vermessung und Geoinforma-
tion vom 8.2.2019, Zl.: 2041-16, wie folgt:

Ich ersuche für die Tagesordnungspunkte 21 bis 28 – alle sind in den vorberaten-
den Gremien einstimmig beschlossen worden – um Übernahme der Beschlüsse.

Bürgermeister Albel:

Das heißt, abgekürztes Verfahren, wenn es keine gegenteilige Meldung gibt.

Gemeinderat Kopeinig:

Wie wir schon in der Vergangenheit des Öfteren erwähnt haben, sind wir nicht für
die Umwidmung von Grünland in Bauland. Bei den folgenden Anträgen geht es
wieder um mehr als 33.000 Quadratmeter Grünland, das versiegelt wird und dann
auf Jahre unwiederbringlich verloren ist, obwohl wir Österreicher ohnehin schon
Versiegelungseuropameister sind. Zum Beispiel schreibt der VCÖ Folgendes: Bö-
den können Wasser aufnehmen, und Grünflächen wirken wie eine kleine Klima-
anlage. Durch den Klimawandel werden sowohl Starkregen häufiger, als auch Hitze-
tage. Sind Böden versiegelt, können sie kein Wasser aufnehmen, was bei Starkre-
gen die Hochwassergefahr verschärft, und an heißen Tagen verstärkt Asphalt und
Beton die Hitze. Das verdeutlicht die VCÖ-Expertin Ulla Rasmussen.

Dem kann man sich nur anschließen. In Villach hat es ja sogar vor Kurzem Hoch-
wasser gegeben. Wir versiegeln aber immer weiter. Ich will nicht das, was Sascha
Jabali schon des Öfteren ausgeführt hat, wiederholen, aber es gibt dazu neue
Zahlen. Der VCÖ hat zum Beispiel eine Auflistung von Flächen gemacht, die ver-
siegelt sind. Da hat Kärnten mit Platz 3 einen Stockerlplatz erreicht. Für uns gibt
es also Bronze. 194 Quadratmeter pro Einwohner sind für den Verkehr gedacht,
und 190 Quadratmeter pro Einwohner sind als Baufläche gewidmet. Das Interes-
sante ist Folgendes: Was glaubt ihr, wer den letzten Platz belegt?

Stadtrat Sobe:

Wir!

Gemeinderat Kopeinig:

Nein, wir sind ja auf Platz 3. Wien ist an letzter Stelle. Da könnte man sich ja fast
ein Stück abschneiden. So lang wir kein Konzept dafür haben, wie wir uns mit
dem Grünland, das wir noch besitzen, im Katastrophenfall – also, im schlimmsten
aller Fälle – selbst ernähren könnten, so lang können wir auch keinem Antrag zu-
stimmen, der immer noch mehr und mehr Grünland in Bauland umwidmet. Des-
halb werde ich den folgenden Anträgen nicht meine Zustimmung geben.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Die Stadt Villach schließt auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Stadt Villach, Abteilung Vermessung und Geoinformation, vom 24.1.2019, Zl.: 2041-16, mit den nachfolgenden Vertragspartnern Vereinbarungen über die Zuschreibung und Abschreibung der angeführten Grundflächen ab:

Die Stadt Villach (Öffentliches Gut) kauft von	Trst.	aus Gst. Nr. KG	aus EZ GB	Fläche in m ²	Preis in EUR
Dr. ⁱⁿ Stefanie Aichholzer, geb. 1.6.1982, Schießbichlweg 5a/6, 9500 Villach – zu 1/2 Anteil Johann Aichholzer, geb. 30.9.1955, Schießbichlweg 5a/3, 9500 Villach – zu 1/2 Anteil	1	240/2 75434	651 75434	10	1.400
Erwin Aichholzer, geb. 10.9.1969, Schießbichlweg 9/1, 9500 Villach – zu 1/1 Anteil	2	242 75434	31 75434	100	14.000

Die in der obigen Tabelle angeführten Trennstücke werden dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gemäß § 19 lit. a) Kärntner Straßengesetz 1991 zur Gemeindestraße i.S.d. § 3 Abs. 1 Ziff. 4 leg. cit. erklärt.

Die Stadt Villach (Öffentliches Gut) verkauft an	Trst.	aus Gst. Nr. KG	aus EZ GB	Fläche in m ²	Preis in EUR
Erwin Aichholzer, geb. 10.9.1969, Schießbichlweg 9/1, 9500 Villach – zu 1/1 Anteil	3	1086 75434	75434	4	560

Das in der obigen Tabelle angeführte Trennstück wird gemäß § 19 lit. c) Kärntner Straßengesetz 1991 als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundfläche wird die Widmung als öffentliches Gut aufgehoben.“

Da die Grundtransaktionen mit Frau Dr.ⁱⁿ Stefanie Aichholzer, Herrn Johann Aichholzer und Herrn Erwin Aichholzer im Interesse der Stadt Villach erfolgen, werden alle im Zuge des gegenständlichen Rechtsgeschäftes anfallenden Steuern, Abgaben und Gebühren von der Stadt Villach getragen.

Die Abwicklung der Grundtransaktionen erfolgt auf den VAST. 5.6120.001000, 6.6120.001000, 5.6120.640000 und 5.6120.710000.

Pkt. 22.) Grundverkauf aus dem Privatgrund der Stadt Villach – Emailwerkstraße; meine Heimat Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Vermessung und Geoinformation vom 7.2.2019, Zl.: 2070-16.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):**

„Der beiliegende dritte Nachtrag, Zl.: GG4-50/27/13/Mag.Wu/Ko – Entwurf GG4, vom 6.2.2019 zum Kaufvertrag vom 11.6.2014, Zl.: GG4-50/27/13/Dr.Fu/Kof, abgeschlossen zwischen der meine Heimat Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (FN 114664z), Zeno-Goess-Straße 13a, 9500 Villach, und der Stadt Villach, wird genehmigt.“

Pkt. 23.) Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Widmannngasse; Edeltraud Druckeschitz

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Vermessung und Geoinformation vom 30.1.2019, Zl.: 2208-18.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Die Stadt Villach schließt auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Stadt Villach, Abteilung Vermessung und Geoinformation, vom 14.1.2019, Zl.: 2208-18, mit der nachfolgenden Vertragspartnerin eine Vereinbarung über die Abschreibung der angeführten Grundfläche ab:

Die Stadt Villach (Öffentliches Gut) übergibt an	Trst.	aus Gst. KG	aus EZ GB	Fläche in m ²
Edeltraud Druckeschitz, geb. 14.6.1946, Pöckau 212/1, 9601 Arnoldstein – zu 1/1 Anteil	1	1078/31 75454	2019 75454	18

Das in der obigen Tabelle angeführte Trennstück wird gemäß § 19 lit. c) Kärntner Straßengesetz 1991 als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundfläche wird die Widmung als öffentliches Gut aufgehoben.“

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 14.1.2019, Zl.: 10/23/12, LZ: 60/2012, RaK/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für die Gst. Nr. 806/1, 806/2, 807 und 1108/4 (teilweise), KG 75406 Bogenfeld, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 – K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 24/2016, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1 – Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Gst. Nr. 806/1, 806/2, 807 und 1108/4 (teilweise), KG 75406 Bogenfeld.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 10.894 m².

§ 2 – Änderung der Flächenwidmung

Die Gst. Nr. 806/1, 806/2, 807 und 1108/4 (teilweise), KG 75406 Bogenfeld, werden im Ausmaß von 9.712 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – GEWERBEGEBIET“ gemäß § 3 Abs. 7 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 60/2012 vom 27.7.2018 im Maßstab 1:1.000.

§ 3 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
14.1.2019, Zl.: 10/07/14, LZ: 10/2017, RaK/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit
der der Flächenwidmungsplan für das Gst. Nr. 207/1 (teilweise),
KG 75411 Federaun, geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 –
K-GplG 1995, LGBI. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBI. Nr. 24/2016, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1 – Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Gst. Nr. 207/1 (teilweise), KG 75411 Federaun.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 9.679 m².

§ 2 – Änderung der Flächenwidmung

Das Gst. Nr. 207/1 (teilweise), KG 75411 Federaun, wird im Ausmaß von 900 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – DORFGEBIET“ gemäß § 3 Abs. 4 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 10/2017 vom 8.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

§ 3 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 26.) Änderung des Flächenwidmungsplanes – Margeritenstraße; Max Kappus, Raiffeisenbank Arnoldstein

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 14.1.2019, Zl.: 10/10/16, LZ: 3a-3d/2017, RaK/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler; gegen den Antrag: 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für die Gst. Nr. 109/1, 109/2, 109/3, 109/4 und 111/12, KG 75432 Peral, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 – K-GplG 1995, LGBI. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBI. Nr. 24/2016, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1 – Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Gst. Nr. 109/1, 109/2, 109/3, 109/4 und 111/12, KG 75432 Peral.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 3.954 m².

§ 2 – Änderung der Flächenwidmung

1. Zahl 3a/2017:
Die Gst. Nr. 109/2 und 109/4 (beide teilweise), KG 75432 Peral, werden im Ausmaß von 3.362 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – WOHNGEBIET“ gemäß § 3 Abs. 5 GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 3a/2017 vom 16.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

2. Zahl 3b/2017:
Die Gst. Nr. 109/1 und 109/3, KG 75432 Peral, werden von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „GRÜNLAND – GARTEN“ gemäß § 5 Abs. 2 lit. c)

GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 3b/2017 vom 16.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

3. Zahl 3c/2017:

Die Gst. Nr. 109/2 und 109/4 (beide teilweise), KG 75432 Peraus, werden im Ausmaß von 116 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ gemäß § 6 GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 3c/2017 vom 16.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

4. Zahl 3d/2017:

Das Gst. Nr. 111/12, KG 75432 Peraus, wird von derzeit „BAULAND – WOHNGEBIET“ in „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ gemäß § 6 GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 3d/2017 vom 16.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

§ 3 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
14.1.2019, Zl.: 10/18/17, LZ: 12/2017, RaK/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit
der der Flächenwidmungsplan für das Gst. Nr. 299/1 (teilweise),
KG 75409 Drobollach, geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 –
K-GplG 1995, LGBI. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBI. Nr. 24/2016, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1 – Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Gst. Nr. 299/1 (teilweise), KG 75409 Drobollach.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 1.610 m².

§ 2 – Änderung der Flächenwidmung

Das Gst. Nr. 299/1 (teilweise), KG 75409 Drobollach, wird im Ausmaß von 555 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – DORFGEBIET“ gemäß § 3 Abs. 4 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl: 12/2017 vom 12.10.2018 im Maßstab 1:1.000.

§ 3 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 28.) Änderung des Flächenwidmungsplanes – Anton-Tuder-Straße;
Samedin und Elvedina Ceric

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
14.1.2019, Zl.: 10/19/17, LZ: 6/2018, RaK/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion):

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit
der der Flächenwidmungsplan für die Gst. Nr. 729/6 und 730/5 (beide teilweise), KG 75429 Maria Gail, geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 – K-GplG 1995, LGBI. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBI. Nr. 24/2016, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1 – Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Gst. Nr. 729/6 und 730/5 (beide teilweise), KG 75429 Maria Gail.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 891 m².

§ 2 – Änderung der Flächenwidmung

Die Gst. Nr. 729/6 und 730/5 (beide teilweise), KG 75429 Maria Gail, werden im Ausmaß von 171 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – DORFGEBIET“ gemäß § 3 Abs. 4 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 6/2018 vom 5.1.2018 im Maßstab 1:1.000.

§ 3 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 1 – Behördenverwaltung (Straßenrecht) vom 25.1.2019, Zl.: 1/Str-PAS-2/2019.

Gemeinderat Kopeinig:

Das ist ein sehr interessanter Antrag, der von uns die Zustimmung bekommt. Was mich an diesem Antrag sehr freut – und das möchte ich in Richtung der Ersteller lobend erwähnen –, ist, dass man Satellitenbilder als Beilage benutzt hat. Da kennt man sich gleich gut aus. Dafür möchte ich mich bedanken.

Bürgermeister Albel:

Die Bilder kommen aus dem GIS-System, wenn mich nicht alles täuscht. Dieses System ist übrigens eines, das öffentlich benutzt werden kann und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses – besonders von der Abteilung Vermessung – wunderbar bereitgestellt wird. Herzlichen Dank den Mitarbeitern!

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Nach erfolgter Befassung des Stadtpolizeikommandos Villach und der Abteilungen Stadt- und Verkehrsplanung und Tiefbau wurden folgende straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich erlassen:

Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich:

1/Str-V-142/2018 Viktor-Arneitz-Weg – Wohnstraße

Bürgermeister Albel:

Es liegen ein Antrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte, ein Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig, zwei Anträge der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte, sechs Anträge der ÖVP-Gemeinderäte, drei Anträge der FPÖ-Gemeinderäte, vier Anträge von Gemeinderat René Kopeinig und ein Antrag von Gemeinderat Richard Pfeiler vor.

Der Antrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte betrifft:

- Kulturbericht der Stadt Villach als Ergänzung zu allen bereits erfolgten Transparenzmaßnahmen

Der Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig betrifft:

- Alternative Antriebsmöglichkeiten/Treibstoffe für den Fuhrpark der Stadt Villach

Die Anträge der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäten betreffen:

- Reduzierung von Plastikmüll durch die Möglichkeit, Trinkwasserflaschen in Villacher Geschäften nachzufüllen
- Beschilderung des Draudadweges im Bereich von Villach

Die Anträge der ÖVP-Gemeinderäte betreffen:

- Gehweg Peraustraße – Ecke Hausergasse
- Prüfung aller Ampelanlagen auf eine mögliche Anbindung an den Landesverkehrsrechner
- Hausfassadenschilder
- Verpflichtende Berücksichtigung des Rechnungshofleitfadens „Management von öffentlichen Bauprojekten“ bei allen Projekten der Stadt Villach
- Verpflichtende Solar/Photovoltaik-Anlagen auf allen Neuerrichtungen und Generalsanierungen von Gebäuden der Baugenossenschaften
- Verkehrsspiegel, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen

Die Anträge der FPÖ-Gemeinderäte betreffen:

- Durchführung einer Informationsveranstaltung zum Thema „Blackout“
- Leicht zugängliche Hilfe für gewaltbedrohte Frauen
- Informationsveranstaltung für alle Gemeinderäte zum Thema „Stadtmarketing und Leerstandsmanagement“

Die Anträge von Gemeinderat René Kopeinig betreffen:

- Grundsatzbeschluss Villach autofrei
- Villach-Wagerl
- Villacher Werkzeugbibliothek
- Mit Pflanzen malen entlang der Draulände

Der Antrag von Gemeinderat Richard Pfeiler betrifft:

- Initiative zur Attraktivierung des öffentlichen Raumes „Innenstadt“: Versprochene Eisenbahnerskulptur noch heuer umsetzen!

Die Anträge werden der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Es liegen ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig, ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat Richard Pfeiler und ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte vor.

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte betrifft:

- Resolution an die Landesregierung: Umwandlung des Schulversuchs an der Volksschule 3, Villach-Lind „Bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ in einen „Bilingualen Schwerpunkt Deutsch/Italienisch“

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig betrifft:

- Resolution an das Amt der Kärntner Landesregierung mit Zuständigkeit für rechtliche und fachliche Angelegenheiten des Bienenwesens Landesrat Martin Gruber anlässlich „Schutz der Carnica-Biene“

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte betrifft:

- Resolution an das Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend – Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß anlässlich „Mehr Kosten für Familien – Einstellung der Förderung für schulische Nachmittagsbetreuung“

Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Heimwegtelefon

Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat Richard Pfeiler betrifft:

- Transparente Kulturpolitik muss auch inhaltliche Rechenschaft ablegen: ab 2019 legt Villach jährlich einen Kulturbericht vor

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Resolution an die Kärntner Landesregierung – Runter mit den Strompreisen in Kärnten

- Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
- a) Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte betreffend
Resolution an die Landesregierung: Umwandlung des Schulversuchs
an der Volksschule 3, Villach-Lind „Bilingualer Unterricht Deutsch/
Italienisch“ in einen „Bilingualen Schwerpunkt Deutsch/Italienisch“

Bürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte vom 8.3.2019 wie folgt:

Der Schulversuch „Bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ läuft seit September 2001 mit großem Erfolg an der Volksschule 3, Villach-Lind. Derzeit wird durchgängig von der ersten bis zur vierten Schulstufe jeweils eine Klasse mit vertieftem Sprachunterricht „Italienisch“ geführt.

Ziel dieses Schulversuchs ist das Erlernen einer zweiten Sprache ab der ersten Schulstufe für Kinder, die bilingual aufwachsen, Kinder mit Freude an sprachlicher Auseinandersetzung, gegenseitige Besuche und Unternehmungen mit unseren Partnerschulen, Teilnahme an verschiedenen Projekten und Sprachaufenthalte in Italien.

Von der ersten bis zur vierten Klasse wird Italienisch (nach schulautonom veränderter Stundentafel) im Sinne des Bilinguismus im Ausmaß von fünf Wochenstunden unterrichtet.

Bei den unterrichtenden Lehrkräften handelt es sich einerseits um die Klassenlehrerin, welche über eine hohe Sprachkompetenz und darüber hinaus über eine Lehramtsprüfung für Italienisch an Volksschulen verfügt, andererseits um einen Native Speaker mit Muttersprache Italienisch.

Die SchülerInnen werden in den Gegenständen Mathematik, Sachunterricht, Musikerziehung, Bildnerische Erziehung, Werken und Bewegung und Sport in beiden Sprachen unterrichtet, wobei der Unterricht in Form von Teamteaching durchgeführt wird. Beide Lehrkräfte sind in der Klasse anwesend und wechseln sich mit ihrem Anteil am Unterricht ab, so dass dieser mit unterschiedlicher Gewichtung (abhängig von Situation beziehungsweise Grad der Italienischkenntnisse) auf Deutsch und Italienisch abläuft.

Das erklärte Ziel dieser Unterrichtsform ist es, den SchülerInnen nicht nur Sprachkompetenz in zwei Sprachen (Deutsch/Italienisch) zu vermitteln, sondern sie gleichzeitig auch offen zu machen für die andere Kultur, das Leben in dem anderen Land, die Menschen, die dort leben. Etwaige Berührungsängste sollen abgebaut werden, und alle sollten sich ganz auf das zuerst noch „Fremde“ einlassen können. Die Kinder lernen vieles über das tägliche Leben, die Kultur, die Geografie des Landes.

So entspricht das dem Schulversuch zugrundeliegende Konzept dem europäischen Gedanken vom Abbau der Grenzen und dem freundschaftlichen Miteinander zweier Kulturen.

Nach dieser langen Zeit als sehr erfolgreicher Schulversuch soll dieses hervorragende Projekt vom „Schulversuch bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ in einen fixen „Bilingualen Unterricht Deutsch/Italienisch“ umgewandelt werden und somit die Volksschule 3, Villach-Lind zu einer „Bilingualen Schule“ werden.

Stadtrat Pober, BEd:

Es geht bei diesem Antrag um einen sehr erfolgreichen Schulversuch, der in der Volksschule Lind schon seit Jahren durchgeführt wird. Es geht um Italienisch. Die Kinder können sich zum Italienisch-Unterricht anmelden. Dieses Angebot wurde heuer noch nicht verlängert, wird aber sehr gern angenommen. Ich glaube, gerade im Alpen-Adria-Raum, in dem wir zusammenleben, sollte es eigentlich auch von unserer Seite aus selbstverständlich sein, dass man sich mit den Sprachen Slowenisch und Italienisch auseinandersetzt. Ich nehme immer wieder wahr, wenn ich nach Italien oder nach Slowenien fahre, dass fast jeder in der Gastronomie, aber auch in den Geschäften, die Sprachen der Nachbarländer kennt und sich darin ausdrücken kann. Deshalb ist das eine Chance, die wir unseren Kindern nicht nehmen sollten. Daher haben wir diese Resolution gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei verfasst, um diesen Unterricht, der zur Zeit als Schulversuch geführt wird, in einen Schwerpunkt umzuwandeln, damit die Kinder weiterhin Italienisch lernen können.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

Dazu möchte ich noch anfügen, dass wir derzeit mit dem Land zu diesem Thema in Kontakt stehen und verhandeln, damit der Schwerpunkt „Bilingual Deutsch/Italienisch“ an der Volksschule 3 in Lind im Herbst eingerichtet werden kann. Es haben sich bereits jetzt 22 Kinder dafür angemeldet. Was das Thema „Großinvestition Infineon“ betrifft, darf gesagt werden, dass wir am Standort Villach 174 Familien haben, die Italienisch als Muttersprache haben, sprich: italienischer Nationalität sind. Ich denke, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns bei diesem Thema wirklich so zu sagen ins Zeug legen und die vorliegende Resolution verabschieden.

Gemeinderat Kopeinig:

Ich möchte wiederholen, was ich schon oft gesagt habe: Wenn ein Dringlichkeitsantrag es nicht zumindest einen Tag vor der Gemeinderatssitzung zu uns schafft, kann ich bei der Abstimmung nur eine Stimmenthaltung anbieten, weil ich nicht weiß, was im Antrag steht. Ich will aber auch lobend erwähnen, dass die Vorgehensweise bei anderen Anträgen sehr wohl funktioniert hat. Dafür sage ich danke. Ich wollte nur, dass ihr wisst, warum ich bei den einzelnen Anträgen wie abstimme.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Ich halte Italienisch gerade für Villach auf Grund unserer geografischen Lage für eine sehr wichtige Sprache. Wie wir heute bereits von den Vorrednern gehört haben, nimmt das Italienische in Villach an Bedeutung zu – nicht zuletzt Dank der Firma Infineon, die viele italienische Arbeitskräfte beschäftigt. Insgesamt kommen die Infineon-Mitarbeiter übrigens aus 60 verschiedenen Nationen. Wir haben aber auch Gott sei Dank viele touristische Betriebe, deren Betreiber aus Italien stammen und die sich zu echten Villachern entwickelt haben. Es freut mich, dass wir mit dieser Resolution ein gemeinsames Zeichen setzen.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich habe den Inhalt dieses Antrags gerade das erste Mal gehört, und er macht für mich Sinn. Ich möchte diesem Antrag gern meine Zustimmung geben, weil ich weiß, dass bei Infineon auch irrsinnig viele italienische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind, die ihre Kinder in unseren Schulen haben. Dieser Antrag macht für mich auch wegen der Nähe zu Italien Sinn. Ich glaube, dass Italienisch einfach etwas Selbstverständliches ist.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

dem Antrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte betreffend Resolution an die Landesregierung: Umwandlung des Schulversuchs an der Volksschule 3, Villach-Lind „Bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ in einen „Bilingualen Schwerpunkt Deutsch/Italienisch“

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;
gegen den Antrag: 1 Stimme der ERDE-Fraktion – Stimmenthaltung),**

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der Schulversuch „Bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ läuft seit September 2001 mit großem Erfolg an der Volksschule 3, Villach-Lind. Derzeit wird durchgängig von der ersten bis zur vierten Schulstufe jeweils eine Klasse mit vertieftem Sprachunterricht „Italienisch“ geführt.

Ziel dieses Schulversuchs ist das Erlernen einer zweiten Sprache ab der ersten Schulstufe für Kinder, die bilingual aufwachsen, Kinder mit Freude an sprachlicher Auseinandersetzung, gegenseitige Besuche und Unternehmungen mit unseren Partnerschulen, Teilnahme an verschiedenen Projekten und Sprachaufenthalte in Italien.

Von der ersten bis zur vierten Klasse wird Italienisch (nach schulautonom veränderter Stundentafel) im Sinne des Bilinguismus im Ausmaß von fünf Wochenstunden unterrichtet.

Bei den unterrichtenden Lehrkräften handelt es sich einerseits um die Klassenlehrerin, welche über eine hohe Sprachkompetenz und darüber hinaus über eine Lehramtsprüfung für Italienisch an Volksschulen verfügt, andererseits um einen Native Speaker mit Muttersprache Italienisch.

Die SchülerInnen werden in den Gegenständen Mathematik, Sachunterricht, Musikerziehung, Bildnerische Erziehung, Werken und Bewegung und Sport in beiden Sprachen unterrichtet, wobei der Unterricht in Form von Teamteaching durchgeführt wird. Beide Lehrkräfte sind in der Klasse anwesend und wechseln sich mit ihrem Anteil am Unterricht ab, so dass dieser mit unterschiedlicher Gewichtung (abhängig von Situation beziehungsweise Grad der Italienischkenntnisse) auf Deutsch und Italienisch abläuft.

Das erklärte Ziel dieser Unterrichtsform ist es, den SchülerInnen nicht nur Sprachkompetenz in zwei Sprachen (Deutsch/Italienisch) zu vermitteln, sondern sie gleichzeitig auch offen zu machen für die andere Kultur, das Leben in dem anderen Land, die Menschen, die dort leben. Etwaige Berührungsängste sollen abgebaut werden, und alle sollten sich ganz auf das zuerst noch „Fremde“ einlassen können. Die Kinder lernen vieles über das tägliche Leben, die Kultur, die Geografie des Landes.

So entspricht das dem Schulversuch zugrundeliegende Konzept dem europäischen Gedanken vom Abbau der Grenzen und dem freundschaftlichen Miteinander zweier Kulturen.

Nach dieser langen Zeit als sehr erfolgreicher Schulversuch soll dieses hervorragende Projekt vom „Schulversuch bilingualer Unterricht Deutsch/Italienisch“ in einen fixen „Bilingualen Unterricht Deutsch/Italienisch“ umgewandelt werden und somit die Volksschule 3, Villach-Lind zu einer „Bilingualen Schule“ werden.

Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

- b) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat Richard Pfeiler betreffend Transparente Kulturpolitik muss auch inhaltliche Rechenschaft ablegen: ab 2019 legt Villach jährlich einen Kulturbericht vor

Bürgermeister Albel

verliert den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat Richard Pfeiler vom 8.3.2019 wie folgt:

In der Ausgabe der Kleinen Zeitung vom letzten Sonntag wird berichtet, dass die Stadt Spittal/Drau jüngst einen Kulturbericht vorgelegt hat, Klagenfurt demnächst einen auflegen will und dass es in den Städten Salzburg, Graz und Wien seit Jahren zur Selbstverständlichkeit gehört, solche Kulturberichte öffentlich zu machen.

Die Rechtfertigung der Stadt Villach, keinen Kulturbericht auflegen zu wollen, weil „sie sehe ihre Aufgabe in der Erstellung eines spannenden Kulturprogramms und nicht im Abarbeiten von Nachbetrachtungen“, und auch der Verweis auf den jährlichen Subventionsbericht hat zu einer regen und kritischen Diskussion unter Villacher Kulturengagierten geführt.

Unter anderem äußerten sich Kulturinteressierte auf facebook dazu so:

Iris R.: „Ein Kulturbericht sollte Standard für eine so große Stadt wie Villach sein. Genauso wie ein repräsentatives Kulturzentrum.“

Birgit K.: „Ich kann euch schon sagen, worin das Problem liegt: Der Budgetbericht der Stadt Villach ist, insbesondere, was die Ausgaben für ihr „eigenes“ Kulturprogramm betrifft, für eine(n) Außenstehende(n) ausgesprochen undurchsichtig. Wenn man das in einem Kulturbericht besser veranschaulichen würde, müsste jede(r) erkennen, dass es ein krasses Ungleichgewicht zwischen den finanziellen Mitteln für städtische Eigenveranstaltungen und jenen für freie Kulturinitiativen gibt. Das wiederum würde zutage fördern, dass Villach mit seinen Kulturveranstaltungen das kulturelle Angebot der heimischen Kulturinitiativen nicht ergänzt, sondern eine äußerst unfaire Konkurrenzsituation schafft. Es gibt in ganz Ö meines Wissens nach keine einzige Groß- oder Mittelstadt, die das in dieser Form betreibt. Dieser Zustand ist untragbar!“

Es geht also um die Möglichkeit, eine grundsätzliche kulturpolitische Diskussion führen zu können. Ein lebendiger demokratischer Diskurs über die Ausrichtung der Kulturpolitik verleiht dieser nicht nur Transparenz, sondern macht erst die gewünschte breite Partizipation der Menschen am Kulturgesehen der Stadt möglich. Dafür ist als Grundlage eine monetäre, aber vor allem auch inhaltliche Berichterstattung unabdingbar. Ein numerischer, inhaltsleerer Subventionsbericht mag zwar die bürokratischen Mindestanforderungen erfüllen, einen umfassenden Kulturbericht ersetzt er aber nicht.

Es stimmt also, was die Kritiker meinen, ein Kulturbericht ist demokratiepolitischer Standard. Daher wird folgender

Dringlichkeitsantrag

gestellt: Der zuständige Kulturreferent, Bürgermeister Günther Albel, wird beauftragt, Maßnahmen zu treffen, dass ab dem Jahr 2019 die Stadt Villach jährlich einen Kulturbericht in der Qualität wie jene von Salzburg und Graz der Öffentlichkeit vorlegt.

Gemeinderat Pfeiler:

Die Antragsteller, das sind Gemeinderäte der Österreichischen Volkspartei und meine Person, bringen diesen Antrag als dringlich ein, und zwar mit folgender Begründung: Transparente Kulturpolitik muss auch inhaltliche Rechenschaft ablegen. Ab 2019 soll die Stadt Villach – das Kulturreferat – jährlich einen Kulturbericht vorlegen.

Auslöser war ein Bericht in der Kleinen Zeitung vom letzten Sonntag. Es wurde berichtet, dass die Stadt Spittal jüngst einen Kulturbericht vorgelegt hat, Klagenfurt demnächst einen auflegen will und dass es in den Städten Salzburg, Graz und Wien seit Jahren zur Selbstverständlichkeit gehört, solche Kulturberichte öffentlich zu machen.

Die Rechtfertigung der Stadt Villach, die in dem besagten Artikel der Kleinen Zeitung enthalten war, keinen Kulturbericht auflegen zu wollen, denn sie sehe ihre Aufgabe in der Erstellung eines spannenden Kulturprogramms und nicht im Abarbeiten von Nachbetrachtungen – das ist ein Zitat –, und auch der Verweis auf den jährlichen Subventionsbericht hat zu einer regen und kritischen Diskussion unter Villacher Kulturengagierten geführt.

Wir haben in diesem Antrag auch einige Stimmen aus facebook, die dieses Thema sehr kritisch beurteilen, angeführt. Es geht schließlich um die Möglichkeit einer grundsätzlichen kulturpolitischen Diskussion, nämlich, eine solche führen zu können. Ein lebendiger demokratischer Diskurs über die Ausrichtung der Kulturpolitik verleiht dieser nicht nur Transparenz, sondern macht erst die gewünschte breite Partizipation der Menschen am Kulturgesehen der Stadt möglich. Dafür ist als Grundlage eine monetäre, aber vor allem auch inhaltliche Berichterstattung unabdingbar. Ein numerischer, inhaltsleerer Subventionsbericht mag zwar die bürokratischen Mindestanforderungen erfüllen, einen umfassenden Kulturbericht ersetzt er aber nicht.

Es stimmt daher, was Kritiker meinen: Ein Kulturbericht ist demokratiepolitischer Standard.

Daher wird folgender Dringlichkeitsantrag gestellt:

Der zuständige Kulturreferent, Bürgermeister Günther Albel, wird beauftragt, Maßnahmen zu treffen, dass ab dem Jahr 2019 die Stadt Villach jährlich einen Kulturbericht in der Qualität – nicht im Umfang, denn so groß ist ja unser Kulturleben nicht, wie in den großen Städten – wie jene von Salzburg und Graz der Öffentlichkeit vorlegt.

Ich möchte anmerken, dass ich 2012 vor meinem Ausscheiden als Kulturreferent dem damaligen Leiter der Kulturabteilung, Dr. Gröchenig, den Auftrag gegeben habe, an einem solchen Projekt zu arbeiten. Leider ist dieser Auftrag offensichtlich durch seinen Abgang verschüttgegangen. Ich glaube, dass es wirklich höchste Zeit ist, dass wir einen entsprechenden Kulturbericht vorgelegt bekommen, der dem Gemeinderat die Möglichkeit bietet, kulturpolitisch zu diskutieren und die Kulturpolitik der Stadt auch inhaltlich mitzubestimmen.

In diesem Sinne ersuche ich darum, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und gleichzeitig auch inhaltlich die Zustimmung zu geben.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Mein Vorredner hat schon ein bisschen etwas vorweggenommen. Über Kunst und Kultur kann man vortrefflich streiten, denn da hat jeder einen anderen Geschmack. Darüber werden wir hier sicher sehr interessante Diskussionen führen. Ich halte den Vorschlag, einen Kulturbericht oder Subventionsbericht zu erstellen, für richtig. Klagenfurt ist diesen Weg schon gegangen. Wir haben nichts zu verstecken. Es soll alles offen und transparent sein. Das liegt in unser aller Interesse.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Ich halte diese Forderung aus mehrerlei Gründen für notwendig und sinnvoll. Einerseits unterstreicht er, dass die Arbeit der Kulturschaffenden und die Menschen, die dafür Interesse haben, eine breitere Akzeptanz durch die Partizipationsmöglichkeit durch den Gemeinderat, aber vor allem durch das Lesen und Publizieren für die Öffentlichkeit darstellen. Es ist für uns auch ein erster Schritt dazu, eine Strategie im Bereich unserer Kulturpolitik und der Rahmenbedingungen dafür zu entwickeln, wie wir Kultur hier in Villach in Zukunft ermöglichen wollen.

Wir blicken immerhin auf eine stolze Geschichte mit vielen verschiedenen Initiativen, und vor allem Persönlichkeiten, die diese mit Leben erfüllt haben, zurück, und dieser Bericht kann und wird – davon bin ich überzeugt – auch eine Grundlage dafür sein, unsere strategische Ausrichtung weiterentwickeln zu können.

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir uns auch damit beschäftigen, dass die Stadt Villach gemeinsam mit Klagenfurt als der Pol in Kärnten in Zukunft weiterwachsen wird. Ich war gerade vor Kurzem im Gespräch mit Markus Bliem von der Kärntner Landesregierung, der dort für die demografische Entwicklung und vor allem für die Auswertung, die Schlüsse und die Konsequenzen für die Politik zuständig ist, der darauf hingewiesen hat, wie Villach und sein Umfeld in Zukunft wachsen werden.

Nicht nur – aber auch – durch den Internationalisierungsschub durch Infineon würde ich es als sinnvoll erachten, diesen Kulturbericht zumindest in Auszügen dann in die englische Sprache zu übersetzen und auch als Teil des Standortmarketings zu verstehen, denn, wenn du dich entscheidest, ob du an einem Standort dein Leben verbringen möchtest – mit oder ohne Familie –, informierst du dich als gut ausgebildeter und in vielen Fällen junger Mensch natürlich auch über die kulturelle Vielfalt. Daher könnte gerade ein solcher Kulturbericht ein Anstoß sein, um die Kulturszene in Villach weiter zu befeuern und für weitere Attraktivität internationaler Natur zu sorgen.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Subventionen sind Steuermittel und sollen offengelegt werden. Das passiert auch durch den Subventionsbericht. Jeder hat aber nicht einen Zugang zum Internet und kann sich diesen abrufen. Ich denke, dass es wichtig ist, dass man überhaupt einmal über Kultur spricht. Der Kulturbericht – das hat einer meiner Vorredner bereits erwähnt – ist eigentlich Standard in Städten. Sogar Spittal an der Drau erstellt einen, ganz abgesehen von den großen Städten. Ich bin sehr froh darüber, dass sich Villach auch endlich dazu entschließt, einen Kulturbericht zu verfassen, den man dann aus dem Internet herunterladen kann.

Es geht aber auch darum, über die Subventionen hinaus zu sehen, in welche Richtung die Kulturpolitik geht, was man vorhat und welche Schwerpunkte gesetzt werden. Ich erwarte mir schon auch, dass die Strategie in der Kulturpolitik irgendwie erkennbar ist und wird. Das ist für mich bei einem Kulturbericht unabdingbar.

Ich stimme diesem Antrag nicht zu. Vom Inhalt bin ich voll überzeugt, und als ich das auf facebook gelesen habe, habe ich mich auch gleich zu Wort gemeldet und geschrieben, dass ich sofort einen entsprechenden Antrag einbringen werde. Ich bin dem nachgekommen und haben diesen Antrag soeben abgegeben. Wie wir gehört haben, haben sich diesem auch die SPÖ und die FPÖ angeschlossen. Daher werde ich dem gegenständlichen Antrag nicht meine Zustimmung geben.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Wutti, Bakk.^a:

Ich möchte diesen Antrag nicht werten. Ich möchte aber etwas dazu sagen: Ich bin Vorsitzende des Kulturausschusses. Ich bin bei zahlreichen Veranstaltungen in Villach präsent – seien es Veranstaltungen aus dem Kultur-Abo, Vernissagen, Preisverleihungen, Lesungen und so weiter. Ich muss sagen, dass mir, wenn ich in die Runde blicke, sehr viele Gesichter aus dem Gemeinderat sehr oft bei diesen Veranstaltungen abgehen. Herr Gemeinderat Pfeiler, wenn Sie öfter in Kärnten, speziell in Villach, wären und nicht in der Steiermark und ein paar Veranstaltungen besuchen würden, würden Sie vielleicht auch mitbekommen, was bei uns im Kulturbereich passiert. Wenn Sie das nicht können, sehen Sie sich bitte den Subventionsbericht an! Er ist online abrufbar.

Gemeinderat Pfeiler:

Liebe Frau Kollegin, das war eine brave Pflichtwortmeldung. Gut gemacht! Da bekommt man wahrscheinlich ein Plus dafür. Vielleicht haben Sie aber nicht richtig erkannt, dass ich nicht die Kulturpolitik und die Kulturveranstaltungen kritisiert

habe, sondern ich habe die Forderung beziehungsweise den Wunsch der Bevölkerung aufgenommen, dass die Stadt einen Kulturbericht auflegen soll, über welchen man diskutieren kann. Das ist ein kleiner Unterschied.

Diese Untergriffe mit der Steiermark bin ich bereits gewöhnt. Wenn man nicht mehr weiter weiß, kommt man eben mit Wadlbeißereien. Das halte ich aus, das könnt ihr noch 100 Mal sagen. Trotzdem glaube ich, dass ich oft, obwohl ich hin und wieder weg bin, den Menschen in der Stadt näher bin, als so mancher, der immer da ist.

Zur Dringlichkeit dieses Antrags: Kollegin Schautzer hat gesagt, dass sie zwar inhaltlich für diesen Antrag ist, aber nicht zustimmen wird, weil sie einen anderen gemeinsam mit der SPÖ eingebracht hat. Die SPÖ hat in der Kleinen Zeitung noch gesagt, dass Villach diesen Kulturbericht nicht braucht. Es besteht übrigens ein Unterschied zwischen einem Subventions- und einem Kulturbericht. In einem Subventionsbericht – vollkommen richtig – ist es vorgeschrieben, die Subventionen zeitlich aufzulisten, aber ohne Inhalte und ohne Angabe, wofür sie im Detail verwendet wurden. Ein Kulturbericht sagt hingegen viel mehr aus.

Wir sind alle der Meinung, dass der Kulturbericht aufgelegt werden soll. Irgendwann wird dieser Antrag wieder auftauchen, nachdem er jetzt der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugehen wird. Das heißt, dass wir ihn Mitte oder Ende dieses Jahres wiedersehen werden. Dann ist das Jahr 2019 aber bereits mehr als zur Hälfte vorbei. Daher glaube ich, dass dieses Thema schon eine gewisse Dringlichkeit hat. Es gibt ja keinen Grund, den Antrag auf die lange Bank zu schieben. Wir wissen ja, was wir wollen.

Kulturberichte gibt es vom System her österreichweit Hunderte, die man als Vorlage hernehmen kann. Man muss den Bericht natürlich schon mit den eigenen Daten befüllen, aber für die Struktur solcher Kulturberichte braucht man nur ins Internet sehen. Es gibt also keinen Grund, diesen Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen. Das dauert dann wieder Monate, weil vorberaten werden muss und so weiter. Man könnte vielmehr heute sagen, dass man der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmt. Das wird aber wahrscheinlich nicht passieren. Die Dringlichkeit wird dieser Antrag wohl nicht bekommen. Das tut mir sehr leid.

Ich werde aber dem anderen Antrag trotzdem zustimmen, weil er ja ziemlich gleichlautend ist. Ich würde vorschlagen, dass wir ihm die Dringlichkeit geben. Dann geht es schnell. Wenn man sich dafür entscheidet, langsamer zu arbeiten, soll es mir aber auch recht sein. Mir tut es nur um die Zeit leid. Das wäre meine Wortmeldung dazu.

Bürgermeister Albel:

Die Wortmeldung, Herr Gemeinderat Pfeiler, die Sie an Frau Wutti gerichtet haben, mit dem Inhalt, dass Sie Ihre Wortmeldung brav gemacht hat, braucht sie, glaube ich, nicht. Sie ist als Vorsitzende des Kulturausschusses sehr versiert und vor allem wirklich informiert, was die Veranstaltungen betrifft – im Gegensatz zu

Ihnen, denn ich habe Sie, ganz ehrlich nie mehr bei einer Kulturveranstaltung gesehen – nur, damit alle wissen, was Sie hier machen: Einer jungen Gemeinderätin schreiben Sie schulterklopfend ins Stammbuch: Liebe Dame, brav gemacht, war nicht schlecht! So kann man vielleicht dort miteinander umgehen, wo Sie sich so zu sagen oft aufhalten, aber hier im Gemeinderat hat jeder das Recht, seine Wortmeldung abzugeben. Es braucht niemand ein Schulterklopfen von Ihnen – das sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben.

Zweitens kann ich Sie schon in einer Richtung verstehen, in einer anderen jedoch nicht. Mir ist gerade Ihr facebook-Posting vorgelegt worden. Ich habe das noch nicht gesehen gehabt. Sie schreiben darin, dass Sie die Installierung eines Kulturberichtes in Ihrer Zeit als Kulturreferent vorgehabt haben. Sie haben aber zu Ihrer Zeit nicht einmal einen Subventionsbericht vorgehabt. Ich kann mich noch an die Diskussionen erinnern, in welchen es darum gegangen ist, einen Subventionsbericht zu erstellen. Eingebracht hat diesen seit 2015 aber ein anderer Beauftragter für die Kultur.

Gemeinderat Pfeiler in einem Zwischenruf:

Ich möchte eine tatsächliche Berichtigung anbringen.

Bürgermeister Albel:

Herr Pfeiler, Sie können dann reden, was Sie wollen. Jetzt lassen Sie mich aber ausreden! Damit wir also d'accord sind: Sie haben nicht ermöglicht, dass der Subventionsbericht öffentlich zugänglich und transparent ist. Das waren andere Personen, die das vollkommen zurecht in die Wege geleitet haben. Ich darf Ihnen auch sagen, dass Sie keine Angst haben brauchen, was den Kulturbericht betrifft. Sie können sicher sein, dass der Antrag der GRÜNEN und der FPÖ, glaube ich, bereits im Jahr 2019 umgesetzt sein wird, und zwar für das Jahr 2018. Ich würde mich freuen, wenn Sie dann über diesen Bericht diskutieren würden, denn: Worum geht es denn? Ein Kulturbericht ist eine Nachlese der Veranstaltungen, die in der Stadt durchgeführt worden sind. Viel mehr haben wir aber davon, wenn noch mehr Menschen an den Kulturveranstaltungen teilnehmen, nicht nur nachlesen. Das würde mich wirklich freuen.

Gemeinderat Pfeiler in einer Berichtigung von Tatsachen:

Es ist zwar fast lächerlich, aber ich möchte darauf hinweisen, dass ich zu meiner Zeit als Kulturreferent sehr wohl Subventionsberichte unterschrieben habe, weil sie damals bereits Standard waren, und zwar schon seit langer Zeit. Wie gesagt: Dabei geht es um Subventionsberichte, also darum, wer wieviel Geld bekommt – ohne inhaltliche Angaben. Ich bitte darum, solche Unwahrheiten zu unterlassen. Sie werden zig Unterschriften von mir auf Subventionsberichten der Stadt Villach finden, was die Kultur betrifft. Ich bitte darum, mit solchen Behauptungen vorsichtig umzugehen.

Zweitens habe ich heute hier niemanden persönlich angegriffen. Die Kollegin hat mich zuerst attackiert. Ich habe nur von einem Kulturbericht gesprochen. Wenn hier also jemand jemanden ungerechtfertigt behandelt hat, dann war das nicht ich. Ich habe nicht gesagt, dass irgendjemand schuld ist, dass wir keinen Kulturbericht

haben, sondern ich habe nur festgestellt, dass es höchst an der Zeit wäre, einen zu erstellen – sonst nichts. Es hat keinen Grund gegeben, persönlich zu werden. Darauf habe ich persönlich geantwortet.

Bürgermeister Albel:

Zufrieden ist Frau Wutti jetzt wahrscheinlich nicht. Das macht aber nichts. Ich darf schon sagen, dass das, was Herr Pfeiler mit „Subventionsbericht“ meint, war, dass dieser Bericht eine Woche zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist. Das hat mit Transparenz überhaupt nichts zu tun. Deshalb haben wir das ja geändert. Seien wir doch ehrlich! Natürlich haben Sie den Subventionsbericht unterschrieben.

Gemeinderat Pfeiler in einem Zwischenruf:

Sie haben gesagt, dass der Subventionsbericht nicht veröffentlicht wurde.

Bürgermeister Albel:

Lieber Herr Pfeiler, den Schritt, den Subventionsbericht öffentlich aufzulegen, haben wir gesetzt. Wenn es um Transparenz geht, waren Sie also bitte nicht federführend, sondern jene Gemeinderäte, die jetzt im Gemeinderat vertreten sind.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3-Mehrheit notwendig)

(für den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;

gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion),

dem Antrag der ÖVP-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat Richard Pfeiler betreffend Transparente Kulturpolitik muss auch inhaltliche Rechenschaft ablegen: ab 2019 legt Villach jährlich einen Kulturbericht vor

die Dringlichkeit **nicht** zuzuerkennen.

Der Antrag wird der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

- c) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig betreffend Resolution an das Amt der Kärntner Landesregierung mit Zuständigkeit für rechtliche und fachliche Angelegenheiten des Bienenwesens Landesrat Martin Gruber anlässlich „Schutz der Carnica-Biene“

Bürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig wie folgt:

Laut Kärntner Bienenwirtschaftsgesetz, Abschnitt IV, § 11, ist auf dem gesamten Landesgebiet die Haltung, Wanderung und Zucht anderer Bienen als der „Carnica“ durch die Landesregierung bewilligungspflichtig. Somit ist eigentlich das gesamte Bundesland eine Schutzzone.

Eine aktuelle Diskussion dreht sich um einen Gesetzesänderungsantrag, welcher durch die Berufsimker initiiert worden ist und der innerhalb des Bundeslandes die Einrichtung von Freizonen für die Haltung anderer Bienenrassen, konkret der „Buckfast“-Biene, zulassen soll. Der Name leitet sich von einem englischen Züchter im Kloster Buckfast (England) ab.

Das Problem der Freizonen besteht darin, dass eine Vermischung der Rassen wahrscheinlich ist und dass die Kreuzungen aggressiv sein können. Seitens der Kleinimker wird daher jedenfalls die Ausweisung von Freizonen abgelehnt. Der Artenschutz der heimischen „Carnica“-Biene muss dringend verankert bleiben und verstärkt werden, und es darf nicht aus Profitgründen eine ganze Rasse bedroht werden.

Die „Buckfast“-Biene bietet angeblich mehr Ertrag (was umstritten ist) und soll auch besonders friedlich sein. Die „Buckfast“-Biene ist allerdings eine Hybrid-Biene und kann nicht durch die Imker selbst nachgezüchtet werden. Die Kosten für eine „Buckfast“-Königin liegen derzeit bei EUR 85,00 im Vergleich zu EUR 45,00 einer „Carnica“. „Buckfast“-Drohnen bestäuben im weiten Umkreis fremde „Carnica“-Königinnen. So werden die „Carnica“-Völker langsam ausgelöscht.

Die Stadt Villach wird jedenfalls mit der zuständigen Referentin, Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Petra Oberrauner, einen Runden Tisch mit allen Betroffenen initiieren, damit ein Aktionsplan/Masterplan erarbeitet werden kann. Dieser Aktions- und Maßnahmenplan soll in weiterer Folge dann auch beim Gesetzgeber eingebracht und verhandelt werden.

Basierend auf den vorangegangenen Ausführungen wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Villach richtet an das Amt der Kärntner Landesregierung – Landesrat Martin Gruber – folgende

Resolution:

Der zuständige Landesrat für rechtliche und fachliche Angelegenheiten des Bienenwesens, Landesrat Martin Gruber, wird dringend ersucht, dafür Sorge zu tragen:

- keine Ausweisung von Freizonen für andere Bienenrassen als die „Carnica“-Biene. Bienenngesundheit geht vor Profitmaximierung;
- Erarbeitung und Erstellung eines Maßnahmenplans zum Schutz der „Carnica“-Biene unter Berücksichtigung der Interessen der Kleinimker, aber auch der Berufsimker, um eine breite Akzeptanz zu erreichen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Ich glaube, es ist allgemein bekannt, dass sich Villach als bislang einzige Stadt intensiv für den Erhalt der Bienen, die bei uns vorkommen, einsetzt. Wir haben im Jahr 2015 einen Bienenlehrpfad in vier Sprachen mit allen Informationen über Bienen für die Jugendlichen und Schüler errichtet, um die Biene, die bei uns heimisch ist, doppelt zu schützen. Erstens wollen wir ihr Nahrung geben. Dafür haben wir unsere berühmten Blumenwiesen angelegt, die in der Stadt sehr geschätzt werden. Zweitens sind wir eine Kooperation mit dem Naturpark und mit den Imkern eingegangen. Es gibt auch Naturparkpartner, die Imker sind. Wir haben dieses Thema wirklich sorgfältig und detailliert aufgearbeitet.

Es gibt jetzt die Diskussion um die „Buckfast“-Bienen, die aus England stammen. Das sind Hybrid-Bienen, die künstlich erzeugt werden und nicht mehr nachzuchtbar sind. Das heißt, wenn man diese Biene irgendwo einsetzt und freie Zonen dafür zur Verfügung stellt – bis jetzt steht ja die „Carnica“-Biene unter Artenschutz, wie überhaupt das gesamte Gebiet als schützenswerte Zone eingestuft ist –, ist es sicher, dass man nicht mehr kontrollieren kann – in Klagenfurt und im Rosental ist das nämlich passiert –, wohin die Drohnen fliegen und welche Bienen sie bestäuben. Das macht es den Imkern unmöglich, ihre eigenen Königinnen zu züchten. Damit ist die „Carnica“-Biene, die bei uns heimisch ist, früher oder später vom Aussterben bedroht.

Die Argumente, dass diese Hybrid-Biene mehr Ertrag bringt und überall einsetzbar ist, stimmen zwar, aber sie vernichtet alle Kleinimker und auch die bei uns heimische Art auf Dauer gesehen. Nachdem die Bienen ja mehr Aufgaben haben, als nur Honig zu produzieren, nämlich, unser Obst zu sichern sowie den Erhalt von Nahrungsmitteln, ersuche ich dringend darum, diese Schutzzone nicht zu öffnen und in eine Freizone umzuwandeln.

Unser Dringlichkeitsantrag, der ja von mehreren Parteien gemeinsam eingebracht wurde, richtet sich an den zuständigen Landesrat für diese Angelegenheit. Dabei geht es um zwei Dinge: keine Ausweisung von Freizonen für andere Bienenrassen als die „Carnica“-Biene, denn Bienengesundheit geht vor Profitmaximierung, und die Erarbeitung und Erstellung eines Maßnahmenplans zum Schutz der „Carnica“-Biene unter Berücksichtigung der Interessen der Kleinimker, aber auch der Berufsimker, um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Ein entsprechender Runder Tisch wird von mir in naher Zukunft einberufen werden. Ich ersuche wirklich darum, dass wir unseren Weg, auf den Artenschutz achten, weitergehen, entsprechend Maßnahmen ergreifen und uns diesen Hybrid-Bienen entgegenstellen.

Stadtrat Pober, BEd:

Auch wenn wir nicht Antragsteller sind, werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Ich möchte nur kurz Folgendes erwähnen: Das Thema „Carnica“-Biene beschäftigt ja bereits eine Zeit lang die Medien, und zwar schon seit Monaten. Landesrat Gruber hat mit den Imkervereinen – den Kleinimkern, aber auch den Berufsimkern – regelmäßige Treffen gehabt. Dort wurde dieses Thema diskutiert, bis Landesrat Gruber am 22.2.2019 ein Machtwort gesprochen und mitgeteilt hat, dass es zu keinen Freizonen kommen wird. Dieser Teil des gegenständlichen Antrags, den wir wie gesagt mitunterstützen, ist also quasi bereits erledigt.

Zum zweiten Teil, nämlich, dass man einen Masterplan zum Schutz der „Carnica“-Biene erstellt, muss gesagt werden, dass jedes Jahr ein neuer Plan aufgelegt wird, der mit den Imkerinnen und Imkern gemeinsam erarbeitet wird. Dieser Plan wird jedes Jahr neu adaptiert. Ich kann Ihnen versichern, dass Landesrat Gruber immer auf der Seite der „Carnica“-Biene stehen und immer zu ihrem Schutz der „Carnica“-Biene beitragen wird.

Stadtrat Baumann:

Der Streit über die Bienen beziehungsweise darüber, ob wir die „Carnica“-Biene oder die normale Biene haben wollen, gibt es nicht nur im Land Kärnten. Auch im Stadtsenat gibt es oft den Streit darüber, wer der Bienenreferent ist: Frau Vizebürgermeisterin oder doch der Umweltreferent, Stadtrat Baumann, der für diese Thematik eigentlich zuständig ist. Natürlich haben wir gesagt, dass wir diesen Antrag unterstützen werden, indem wir unser Logo auf den Antrag gegeben haben. Selbstverständlich werden wir auch für den Antrag stimmen.

Ich bin schon länger in regem Kontakt mit vielen Imkern in Villach, wobei wir schon darauf geachtet haben, dass wir in diesem Bereich alles so regeln, wie es sich gehört, damit eben der Schutz der „Carnica“-Biene vorangetrieben wird. Natürlich wird eine Biene aber, auch, wenn man diese Tafeln entlang des Bienenlehrpfades, der von der Referentin Oberrauner beziehungsweise eigentlich vom Stadtgarten angelegt wurde, die viersprachigen Tafeln nicht lesen können. Dementsprechend möchte ich betonen, dass wir nur gemeinsam versuchen können, auch in Villach Freiflächen für die Bienen zu schaffen und den Imkern den Rücken zu stärken.

Gemeinderat Kopeinig:

Wir werden diesen Antrag natürlich auch unterstützen, vor allem – wie Petra bereits gesagt hat –, weil dieses Thema auch uns ein großes Anliegen ist. Zum Thema „Hybride“, also, dass man diese Biene nicht mehr weiterzüchten kann, die eigene Rasse beeinträchtigt wird und man diese Bienen von Firmen, die sie extra züchten, holt, habe ich die gleiche klare Linie, wie beim Saatgut, wo genau das gleich passiert, und zwar mit den F1-Hybriden. Ich weiß nicht, ob es bei den Bienen ähnlich ist. Beim Saatgut passiert es jedenfalls so, dass es, wenn man sich genau ansieht, wie man diese F1-Hybride macht, ziemlich eklig ist – Inzucht pur. Wenn das bei den Bienen auch so ist, bin ich noch mehr dagegen. Das Argument betreffend mehr Ertrag ist für mich überhaupt nicht stichhaltig. Beim F1-Saatgut ist es übrigens ganz gleich. In diesem Zusammenhang möchte ich gleich schamlos Eigenwerbung betreiben: Nächsten Freitag gibt es wieder ein Saatgutfest, auf dem man nur sortenreines Saatgut bekommt. Abschließend kann ich nur allen empfehlen, diesem Antrag für den Erhalt „Carnica“-Biene die Zustimmung zu geben.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Oberrauner:

Ich möchte nur noch kurz erwähnen, dass wir bereits 16.740 Quadratmeter für die Bienen zur Verfügung stellen. Herrn Baumann, eigentlich haben wir uns ja darauf geeinigt, dass Sie die Hornissen nehmen und ich die Bienen. Ob die Bienen die Tafeln entlang des Bienenlehrpfades lesen können, ist übrigens nicht so wichtig, sondern die Tatsache, dass die Imker wissen, welche Bienen sie kaufen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3-Mehrheit notwendig)

**(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion;
gegen den Antrag: GR Pfeiler),**

dem Antrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE -Gemeinderäte gemeinsam mit Gemeinderat René Kopeinig betreffend Resolution an das Amt der Kärntner Landesregierung mit Zuständigkeit für rechtliche und fachliche Angelegenheiten des Bienenwesens Landesrat Martin Gruber anlässlich „Schutz der Carnica-Biene“

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Resolution:

Der zuständige Landesrat für rechtliche und fachliche Angelegenheiten des Bienenwesens, Landesrat Martin Gruber, wird dringend ersucht, dafür Sorge zu tragen:

- keine Ausweisung von Freizonen für andere Bienenrassen als die „Carnica“-Biene. Bienengesundheit geht vor Profitmaximierung;
- Erarbeitung und Erstellung eines Maßnahmenplans zum Schutz der „Carnica“-Biene unter Berücksichtigung der Interessen der Kleinimker, aber auch der Berufsimker, um eine breite Akzeptanz zu erreichen.

Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

- d) Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte betreffend Resolution an das Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend – Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß anlässlich „Mehr Kosten für Familien – Einstellung der Förderung für schulische Nachmittagsbetreuung“

Bürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte wie folgt:

Auf der Homepage des Bundeskanzleramtes findet man in der Rubrik des Bundesministeriums für Frauen, Familien und Jugend die Unterteilung „Familien“. Ein Auszug daraus:

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, eine der wichtigsten Herausforderungen für die österreichische Familienpolitik. Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Balance zwischen Familie und Beruf gut gelingen kann.“

Die Bundesregierung hat die Vereinbarung gemäß Artikel 15a, die noch bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 läuft, nicht verlängert. In der 15a-Vereinbarung ist unter anderem festgehalten, dass Schülern/innen, sowohl in der getrennten als auch in der verschränkten Form, eine qualitätsvolle Tagesbetreuung ermöglicht wird und diese gefördert ist, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Seitens des Bundes wurde ein neues Fördermodell ausgearbeitet und mit dem Bildungsinvestitionsgesetz, welches am 1.9.2017 in Kraft getreten ist, verabschiedet.

Das Bildungsinvestitionsgesetz sieht nun vor, dass alle bestehenden Gruppen keine Fördergelder des Bundes mehr erhalten. Gefördert werden lediglich neue Gruppen, die Umwandlung von bisher getrennt geführten Gruppen in verschränkt geführte Klassen oder die Umwandlung in Hortgruppen.

In Villach gibt es in acht Volksschulen, allen Neuen Mittelschulen, beiden Gymnasien und in sieben Horten eine qualitätsvolle Nachmittagsbetreuung. Auch in der Sonderschule wird eine ganztägige Betreuung angeboten.

Die Bundesförderung betrug zum Beginn der Vereinbarung im Schuljahr 2014/2015 8.000,00 Euro pro Gruppe und Jahr. Bis zum Schuljahr 2018/2019 wurde diese Förderung auf 9.000,00 Euro pro Gruppe und Schuljahr aufgestockt.

Durch das neue Bildungsinvestitionsgesetz, das allerdings nur mehr eine Förderung für neue, zusätzliche Gruppen vorsieht, fallen die Förderungen für bestehende Plätze und Gruppen weg.

Für Villach bedeutet das eine finanzielle Lücke von rund 300.000,00 Euro.

Die Tarifierpassung und Finanzierungslücke ginge zu Lasten der Eltern, die dann für einen Betreuungsplatz ohne Essen um 50,00 Euro pro Monat mehr bezahlen müssten.

Im Rahmen der Aufgabenorientierung war im FAG (Finanzausgleichsgesetz) für 2019 eine Lösung für die Schulfinanzierung vereinbart. Dieser Punkt wurde aus dem Finanzausgleich gestrichen. Die Gemeinden und Städte stehen vor immer größer werdenden Herausforderungen, diesen wird im Rahmen des FAG aber nicht ausreichend Rechnung getragen. Das bedeutet, nach der Anschubfinanzierung des Bundes erfolgt nun keine finanzielle Subventionierung mehr für Städte, Gemeinden und in weiterer Folge auch Eltern. Es fehlt somit Geld für den Ausbau des ganztägigen Angebotes und ein Konzept für die laufende Finanzierung.

Basierung auf den vorangegangenen Ausführungen wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beraten und beschließen,

1. diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen;
2. der Gemeinderat der Stadt Villach richtet an das Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend – Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß – folgende

Resolution:

Die Frauen- und Familienministerin Juliane Bogner-Strauß wird dringend ersucht:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll nicht verschlechtert werden.
- Die Förderung für bestehende Gruppen der schulischen Tagesbetreuung soll nicht gekürzt werden beziehungsweise auslaufen. Bestehende Gruppen sollen nicht benachteiligt werden.
- Die bestehende Förderung soll gesetzlich für alle Gruppen der schulischen Tagesbetreuung (alte und neue Gruppen) im Bildungsinvestitionsgesetz verankert sein/werden.
- Die immer mehr werdenden finanziellen Aufgaben, die an die Gemeinden und Städte delegiert werden, sollen im FAG dringend durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich Berücksichtigung finden, um qualitätsvolle ganztägige Angebote halten und schaffen zu können (Vereinbarkeit von Familie und Beruf).

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Sandriesser:

Wir haben heute bereits über dieses Thema diskutiert. Wie wir zu Beginn der Sitzung gehört haben, geht es dabei um eine wirklich sehr wichtige familienpolitische Maßnahme. Rückblickend kann man sagen, dass die 15a-Vereinbarung installiert worden ist, um Gruppen zu fördern, damit man eine Ganztagsform an den Schulen erreicht. Diese 15a-Vereinbarung läuft mit diesem Schuljahr, also mit Juli 2019, aus und wird für das kommende Schuljahr 2019/2020 für bestehende Nachmittagsgruppen nicht mehr zur Anwendung kommen. Das heißt: Neu installierte Gruppen kommen in den Genuss der Förderung, die alten nicht.

Das bedeutet für die Stadt Villach um 300.000,00 Euro weniger Förderung vom Bund. In Klagenfurt sind es 600.000,00 Euro, in Linz über eine Million Euro, und so setzt sich das über ganz Österreich fort. Für Kärnten bitte ich Sie wirklich darum, gemeinsam mit uns – der Villacher SPÖ und den Villacher GRÜNEN – diesen Weg zu gehen und die vorliegende Resolution zu unterstützen, denn das ist wirklich wichtig.

Ich darf den Beschlusstext verlesen: Die Förderung für bestehende Gruppen der schulischen Tagesbetreuung soll nicht gekürzt werden beziehungsweise auslaufen. Bestehende Gruppen sollen nicht benachteiligt werden. Die bestehende Förderung soll gesetzlich für alle Gruppen der schulischen Tagesbetreuung (alte und neue Gruppen) im Bildungsinvestitionsgesetz verankert sein/werden. Die immer mehr werdenden finanziellen Aufgaben, die an die Gemeinden und Städte delegiert werden, sollen im FAG dringend durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich Berücksichtigung finden, um qualitätsvolle ganztägige Angebote halten und schaffen zu können (Vereinbarkeit von Familie und Beruf).

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Was außer Streit steht, ist, dass es uns allen am Herzen liegt und eine sachliche, realitätsnahe Notwendigkeit besteht, die bestehenden Tagesbetreuungsformen zu erhalten und die Grundlage dafür zu schaffen, sie auch in Zukunft weiterführen zu können, oder – um es gleich auf die Formel zu bringen, wie es Frau Vizebürgermeisterin Gerda Sandriesser ausgeführt hat: Förderung für bestehende Gruppen und Förderung für neue Gruppen. Zur Zeit werden vom Bund Verhandlungen mit den Ländern über die Details geführt, weil es in dem bestehenden Gesetz, welches dieses Jahr ausläuft, auch zu Schwächen gekommen ist, deren Sanierung notwendig ist. Das Thema wird gesamtheitlich betrachtet, und das wird bereits gemacht.

Der gegenständliche Antrag der SPÖ – ich werte ihn jetzt positiv – bringt eine Sorge zum Ausdruck, und man möchte sich auf diesem Weg entsprechend artikulieren. Das ist auch in Ordnung. Ich vertrete aber die Auffassung, dass das nicht notwendig ist, weil alles bereits im Laufen ist.

Wesentlich dabei ist, dass wir in Bälde ein gutes Verhandlungsergebnis für den Bund, die Länder und vor allem für die Städte und somit eine gute Lösung erreichen werden. Soweit ich darüber informiert bin, ist man auf einem sehr guten

Weg. Dementsprechend empfehle ich, diesem Antrag nicht die Zustimmung zu erteilen und den Weg, der bisher eingeschlagen wurde, konsequent weiterzuverfolgen.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

In dieser Angelegenheit haben wir bereits einen gewaltigen Schritt gemacht, denn zuerst hat es noch geheißen, dass die Regierung die 15a-Vereinbarung aufgelöst hätte und die Förderung streichen würde. Nun ist richtigerweise korrigiert worden, dass die 15a-Vereinbarung jetzt ausläuft, und – wie mein Vorredner bereits gesagt hat – es laufen im Hintergrund die Verhandlungen bereits. Es wird daran gedacht, die Förderung auszuweiten und Punkte miteinzubeziehen, die vorher noch nicht beinhaltet waren. Nach aktuellem Plan wird zum Beispiel auch die Gruppenförderung wieder eingeführt. Das heißt, dass alles im Laufen ist. Es ist daher aus unserer Sicht keine Dringlichkeit gegeben.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich bin nicht beruhigt, denn heute habe ich im Internet Folgendes gefunden: Kneissl würgt Lernhilfeprojekt ab. Das betrifft Salzburg. Da hat die österreichische Lehrerinneninitiative gemeldet, dass es die Unterstützung von lernschwachen Kindern in Form von Lernhilfe durch ausgebildete Pädagoginnen an insgesamt 26 Pflichtschulen in Salzburg nicht mehr gibt. Bisher standen dafür 196 Wochenstunden zur Verfügung. Nachdem der Bund die Fördermittel gestrichen hat, bleiben nur mehr 77 Stunden übrig. Die Ministerin Karin Kneissl begründet das Ende der Bundesförderung für das Lernhilfeprojekt damit, dass auch Asyl suchende Kinder davon profitieren könnten. Wenn das stimmt, möchte ich haben, dass der gegenständliche Antrag auf jeden Fall die Dringlichkeit zuerkannt bekommt. Ich lasse mich erst dann beruhigen, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind und es für Villach nicht so ausgeht, wie für Salzburg.

Bürgermeister Albel:

Wir haben schon öfter gehört, dass alles gut ist, dass ohnehin verhandelt wird und dass alles passen wird. Das kann eine Haltung sein, aber es ist zum Beispiel nicht die Haltung der SPÖ, welche ich vertrete. Es geht immerhin um 300.000,00 Euro. Es geht nicht um nichts, sondern um einen riesigen Batzen Geld, der letztendlich von den Eltern zu tragen sein wird. Auch, wenn es stimmt, was Sie sagen, Herr Kollege Weidinger, muss ich sagen, dass die Eltern jetzt wirklich kräftige Unterstützung brauchen, weil man die Förderung, um die es jetzt geht, nun im Rahmen der Aufgabenorientierung in den Finanzausgleich aufnimmt, und dass plötzlich genau das, was man eigentlich mit der Regierung vereinbart hatte – und ich war selbst bei den Verhandlungen mit dem Städtebund dabei –, aus den Verhandlungen herausgenommen worden ist, bei welchen es um die Schulfinanzierung gegangen ist.

Das heißt, die Position abzuwarten, kann man zwar einnehmen, denn es ist eine, die man ohne Weiteres haben kann – aber nicht als Stadt, wenn einem die Eltern wichtig sind. Noch einmal: Es geht um 300.000,00 Euro.

Es ist gut, dass wir zeigen, dass wir uns nicht alles gefallen lassen. Es ist auch gut, dass wir zeigen, dass wir wirklich kämpfen. Daher meine ich doch, dass die Zuerkennung der Dringlichkeit zu diesem Antrag ganz wichtig ist. Es stimmt, dass es um das Schuljahr geht. Wissen Sie aber, wann das Schuljahr aus ist? Es ist mit Ende des ersten Halbjahrs aus, und davor haben wir genau noch eine einzige Gemeinderatssitzung. Im Übrigen darf ich Sie darüber informieren, dass dieser Antrag gestern auch in Klagenfurt eingebracht worden ist. Ich kann jetzt nicht sagen, ob er die Dringlichkeit zuerkannt bekommen hat oder nicht, aber eingebracht ist er worden. Es würde doppelte Stärke signalisieren, wenn Klagenfurt und wir in Villach gemeinsam zeigen, dass wir uns das nicht gefallen lassen und uns so zu sagen für die Eltern auf die Straße stellen. Das wäre ein sehr wichtiges Zeichen.

Ich darf Sie daher bitten, bei diesem Thema die Parteipolitik wegzulassen und zu zeigen, dass wir auf der Seite der Eltern stehen sowie der Dringlichkeit und dem Antrag zuzustimmen. Diese Resolution geht an die Regierung, damit sie ganz klar die Botschaft bekommt, dass es ein Problem gibt, um das man sich wirklich kümmern muss. Es kann nicht sein, dass man, wie bei vielen anderen Dingen, einfach die Eltern und die Kinder im Regen stehen lässt. Deshalb würde ich wirklich um die Zuerkennung der Dringlichkeit bitten.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Ich bitte darum, dass man die Kinder und die Eltern nicht parteipolitisch vereinbart, denn jetzt wird folgendes Bild gezeichnet: Wenn du für die Kinder bist, bist du für den Antrag, und wenn du nicht für den Antrag bist, dann bist du nicht für die Kinder – was ja nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe eher den Eindruck, dass es hier um einen Versuch der SPÖ geht, verschiedene Themen parteipolitisch zu besetzen, um dann eine gewisse Position einnehmen zu können, damit man Sachthemen hat, für die man sich beim Bund einsetzt. Das ist ja auch legitim und kein Problem, aber man sollte doch bitte die Kinder aus dem Spiel lassen und einfach kundtun, dass man dieses Thema politisch diskutieren will. Wir sind ja im Gemeinderat, um uns als politische Parteien für die Bevölkerung einzusetzen und Themen zu forcieren. Es hindert auch niemand Herrn Bürgermeister daran, einen Brief zu schreiben oder nach Wien zu fahren.

Das erwähnte Gespräch mit dem Städtebund kenne ich nicht, denn ich war nicht dabei. Ich glaube dir, Günther, dass es so ist, wie du gesagt hast. Nachdem ich aber den Gesamtzusammenhang nicht kenne und auch nicht, was dort genau gesprochen worden ist, kann ich mich nur auf meine Quellen verlassen, und diese haben mir gesagt, dass man dran ist, dass gesamtheitlich an dieser Thematik gearbeitet und diese Angelegenheit ernst genommen wird. Wenn wir diesen Stil weiter fortführen, können wir eigentlich in jeder Gemeinderatssitzung mindestens 10, 50 oder 70 Resolutionen verabschieden, die alle möglichen Themen beinhalten.

Ich glaube, dass es auch im Sinne dessen, wo dieses Thema am besten aufgehoben ist, so ist, dass wir diesem Resolutionsantrag nicht die Dringlichkeit geben sollten, weil dieses Problem und seine Lösung ja bereits als wichtig und notwendig erkannt wurden. In der Sache sind wir uns ja einig. Lassen wir also den Bund mit den Ländern und Städten verhandeln!

Bürgermeister Albel in einer Berichtigung von Tatsachen:

Es geht nicht um Parteipolitik. Diesen Vorwurf lasse ich mir genau bei diesem Antrag nicht machen. Herr Kollege Weidinger, Sie haben selbst ein Kind, und Sie werden es später auch in der Schule anmelden. Sie werden dann merken, dass Sie gewisse Fristen einzuhalten haben, und bei diesem Antrag geht es genau um eine Frist. Die Eltern müssen nämlich jetzt wissen, ob sie ihr Kind im nächsten Schuljahr für die Nachmittagsbetreuung anmelden können und was das kosten wird. Darum geht es, und das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern eigentlich mit einer Verfahrenserleichterung für die Eltern. Damit wollte ich nur den Vorwurf der Parteipolitik entkräften.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3-Mehrheit notwendig)

(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion;

gegen den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler),

dem Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderäte betreffend Resolution an das Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend – Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß anlässlich „Mehr Kosten für Familien – Einstellung der Förderung für schulische Nachmittagsbetreuung“

die Dringlichkeit **nicht** zuzuerkennen.

Der Antrag wird der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

- Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
- e) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Resolution an die Kärntner Landesregierung – Runter mit den Strompreisen in Kärnten

Bürgermeister Albel

verliert den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte vom 8.3.2019 wie folgt:

In Österreich ist der Strom nirgendwo so teuer wie in Kärnten. Konkret müssen selbst Kärntnerinnen und Kärntner, die wenig Strom verbrauchen, mit 7,62 Cent/kWh die höchsten Stromnetztarife in Österreich bezahlen. Während die Stromnetzkosten eines kleinen Haushalts¹ in Kärnten rund 270,00 Euro betragen, zahlt man in Vorarlberg für dieselbe Leistung nur rund die Hälfte (rund 140,00 Euro).

Gerade im Jahr 2019 steigen die Strompreise in Kärnten erneut, weil die Netztarife nochmals um rund zehn Prozent erhöht wurde, was in Summe allein in diesem Jahr Mehrkosten für die Kärntner von über 14 Millionen Euro bedeutet. Insgesamt sind die Stromnetzkosten in Kärnten seit 2014 um 20,9 Prozent (+27,1 Millionen Euro), in der Landeshauptstadt Klagenfurt sogar um 31,5 Prozent (+7,3 Millionen Euro) – Vergleich Graz: nur +3,7 Prozent – gestiegen. Im selben Zeitraum sind diese zum Beispiel im Bundesland Salzburg um 0,7 Prozent gesunken und in Tirol nur um 1,1 Prozent gestiegen. Selbst bei kleinen Kärntner Haushalten steigen heuer die Stromnetzgebühren nochmals um weitere 7 Prozent, während sie im topografisch vergleichbaren und flächenmäßig größeren Tirol, oder etwa auch in Vorarlberg, weiter sinken (Beilage ./1).

Laut Berechnungstool auf der Website der E-Control (www.e-control.at) zahlt zum Beispiel eine vierköpfige Familie in Kärnten auf Grund der hohen Stromnetzkosten in unserem Bundesland 369,00 Euro mehr für Strom im Jahr, als eine Familie in Bregenz, und 210,00 Euro mehr als eine Innsbrucker Familie². Diese Kosten sind fix, daher hilft hier auch ein etwaiger Wechsel des Stromanbieters nichts.

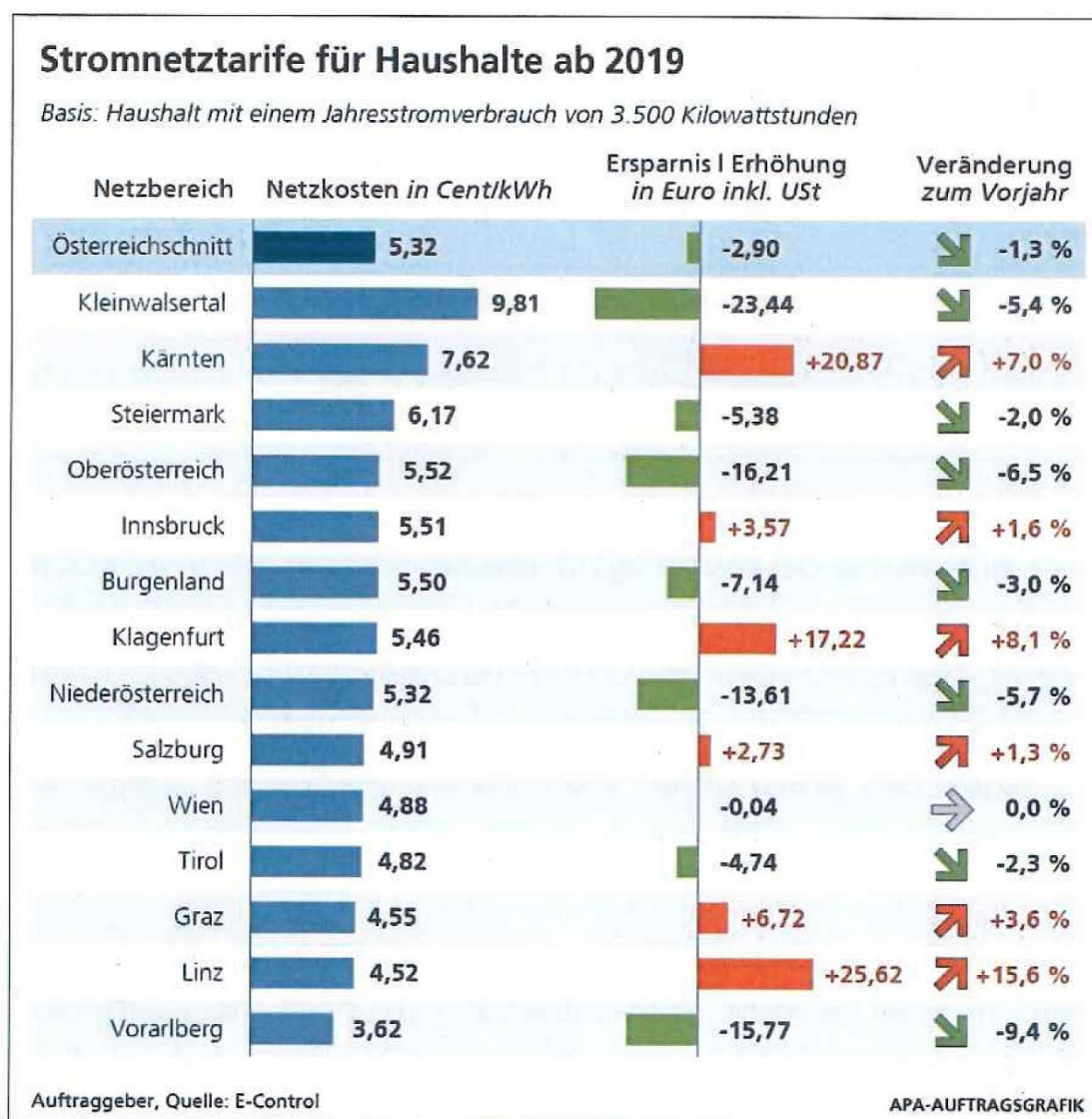
Während die Stromnetzkosten in Österreich im Jahr 2019 wiederholt sinken, zum Beispiel in Vorarlberg (-9,4 Prozent), Tirol (-2,3 Prozent) und der Steiermark (-2 Prozent), steigen diese bei uns in Kärnten unverständlicher Weise noch weiter an (+7 bis +10 Prozent).

Da das Land Kärnten Mehrheitseigentümer der Kärntner Energieholding ist und die SPÖ-geführte Kärntner Landesregierung auch den Chef des Aufsichtsrates der KELAG bestimmt, muss die Kärntner Landesregierung ihrer Verantwortung auch endlich nachkommen und die seit Jahren von SPÖ-Chef Landeshauptmann Peter Kaiser versprochene Strompreissenkung umsetzen. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass die Kärntner Landesregierung pro Jahr zwischen rund 10 (2019) bis 15 (2018) Millionen Euro an Dividendenerlösen von der KELAG erhält, die ins Landesbudget fließen.

Nicht zu vergessen ist, dass der hohe Strompreis in Kärnten aber auch schädlich für die Kärntner Unternehmen, die Arbeitsplätze und unseren Wirtschaftsstandort ist. Konkret zahlt zum Beispiel ein Kärntner Kleinstbetrieb auf Grund der hohen Stromnetzkosten rund 1.283,00 Euro mehr für Strom im Jahr, als etwa ein vergleichbares Unternehmen in Vorarlberg³. Die Stromnetzgebühren in Kärnten sind damit eine der höchsten in Europa.

Leider wurde die von der SPÖ und Peter Kaiser bereits seit 2013 versprochene Strompreissenkung in unserem Bundesland bis heute nicht umgesetzt. Im Sinne eines leistbaren Lebens, zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Kärnten und zwecks Schaffung von neuen Arbeitsplätzen muss diese Benachteiligung der Kärntner Bevölkerung und der Kärntner Wirtschaft endlich beendet werden. Die Kärntner Landespolitik muss hier dringend und rasch gegensteuern.

Beilage ./1 – Bundesländervergleich Stromnetztarife kleinere Haushalte 2019
(Quelle: E-Control)



Die unterfertigenden Gemeinderäte stellen daher den Antrag, folgende Resolution zu beschließen:

Antrag:

„Die Kärntner Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die von der Kärntner SPÖ seit 2013 versprochene Strompreissenkung endlich umgesetzt wird. Ebenso ist sicherzustellen, dass die Kärntner Stromnetztarife zumindest auf das Niveau der anderen Bundesländer gesenkt werden. Zudem sind die Dividendenerlöse in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro, die das Land Kärnten jährlich von der KELAG erhält, zusätzlich (als Sozial-Sonderbudget für die Kärntner Gemeinden) und zweckgebunden für sozial benachteiligte Kärntnerinnen und Kärntner zum Ausgleich für die hohen Wohn- und Mietkosten zu verwenden.“

1 Beispiel: Jahresverbrauch 3.500 kWh

2 Beispiel: Haus 140 m², Luftwärmepumpe, Jahresverbrauch 10.000 kWh

3 Beispiel: Unternehmen, Jahresverbrauch 30.000 kWh

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

In Österreich ist der Strom nirgends so teuer, wie in Kärnten. Während die Stromnetzkosten eines kleinen Haushalts in Kärnten rund 270,00 Euro betragen, zahlt man in Vorarlberg für dieselbe Leistung nur rund die Hälfte. Gerade im Jahr 2019 steigen die Strompreise in Kärnten erneut, weil die Netztarife nochmals um rund zehn Prozent erhöht werden. Laut Berechnungstool der E-Control zahlt zum Beispiel eine vierköpfige Familie in Kärnten 369,00 Euro mehr für Strom pro Jahr, als eine Familie in Bregenz.

Da das Land Kärnten Mehrheitseigentümer der Kärntner Energieholding ist und die SPÖ-geführte Kärntner Landesregierung auch den Chef des Aufsichtsrats der KELAG bestimmt, muss die Kärntner Landesregierung ihrer Verantwortung endlich nachkommen und die seit Jahren von SPÖ-Chef Landeshauptmann Peter Kaiser versprochene Strompreissenkung umsetzen.

Der Antragstext lautet: Die Kärntner Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die von der Kärntner SPÖ seit 2013 versprochene Strompreissenkung endlich umgesetzt wird. Ebenso ist sicherzustellen, dass die Kärntner Stromnetztarife zumindest auf das Niveau der anderen Bundesländer gesenkt werden. Zudem sind die Dividendenerlöse in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro, die das Land Kärnten jährlich von der KELAG erhält, zusätzlich (als Sozial-Sonderbudget für die Kärntner Gemeinden) und zweckgebunden für sozial benachteiligte Kärntnerinnen und Kärntner zum Ausgleich für die hohen Wohn- und Mietkosten zu verwenden.

Es ist auch eine genaue Statistik im Antrag angeführt, die das alles belegt.

Bürgermeister Albel:

Ich kann mir schwer vorstellen, dass es eine weitere Wortmeldung gibt, weil niemand diesen Antrag kennt. Das ist genau das, was Herr Kopeinig, glaube ich, gesagt hat, nämlich, dass man, wenn man einen Antrag nicht kennt, ihm auch nicht zustimmen kann. Ich darf also darum bitten, dass diese Anträge, damit man sie richtig behandeln kann, den Fraktionen rechtzeitig zukommen.

Bürgermeister Albel auf einen Zwischenruf:

Ich habe ja gerade gefragt, ob jemand diesen Antrag kennt, aber es hat bis jetzt niemand aufgezeigt. Es kennen ihn also alle? Gut.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich bin nicht sicher, ob man Kärnten mit den anderen Bundesländern einfach so vergleichen kann. Ich habe mich ein bisschen erkundigt und werde jetzt auf dieses Schriftstück, das ich hier in Händen halte, zurückgreifen, und ich glaube, es ist gut recherchiert worden.

Mit 1.1.2019 trat die neue Systemnutzungsentgeltverordnung „Strom“ in Kraft. Diese wird von der österreichischen Regierungsbehörde E-Control Austria erstellt, und es werden mit ihr nach eingehender Kostenprüfung die Netztarife festgelegt. Im Laufe dieses Behördenverfahrens werden die Kosten der Netzbetreiber eingehend geprüft und auf dieser Basis die angemessenen Netztarife durch die Behörden festgelegt.

Die Netztarife im Netzgebiet der KNG Kärntner Netz wurden im Jahr 2019 – wie bereits bekannt – angehoben. Diese Tarifierhöhung ist auf einige spezielle Parameter zurückzuführen. Erstens gibt es die Zersiedelung in Kärnten, die Versorgung weniger Abnehmer in Seitentälern und große Leitungslängen. Zweitens haben wir sinkende Bevölkerungszahlen, eine Stagnation der Abgabemengen, und trotzdem muss die gleiche Infrastruktur erhalten werden. Außerdem fallen Reparaturkosten auf Grund von Umweltschäden – zum Beispiel Sturmschäden und Hochwasser – für eine Aufrechterhaltung und einen Ausbau des Stromnetzes für Industrie und Gewerbe und Maßnahmen im übergeordneten Netz im Zuge der Strompreiszonentrennung Deutschland – Österreich an.

Interessant ist ein längerer Vergleich: 2001 zu Beginn des liberalisierten Marktes wurden zum ersten Mal Netztarife durch die E-Control festgelegt. Sie betrugen damals in Kärnten 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Heute beträgt dieser Wert 7,61 Cent. Die Steigerung macht in 19 Jahren also insgesamt nur 0,73 Cent aus. Sie wissen, wie sich in dieser Zeit die Preise für andere Produkte verändert haben.

Folgendes ist auch interessant: Zu Jahresbeginn sind die Netzkosten in Kärnten gestiegen. Gleichzeitig sind aber die Ökostromförderbeiträge gesunken. Der Betrag macht in Summe 2,00 Euro mehr für einen Haushalt aus. Die letzte Strompreiserhöhung der KELAG – bezogen auf den Energiepreis – fand im Jahr 2007 statt. Damals war ein gewisser Herr Haider – daran kann sich sicher jeder noch erinnern – Landeshauptmann in Kärnten.

Das alles haben meine Recherchen ergeben. Ich hoffe, ich konnte damit zumindest eine kleine Begründung dafür geben, dass man Tirol mit unserem Gebiet nicht so einfach vergleichen kann. Das ist nämlich nicht möglich.

Gemeinderat Kopeinig:

Diesen Antrag konnte ich mir leider nicht ansehen, weil er in meinem Spam-Ordner gelandet ist. Ich habe nämlich einen starken Spam-Filter. Daher bitte ich darum, die nächsten Anträge nicht an „René“, sondern an „Gemeinderat“ oder an „Kontakt“ zu schicken. Dann finden die Anträge auch ihren Weg zu mir. Ich möchte mich wirklich dafür entschuldigen, dass ich diesen Antrag nicht gesehen habe.

Bürgermeister Albel:

Ich möchte noch einen Zusatz zu den richtigen Argumenten von Frau Gemeinderätin Schautzer anbringen: Es kommt nämlich noch etwas dazu, und zwar, dass die Netztarife nicht die KELAG festlegt, sondern der Regulator. Das ist eine Bundesbehörde – oder viel mehr eine im Bund ansässige Organisation. Dieser Regulator trifft die Entscheidungen. Das macht er natürlich anhand von Fakten. Das, was Frau Gemeinderätin Schautzer gesagt hat, ist völlig richtig: Man kann nicht Wien mit Tirol oder Tirol mit Kärnten vergleichen, denn bei uns sind die Gegebenheiten völlig andere.

Wenn man will, dass der Strom auch bis in das letzte Dorf und bis zum letzten Bauernhof geliefert wird, kostet das wesentlich mehr als eine Stromversorgung in Wien. Das sind die Fakten.

Man hätte es aber auch einfacher machen können: Die FPÖ ist ja derzeit im Bund tätig. Sie könnte ja ganz einfach ein Bundesgesetz erlassen, in welchem festgelegt wird, dass der Regulator aufgefordert wird, die Tarife in ganz Österreich gleich hoch zu gestalten. Das könnte er machen, aber es wäre nicht klug, das muss ich schon dazusagen. Ich kann daher nicht empfehlen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3-Mehrheit notwendig)

**(für den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion;
gegen den Antrag: GR Pfeiler),**

dem Antrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Resolution an die Kärntner Landesregierung – Runter mit den Strompreisen in Kärnten

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion;

gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion – Stimmenthaltung, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler),

folgenden Antrag **abzulehnen**:

„Die Kärntner Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die von der Kärntner SPÖ seit 2013 versprochene Strompreissenkung endlich umgesetzt wird. Ebenso ist sicherzustellen, dass die Kärntner Stromnetztarife zumindest auf das Niveau der anderen Bundesländer gesenkt werden. Zudem sind die Dividendenerlöse in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro, die das Land Kärnten jährlich von der KELAG erhält, zusätzlich (als Sozial-Sonderbudget für die Kärntner Gemeinden) und zweckgebunden für sozial benachteiligte Kärntnerinnen und Kärntner zum Ausgleich für die hohen Wohn- und Mietkosten zu verwenden.“

Pkt. 30.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
f) Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend
Heimwegtelefon

Bürgermeister Albel

verliert den Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte vom 8.3.2019 wie folgt:

Wohl jeder hat es schon gehabt, das mulmige Gefühl beim nächtlichen Nachhauseweg. Um diesem Gefühl auch in Villach Abhilfe zu schaffen, wäre die Einführung eines Heimwegtelefons sinnvoll. In Graz, Amstetten, Wiener Neustadt und Linz ist jener Service bereits in Betrieb. Dort zeigt sich, dass dieses Angebot von der Bevölkerung gut angenommen wird.

Den Service kann jeder, der sich unsicher fühlt, an Feiertagen, Samstagen und vor Feiertagen in der Zeit von 22 Uhr bis 3 Uhr früh per Anruf oder Handy-App nutzen. Mitarbeiter der Ordnungswache begleiten den Anrufer telefonisch nach Hause. Im Gefährdungsfall wird die Polizei kontaktiert.

Die Klubs der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte stellen daher folgenden

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

die Schaffung eines Heimwegtelefons nach Grazer Vorbild wie oben beschrieben.

Gemeinderat Mag. Weidinger:

Das Heimwegtelefon ist eine Einrichtung der Stadt Graz, die es dort seit einigen Jahren gibt. Es ist ein Beitrag zum subjektiven, aber auch objektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und wird folgendermaßen durchgeführt: Es gibt eine Hotline, die man anrufen kann, und zwar am Wochenende und vor Feiertagen. Sie wird sowohl von Männern als auch von Frauen in Anspruch genommen, die abends allein am Nachhauseweg sind. Am anderen Ende der Leitung meldet sich eine Person, die vom Kriseninterventionsteam der Steiermark geschult ist, und diese Person mit einem Telefongespräch, wenn sie es wünscht, nach Hause begleitet oder ihr einfach kleine Tipps gibt, damit sich diese Person wohlfühlt. Es gibt dazu auch eine App.

In Graz wird diese Einrichtung gut angenommen. Auch die Stadtpolitik steht dazu. Jetzt werden auch die Städte Amstetten und Wiener Neustadt angeschlossen, und ganz neu kommt noch die Stadt Linz dazu. Die Idee wäre, dass wir uns zur Dienstleistung, die von der Stadt Graz über das Ordnungsamt angeboten wird, mit hinaufschalten und so von dieser Telefonnummer Gebrauch machen.

Ich möchte noch ein Argument ins Treffen führen, das Frau Vizebürgermeisterin Sandriesser vor Kurzem im Zuge eines Interviews mit der Kleinen Zeitung erwähnt hat, als es um das Thema „Villacher Kirchtag und die Gewaltanlaufstelle für Frauen“ gegangen ist. Glücklicherweise – das möchte ich besonders unterstreichen – wurde diese Anlaufstelle bisher noch nie gebraucht, weil es Gott sei Dank keinen derartigen Zwischenfall gegeben hat. Es ist aber gut und richtig, dass wir eine solche Einrichtung haben. Es hilft nämlich schon präventiv, wenn man weiß, dass für diesen Fall Sorge getragen wird.

Ich empfehle die Zuerkennung der Dringlichkeit und die Zustimmung zum Inhalt dieses Antrags, weil er ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit in Villach ist – vor allem für die subjektive. In der Stadt Graz erfreut sich dieser Dienst großer Beliebtheit. Er wurde von Herrn Bürgermeister Nagl mit der alten Koalition eingerichtet. Jetzt ist Vizebürgermeister Eustacchio zuständig. Sein Büro hat mir mitgeteilt, dass dieser Service sehr positiv bei der Bevölkerung ankommt.

Frau Gemeinderätin Mag.^a (FH) Nießner:

Anscheinend hat es die Resolution der ÖVP jetzt auch in unseren Spam-Ordner geschafft. Wenn wir sie früher gesehen hätten, hätten wir sofort gesagt, dass wir selbstverständlich dabei sind. Es geht um die Sicherheit der Frauen, die uns sehr am Herzen liegt. Wir sehen die Angelegenheit auch als dringlich an. Wir werden daher für die Dringlichkeit stimmen, und wir möchten bitte auch als Antragsteller am Antrag aufscheinen.

Wir wissen, dass das Heimwegtelefon in Graz sehr gut läuft. Wir haben auch eine derartige Rückmeldung bekommen. Wir sind daher für die Einführung eines solchen Dienstes auch in Villach.

Frau Gemeinderätin Strauss, B.A.:

Sicherheit gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen von uns Menschen. Jeder einzelne kann aktiv etwas zu dieser Sicherheit beitragen. Von Seiten der Polizei gibt es die kriminalpolizeiliche Prävention. Jeder von uns kann sie in Anspruch nehmen und sich unabhängig und kompetent beraten lassen. Dann gibt es von Seiten der Polizei noch das Projekt „Gemeinsam sicher“. Dieses Projekt läuft bereits seit einigen Jahren. Dabei geht es um den Dialog zwischen Polizei, Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen. Es geht um Sicherheitspartnerschaften, die eingegangen werden, bei welchen sich die Partner regelmäßig treffen, Informationen austauschen und vor allem – ganz wichtig – Maßnahmen ergreifen, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu heben. Jeder hat einen bestimmten Bereich, in welchem er gewisse Maßnahmen umsetzt – sei es von Seiten der Stadt, dass man mehr Beleuchtung installiert, oder von Seiten der Polizei, dass eine erhöhte Bestreifung durchgeführt wird.

Es gibt zusätzlich zu diesem Projekt einen eigenen Sicherheitskoordinator, der beim Stadtpolizeikommando Villach eingesetzt ist. Auch diesen kann man jederzeit in Anspruch nehmen.

Ganz etwas Besonderes – und das lege ich jedem ans Herz – ist die Polizei-App. Jeder kann sie herunterladen. Ich zeige sie Ihnen: Man sieht hier einen roten Punkt. Das ist der Polizeinotruf. Es sind aber auch alle anderen Notrufe enthalten – das heißt: Feuerwehr, Rettung, Vergiftung, Gasgebrechen, Frauennotruf und so weiter. In kürzester Zeit ist dann die Polizei vor Ort und hilft.

Ich halte daher nichts von solchen Heimwegtelefonen oder der Verunsicherung der Bevölkerung durch die Forderung nach einer Verlegung einer Polizeiinspektion. Das bringt nämlich genau das Gegenteil von dem, worum die Polizei sich seit Monaten und Jahren bemüht, nämlich, das Sicherheitsgefühl zu heben. Ich kann daher nur die Ablehnung dieses Antrags empfehlen.

Gemeinderat Stechauner, MBA, MPA:

Ich muss sagen, dass man das Projekt „Heimwegtelefon“, das gerade vorgestellt wurde, meiner Meinung nach nur befürworten kann. Während meiner Studienzeit haben mich viele Bekannte und Freunde immer wieder angerufen, wenn sie von der U-Bahn nach Hause gegangen sind und einfach ein subjektives Sicherheitsgefühl haben wollten. Ich glaube, das steht bei dieser App absolut im Vordergrund. Es geht nicht darum, eine Polizei-App zu haben, mit der man den Notruf wählen kann, sondern es geht um eine subjektive Sicherheitsempfindung. Gott sei Dank bleibt es jetzt schon wieder etwas länger hell, aber, wenn es im Winter relativ früh dunkel wird, fühlt man sich am Heimweg einfach unsicher.

Ich glaube, dass es einfach ein gewisses Sicherheitsgefühl gibt, wenn man ein normales Telefonat führt, und zwar mit einem richtigen Menschen am anderen Ende der Leitung, weil das jeder mögliche Angreifer natürlich mitbekommt. Ich glaube, dass dieses Heimwegtelefon einfach eine tolle Idee ist. Ich kann diesem Antrag wirklich nur zustimmen, und ich bin auch dafür, ihm die Dringlichkeit zuzuerkennen.

mit Mehrheit

(2/3-Mehrheit notwendig)

(für den Antrag: 10 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 3 Stimmen der GRÜNE-Fraktion, 1 Stimme der ERDE-Fraktion, 1 Stimme der BLV-Fraktion, GR Pfeiler;

gegen den Antrag: 22 Stimmen der SPÖ-Fraktion),

dem Antrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend Heimwegtelefon

die Dringlichkeit **nicht** zuzuerkennen.

Der Antrag wird der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt **Bürgermeister Albel** für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Die Protokollführerinnen:

Der Bürgermeister:

Claudia Godec

Günther Albel

Barbara Scheuermann

Die Protokollprüfer:

GR Herbert Hartlieb

GR Adolf Pobaschnig